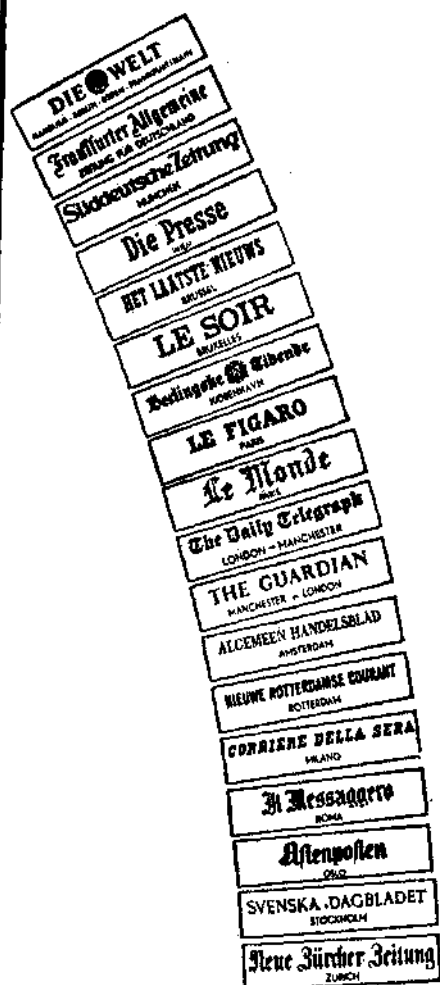


In elf
Ländern
Europas
haben
sich
diese 18
Tages-
zeitungen
zusammen-
geschlossen
zu einer
Gruppe mit
dem Titel
T.E.A.M.
(Top European
Advertising
Media).
Sie alle haben
eines
gemeinsam: eine
Leserschaft, die
meinungsbildend
und kaufkräftig ist.
Wer in Europa
werben will, sollte
zunächst die Leser
dieser Zeitungen
ansprechen und
gewinnen.
Nach der bewährten
Regel:
**Gute Leser ...
Gute Käufer.**



vor dem Winde segeln



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

20. Jahrgang / Heft 9/10

September-Oktober 1965

Einzelpreis 50 Pf

5. Tagung des ZK der KPD

Aus dem Rechenschaftsbericht des Politbüros an die 5. ZK-Tagung

Erstattet vom Genossen Erich Glückauf, Mitglied des Politbüros des ZK

Auf der 4. Tagung unseres Zentralkomitees erklärte Genosse Max Reimann: „Wenn es um die Nation, um Frieden und Freiheit, sozialen und kulturellen Fortschritt geht, dann können sich alle auf die KPD verlassen.“ Wir wollen in diesem Bericht an das Zentralkomitee darlegen, wie wir dieser hohen Verpflichtung gerecht geworden sind. Richtschnur unserer ganzen Tätigkeit ist die Aufgabe, zu verhindern, daß vom Boden der Bundesrepublik ein neuer Krieg ausgeht.

Wir müssen die Feststellung treffen, daß die Erhard-Regierung ihre Aggressionspolitik forciert. Sie hat ihre Revancheziele offen proklamiert und ist zu direkten Provokationen übergegangen, wie die widerrechtlich durchgeführte Bundestagssitzung in Westberlin und die Anschläge auf die Staatsgrenze der DDR beweisen. Doch das Neue besteht vor allem darin, daß in den vergangenen Monaten bewiesen wurde, daß sich die Kräfte entwickeln, die imstande sind, die Gefahren abzuwenden und eine demokratische und friedliche Alternativpolitik durchzusetzen. Diese Kraft weiter zu entwickeln, ihren Umfang zu verbreitern, ihre Einheit zu festigen, das ist die Aufgabe, die wir uns voll widmen müssen.

Die jüngste Entwicklung zeigt uns, daß wir in der Bundesrepublik an einem Scheideweg angelangt sind. Jetzt müssen durch den Volkskampf die Weichen neu gestellt werden. Jetzt muß der übermächtige Einfluß der großen Monopole und deren Regierung zurückgedrängt werden. Jetzt müssen Atomrüstung und Notstandsgesetze

verhindert werden. Nie und nimmer dürfen die vom Bundestag bereits beschlossenen Notstandsgesetze für die Gewerkschaften, für die friedliebende Bevölkerung als bindend anerkannt werden.

Mit den Bewegungen der vergangenen Monate, die ein Ausdruck zunehmender politischer Reife waren, wurde bewiesen, daß am Scheideweg der Entwicklung die Kräfte vorhanden sind, die die Fahrt in ein neues nationales Verderben aufhalten können. Viele Jahre hörten wir das Argument, daß die „kleinen Leute“ schwach seien gegenüber den „großen Herren“ und deren allmächtigen Willen. Dieses Argument wurde jetzt durch das Leben widerlegt. Die „kleinen Leute“ haben sich nicht dem „Stillhalteabkommen“ von Erhard, Barzel, Mende und Erler gefügt. Sie haben auf die in Geheimberatungen erzielte Einmütigkeit zwischen Barzel und Erler gepfiffen und im außerparlamentarischen Kampf die Annahme der Notstandsverfassung verhindert.

Es bestätigt sich die alte Wahrheit, daß die Massen dann am besten lernen, Aufgeschlossenheit zeigen für neue Gedanken und Vorschläge, wenn sie im Verlauf von Kämpfen ihre eigenen Erfahrungen sammeln. Diese Erfahrungen spiegeln sich wider in einer Reihe neuer politischer Kampflosungen, die in den Aktionen selbst geboren wurden. Solche Losungen wie: „Nicht das Grundgesetz — sondern die Politik ändern“, „Weder in dieser noch in der kommenden Legislaturperiode Notstandsgesetze“, „1933 Ermächtigungsgesetze — 1939 Krieg, 1965 Not-

standsgesetze und wie weiter?“ berücksichtigen die Lehren aus der Vergangenheit und wirken mobilisierend gegen Militarismus und Revanchismus, für eine neue Politik. Diese Losungen, vor allem auch die Losungen nach einer Verständigung mit der DDR, dringen an den Kern der nationalen Frage vor, an die Notwendigkeit, die Herrschaft des Monopolkapitals und der Militaristen zu überwinden und durch die Sicherung des Friedens die Voraussetzungen zu schaffen für die Wiedervereinigung der Nation.

Die Idee des Zusammenwirkens aller durch das Monopolkapital bedrohten gesellschaftlichen Gruppen hat an Einfluß gewonnen. Die Bedeutung dieser beginnenden Neuformierung der Kräfte wird von dem stellvertretenden bayerischen DGB-Vorsitzenden Xaver Senft folgendermaßen charakterisiert: „Der Teilerfolg, den Wissenschaftler, Kulturschaffende und politisch bewußte Arbeiter mit ihren Gewerkschaften durch die Ablehnung der Notstandsverfassung erreichten, sollte uns ermutigen, in dieser Richtung weiter tätig zu sein. Dieses Bündnis erweist sich als geeignet, weitere gesellschaftspolitische Forderungen zu erkämpfen.“ Das ist eine richtige Einschätzung. Zweifelloos eröffnen sich jetzt neue Perspektiven für eine neue

breite Front des nationalen Widerstandes gegen die antinationale Revanchepolitik. Dabei ist die Idee, daß „die da oben“ doch nicht machen können, was sie wollen und daß die „kleinen Leute“ mehr können als nur stillhalten und schuften, von großer Wirksamkeit bei allen weiteren Aktionen, bei der Festigung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und der Neuformierung der Volkskräfte zur Durchsetzung einer nationalen und demokratischen Politik in der Bundesrepublik.

Wir müssen nüchtern genug sein und sehen, daß diese ersten Erfolge gegen die Notstandsgesetze nicht ausreichen, um die Gefahren, in der die westdeutsche Bevölkerung lebt, zu bannen. Diese ersten Erfolge im Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung wurden erreicht, obgleich im wesentlichen nur ein politisch bewußter, aktiver Vortrupp der Gewerkschafter, der Intelligenz und anderer Volksschichten entschlossen und kämpferisch auftraten. Dieser Vortrupp jedoch stützte sich auf eine breite Sympathie. Alles hängt jetzt davon ab, die Zögernden und Unentschlossenen — das ist bisher noch die Mehrheit —, für die Teilnahme am Kampf gegen Atomrüstung und Notstandsgesetzgebung, für Frieden und Demokratie zu gewinnen.

Keine Atempause für die Kriegstreiber

Da die Frage Krieg oder Frieden immer mehr in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen rückt, werden aber ständig höhere Ansprüche an die Partei, an ihre politisch-ideologische Festigkeit, an die Geschlossenheit ihrer Reihen, an die Aktivität jedes einzelnen Genossen gestellt.

Wie ist denn die Lage? Gibt es eine Atempause für die Kriegstreiber? Nein, das Gegenteil ist der Fall. Die Erhard-Regierung drängt zur Eile. Diese Eile erklärt sich daraus, daß die westdeutschen Militaristen und Revanchisten keine Verzögerung ihrer Zeitpläne mehr hinnehmen wollen, da zu viele Faktoren in der Weltpolitik wie in der deutschen Politik gegen die Realisierung ihrer Revanchepläne wirken. Die Angst vor der Perspektive treibt sie zur hektischen Kriegsvorbe-

ereitung. Das ist kein Ausdruck der Stärke, sondern der Furcht vor dem Schiffbruch ihrer Politik. Was sind die Gründe hierfür?

1. Im wachsenden Widerstand der Bevölkerung gegen die Notstandsgesetze kommt all das zum Ausdruck, was sich in den vergangenen Jahren an Unbehagen über die antisoziale, antinationale und antidemokratische Politik der Erhard-Regierung angestaut hat. Erhard selbst sah sich gezwungen, von einer wachsenden Staatsverdrossenheit zu sprechen. Die Absicht, die Notstandsgesetze noch vor den Bundestagswahlen durchzupeitschen, entsprang einer Einschätzung der Bundesregierung selbst, die der Außenminister Schröder auf dem CDU-Parteitag mit den Worten formulierte: Die Zeit arbeitet gegen uns.

2. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten verstärken immer mehr ihr politisch-moralisches, ihr ökonomisches und militärisches Übergewicht. Die nationale Befreiungsbewegung macht große Fortschritte, entwickelt sich wie ein Lauffeuer. In allen kapitalistischen Ländern ist ein Aufschwung der Arbeiterbewegung, der demokratischen Kräfte zu verzeichnen.

3. Infolge der großen Erfolge beim sozialistischen Aufbau und ihrer konsequenten Friedenspolitik wächst die Autorität der DDR. Die Völker begreifen, daß die DDR zu einem bedeutsamen Faktor des Friedens und der Sicherheit für alle europäischen Völker geworden ist. Diese Friedenspolitik der DDR strahlt weit hinaus in alle Kontinente. Auch in der Bundesrepublik wächst die Einsicht, daß es ohne oder gar gegen die DDR eine Lösung der deutschen Frage nicht gibt und daß darum kein Weg vorbeigeht an der Anerkennung der DDR und der Notwendigkeit einer Politik der Annäherung und Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten.

4. Die ruchlosen Verbrechen des USA-Imperialismus in Vietnam und Santo

Domingo, die Aussichtslosigkeit des vietnamesischen Volk weder militärisch noch politisch besiegen zu können, disqualifiziert den USA-Imperialismus in aller Welt und macht den Völkern bewußt, daß die Sache des Friedens, der Menschlichkeit und der Freiheit stärker ist als die imperialistischen Aggressoren. Und schließlich

5. Die Bonner Machthaber haben Sorgen, daß die NATO und die EWG zerfallen und sie mit ihrem Drang nach größerer Weltgeltung auch auf die Grenzen anderer imperialistischer Staaten stoßen. Sie befürchten, daß Amerika in anderen Teilen der Welt mit seiner Militärmaschine gebunden wird, der Widerstand des amerikanischen Volkes wächst und der amerikanische Imperialismus sich nicht mehr aggressiv in Westeuropa engagieren kann.

Die gesamte Entwicklung nach der 4. ZK-Tagung hat die Richtigkeit unserer Auffassung bestätigt, daß „die Arbeiterklasse in der Lage ist, durch die Aktivität ihrer großen Organisationen, besonders ihrer Gewerkschaften, die Entscheidung über Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit herbeizuführen.“

Die Gefährlichkeit des deutschen Militarismus erkennen

Die Hemmungslosigkeit des in der Bundesrepublik wiedererstandenen deutschen Imperialismus tritt immer deutlicher zutage. Auf der Basis des vollausgebildeten staatsmonopolistischen Kapitalismus sind die deutschen Imperialisten dazu übergegangen, ihre ökonomischen, politischen und militärischen Potenzen umfassend für die Verwirklichung ihrer revanchistischen Ziele einzusetzen.

Erhard, Hassel und andere haben deutlich gemacht, daß es ihnen jetzt wichtig und unaufschiebbar ist, die Bevölkerung psychologisch auf den Krieg vorzubereiten. Dazu dient auch das Gerede Erhards von der „formierten Gesellschaft“, die nichts anderes bedeutet als den Ausbau der staatsmonopolistischen Diktatur, in der die Arbeiterklasse unterdrückt und hineingepreßt wird in die Kriegsvorbereitungen und den Krieg selbst.

Auf dem CDU-Parteitag formulierten Erhard, Hassel und auch Schröder die massiven Forderungen imperialistischer Großmachtpolitik, den Führungsanspruch in Westeuropa, den Herrschaftsanspruch auf die Deutsche Demokratische Republik, auf die Territorien anderer sozialistischer Staaten, auf stärkere Führungspositionen in der NATO. Ähnlich wie Hitler sprach Bundeskanzler Erhard von einer „deutschen Mission“. Die westdeutschen Imperialisten treiben eine hemmungslose Großmachtpolitik und glauben sich wieder stark genug, anderen Völkern die Gesetze ihres gesellschaftlichen Zusammenlebens vorzuschreiben und aufzuzwingen. Die Gendarmen-Rolle, die sich der USA-Imperialismus in der Welt angemaßt hat, findet in Europa ihre Parallele in der Revanchepolitik und den Vorherrschaftsansprüchen der herrschenden Kreise der Bundesrepublik.

Das Politbüro hält es für erforderlich, in diesem Bericht die besondere Aufmerksamkeit des Zentralkomitees und der gesamten Partei auf die Hauptelemente der Aggressionskonzeption, der Strategie und Taktik des Erhard'schen Kriegskabinetts zu lenken. Es darf in der Bevölkerung keinen Platz mehr geben für Illusionen, Spekulationen und Gleichgültigkeit. Die Gefahren sind riesengroß und damit auch die Verantwortung, vor der jeder einzelne Bürger der Bundesrepublik steht und die ihm niemand abnimmt. **Wir wieder soll jemand sagen dürfen: Zu spät! oder Ich habe es nicht gewußt!**

Der Militärexperte Weinstein schrieb in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, daß die Bundesrepublik wieder eine Großmacht sei, die den Anspruch darauf hat, eigene Atomwaffen zu besitzen. In der Tat verfügt die Bundeswehr bereits über Möglichkeiten zur Entwicklung des eigenen Atomwaffenpotentials. Alles Gerede von Johnson über die Nichtverbreitung von Atomwaffen ist angesichts dieser Lage ein Schwindel.

In der Januar-Nummer der Zeitschrift „Die Wehrkunde“ wird auch offen zum Ausdruck gebracht, warum der Bonner Generalstab bei der Planung und dem Einsatz der Atomwaffen mitbestimmen will. Es heißt dort, daß bereits eine Verfügungsgewalt über zwei Prozent von Atomwaffen ausreicht, um den Einsatz von 98 Prozent Atomwaffen der Verbündeten auslösen zu können. Jetzt versteht man, was es heißt, wenn Mende vor kurzem in den

USA erklärte, daß die westdeutsche Politik nunmehr in die Periode des Risikos eingetreten sei. Bisher meinte mancher, die Sache sei ja noch gar nicht so gefährlich, gefährlich würde es erst, wenn Strauß wieder in die Regierung käme oder Barzel Regierungschef sei. Eine solche Auffassung aber entspricht einer falschen Einschätzung von Erhard als dem unbedingten Vertrauensmann der Herren der großen Monopole und der Revanchepolitiker. Darum bemühen sich ja diese Kreise, Erhard etwas aus der Schußlinie zu nehmen, ihn als einen Volkskanzler aufzuputzen. Aber es ist gerade dieser Erhard, unter dessen Kanzlerschaft der Atomminen Gürtel gelegt, die „Vorwärtsstrategie“ entwickelt, der „verdeckte Krieg“ gegen die DDR eingeleitet wurde. Erhard ist der Notstandskanzler, der die inneren Voraussetzungen für die Aggression nach außen schaffen will.

Es ist für unsere Partei alarmierend, daß erhebliche Teile der westdeutschen Bevölkerung über das ganze Ausmaß der verstärkten Kriegsvorbereitung und der Gefährlichkeit der Revanchepolitik immer noch getäuscht werden können. Darum sind auch die anti-imperialistischen Kräfte noch nicht im erforderlichen Maße entwickelt und zudem noch zersplittert. Es ist ein zwingendes Erfordernis für unsere Partei geworden, daß alle unsere Genossen es als erstrangige Aufgabe betrachten, in der Arbeiterklasse und in anderen Volksschichten das Geheimnis zu enthüllen, mit welchen neuen Methoden der Krieg vorbereitet wird.

Das Geheimnis der Kriegsvorbereitung enthüllen

Diese werden deutlich, wenn man den jüngsten Bericht des Forschungsbeirates, dieser Unterabteilung der psychologischen Kriegsführung zur Frage der Wiedervereinigung und daneben die Maßnahmen zur Durchführung des „verdeckten Krieges“ betrachtet. Der Bericht des Forschungsbeirates trägt die so verlockende Überschrift „Wiedervereinigung jederzeit reibungslos möglich“. Damit will man den Eindruck erwecken, daß an irgend einem Tag X die DDR vollkommen friedlich und reibungslos geschluckt werden kann, so als ob die

Bevölkerung der DDR und die Länder des Sozialismus, die Armeen des Warschauer Vertrages die Verkehrsregelung übernehmen, wenn die Hitler-Generale durchs Brandenburger Tor ihren neuen Ritt nach dem Osten antreten. Die Wiedervereinigung als „jederzeit reibungslos und möglich“ — das ist die Version, mit der sie die westdeutsche Bevölkerung einzuschlängeln versuchen, um sie dann leichter zu Opfern der antikommunistischen Propaganda und der revanchistischen Politik zu machen. Man kann es auch so sagen: Erhard braucht die chloro-

formierte Gesellschaft als Bestandteil der Vorwärtsstrategie ins atomare Verderben.

Wir müssen selbst verstehen und es den Menschen erklären, daß die besondere Aggressivität des westdeutschen Imperialismus im wesentlichen aus den gleichen Ursachen resultiert, die Deutschland bereits zweimal zum Ausgangspunkt imperialistischer Eroberungskriege werden ließ. Die ökonomische Kraft des westdeutschen Monopolkapitals drängt erneut nach stärkerem politischen Machteinfluß in Europa und in der Welt.

Barzel, der neue junge Mann der überalterten Kriegsbankrotteure, erklärte auf dem CDU-Parteitag, daß die Bundesregierung den Status quo in Europa nicht anerkenne und daß der Zeitpunkt gekommen sei, ihn zu verändern. Das heißt, 20 Jahre nach der totalen Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg wird jetzt die Vorkriegsperiode für einen dritten Weltkrieg eingeleitet. Atomminengürtel, Grenzprovokationen, widerrechtliche Bundestags-sitzungen in Westberlin gehören ebenso zur „Vorwärtsstrategie“ wie die Ausbildung von Spezialeinheiten der Bundeswehr als sogenannte Ranger — man sagt auch Einzelkämpfer —, die den Auftrag haben, in Zivil oder auch in Uniform der Nationalen Volksarmee Unruheherde zu schaffen, kleinere oder größere Feuer anzuschüren, die Bruderkriegs-atmosphäre anzuheizen und so den Einmarsch regulärer Truppen in die DDR vorzubereiten. In voller Kenntnis dieser Pläne, dieser neuen Methoden, gab am 20. Mai die sowjetische Nachrichtenagentur TASS eine offizielle Erklärung ab, in der es heißt: „Zusammen mit der Sowjetunion und einer Reihe anderer sozialistischer Länder gehört der sozialistische Staat des deutschen Volkes einem Verteidigungsbündnis der Organisation des Warschauer Vertrages an. Dies bedeutet, daß jene, die es wagen sollten, die abenteuerlichen Pläne

gegen die DDR in die Tat umzusetzen, es mit der geballten Macht aller Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zu tun bekommen würden. Die Grenzen der DDR sind wie die Grenzen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten unantastbar.“

Unbelehrbar, unfähig, das Kräfteverhältnis richtig einzuschätzen, voll tiefer Verachtung vor den eigenen friedliebenden Bürgern, die Hassel als Nihilisten beschimpft und für die Konzentrationslager vorbereitet werden, befassen sich die Generale der Bundeswehr immer mehr mit gefährlichen Kriegsprovokationen, die sie als „verdeckten Kampf“ bezeichnen. Hierüber schrieb der Major der Bundeswehr, Kurt Wolf, folgendes: „In der Bundeswehr wird daher sowohl für den innerstaatlichen Konflikt im Frieden wie auch für die subversive, irreguläre Kriegsführung im Krieg einheitlich der Begriff „verdeckter Kampf“ verwandt. Bewußt ist hier auf die Bezeichnung „Krieg“ verzichtet worden.“ Da es also im Sprachgebrauch der Bonner Machthaber keinen „Krieg“ gibt, braucht es auch keine Kriegserklärung zu geben. Der Krieg — so Major Kurt Wolf — „wird geführt als „verdeckter Kampf“ irregulärer Kräfte zur Störung oder Vernichtung der legitimen Ordnungsgewalt innerhalb eines Gebietes.“ Das schmätkende Beiwort „mit friedlichen Mitteln“ hat nur solange Gültigkeit, bis die Kriegshandlungen beginnen, von denen Hassel während der Notstandsdebatte selbst sagte: „Diesmal ohne Kriegserklärung.“

Unsere Bevölkerung hat jetzt die Möglichkeit, die volle Wahrheit der geschichtlichen Erfahrung bestätigt zu finden: Die Macht- und Profitinteressen der großen Monopole, die Gewaltakte und Kriegsaktionen gegen andere Völker setzen stets die Entmachtung der eigenen Bevölkerung, die Zertrümmerung der Volksrechte voraus. Die Nation und die Freiheit des Volkes sind dem Imperialismus wesensfremd.

Widerstand gegen die Notstandspolitik verstärken

Vielfach fehlt noch die Erkenntnis, daß die Notstandsgesetze ein Teil der Kriegsvorbereitungen sind. Ein nicht unbedeutender Teil der Arbeiter-

schaft und anderer Bevölkerungsschichten werden noch gelähmt durch die Wirkungen des Antikommunismus und bejahen die Notstandsgesetze als

„Schutz gegen die kommunistische Aggression.“ Dabei wirken auch solche Argumente wie „Jeder Staat schützt sich vor Notstand — es ist besser die Notstandsgesetze in eigener Hand als in der Hand der Alliierten — eine starke SPD ist ein Schutz gegen den Mißbrauch der Notstandsgesetze“.

Wir können diese und andere Argumente nur wirkungsvoll widerlegen, wenn wir unsere Aufklärungsarbeit darauf konzentrieren, die Notstandsverfassung wie jedes einzelne der sogenannten einfachen Notstandsgesetze in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Gesamtkurs der großen Rüstungsmonopole, der 94 herrschenden Multimillionäre und ihre Erhard-Regierung auf Vorbereitung und Auslösung eines Revanchekrieges bringen.

Nachdem der Bundestag einzelne Gesetze der Notstandsgesetzgebung mit den Stimmen der SPD angenommen hat, kommt es darauf an, ihre Verwirklichung zu verhindern. Hierzu gibt es bereits eine Menge Vorschläge wie unter anderem die Bildung von Wachsamkeitsausschüssen. Sie sollten die Aufgabe haben, die Bevölkerung gegen alle Maßnahmen zur Verwirklichung der Gesetze in Aktion zu bringen. Es ist jetzt erforderlich,

Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen zu organisieren, in der die Bevölkerung zum Ausdruck bringt

Ablehnung der Todesmarke für ihre Kinder,

keinen Pfennig für die Milliarden-Profite der Kriegsgewinnler durch sinnlose Anschaffung von Lebensmittellreserven, nutzloser Löschi-, Verdunklungs- und Schutzraum-anlagen,

Verweigerung jeder Dienstleistung für die Kriegsvorbereitung wie Luftschutzausbildung, Luftschutzübungen und ähnliche Maßnahmen.

Widerstand gegen jeden Versuch der Vertreibung von Haus und Hof, gegen die Entvölkerung ganzer Landstriche.

Der konkrete Widerstand gegen die bereits beschlossenen Notstandsgesetze ist ein wichtiger Ausgangspunkt für den erfolgreichen Kampf zur endgültigen Verhinderung der Notstandsverfassung.

Unsere Partei muß auf die Lösung dieser neuen Aufgaben stärker ideologisch-politisch und organisatorisch eingestellt werden.

Lehren der Betriebsrätewahlen 1965

In der Berichtszeit fanden die Wahlen zu den Betriebsräten statt, die erstmals für die Dauer von drei Jahren gewählt werden. Während der Betriebsrätewahlen wurden auch die abschließenden Diskussionen zum Aktionsprogramm des DGB durchgeführt, das im April veröffentlicht wurde.

Im Ergebnis der Betriebsrätewahlen ist festzustellen, daß die Versuche, die Gewerkschaften aufzusplitteln und Gegenlisten aufzustellen, im großen knnd ganzen erfolglos waren.

Ernster zu nehmen waren die Anstrengungen von seiten der rechten SPD-Führer, einen Druck auf die sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften und SPD-Betriebsgruppen auszuüben, um Kommunisten von den Kandidatenstellen zu verdrängen. Solche spalterischen Anstrengungen gab es besonders im Ruhrgebiet. Eine Gesamtübersicht aus den Bezirken zeigt jedoch, daß die Tendenz zur Ak-

tionseinheit, zur besseren Zusammenarbeit und zur Verständigung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bei weitem die Ergebnisse spalterischer Tätigkeit der Wehner-Gruppe überwiegt. In solchen Gebieten wie Nordbayern, Hessen, Stuttgart, Niederrhein sind die Versuche, bei den Betriebsrätewahlen Konflikte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten herbeizuführen, im großen und ganzen gescheitert. Es mehren sich die Fälle, wo es zu direkten Absprachen und Verständigung über die Aufstellung der Kandidatenlisten zu den Betriebsrätewahlen gekommen ist.

Um unseren Einfluß in Betrieben und Gewerkschaften zu erhöhen, ist die entscheidende Aufgabe die qualitative und quantitative Verstärkung unserer Betriebsgruppen. Dazu gehört die Erfassung aller Genossen Betriebsarbeiter in den Betriebsgruppen bzw. in Betriebsgruppen mehrerer Betriebe.

Die Betriebsgruppen müssen stärker ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit der Genossen im Vertrauensleutekörper und im Betriebsrat richten und intensiver die enge Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen und SPD-Betriebsgruppen entwickeln.

Unsere Betriebsgruppen werden ihrer Aufgabe gerecht und erweitern ihren Einfluß, wenn sie sich verantwortlich fühlen für die Aufgabenstellung des Vertrauensleutekörpers, für das Herantragen von Forderungen an den Betriebsrat, für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Beschlüsse in den Betrieben und in den örtlichen Gewerkschaften. Unsere Betriebsgruppen können mithelfen, daß die neu-gewählten Betriebsräte ihre Tätigkeit auf der Grundlage von Arbeitsprogrammen durchführen. Dabei ist es von besonderer Bedeutung, wenn unsere Betriebsgruppen auch Zentren für die Klärung wirtschaftlicher und betrieblicher Probleme und der klassenmäßigen politischen Zusammenhänge werden.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf das Handbuch für die

Vertrauensleute der IG Metall, das uns hervorragende Anknüpfungspunkte bietet für das klassenmäßige Einwirken auf die Tätigkeit der Betriebsräte und die Einflußnahme auf die Belegschaften.

Es ist die Aufgabe unserer Partei, insbesondere unserer Betriebsgruppen, den Widerstand gegen die Notstandsgesetze zu entwickeln und dabei den Kampf für das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften auf allen Ebenen des wirtschaftlichen und des gesellschaftlichen Lebens zu organisieren. Wir haben dafür eine gute Ausgangsposition geschaffen. Zahlreiche unserer Genossen haben sich zu anerkannten Gewerkschaftsfunktionären und beliebten Vertretern ihrer Belegschaften entwickelt.

Wenn wir weit stärker als bisher unsere Aufmerksamkeit der politisch-ideologischen und organisatorischen Stärkung unserer Betriebsgruppen, vor allem in den Großbetrieben, widmen, dann können wir die vorhandenen neuen Möglichkeiten nutzen, um auch unsere Positionen in den Betrieben weiter zu verbessern.

Über die Beziehungen der Arbeiterklasse der Bundesrepublik zur Arbeiterklasse der DDR

In den hinter uns liegenden Monaten haben sich bedeutsame Anhaltspunkte entwickelt für eine Neugestaltung der Beziehungen der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik zur Arbeiterbewegung in der DDR. Seit den Interzonenkonferenzen fand im Februar zum ersten Mal in Mannheim in größerem Rahmen eine Arbeiteraussprache zwischen Arbeitern und Arbeiterfunktionären der Bundesrepublik und der DDR statt, der eine weitere in Offenbach folgte. Auf diesen gemeinsamen Beratungen wurde zum Ausdruck gebracht, daß es nicht nur erforderlich sondern auch möglich ist, über die Tagesfragen hinaus um die Grundfragen der Entwicklung und die Rolle der Arbeiterbewegung in der heutigen Zeit ein sachliches Gespräch zu führen.

Das Zusammentreffen der Arbeiter in Leipzig und der Arbeiterjugend in Magdeburg zeigte die Gemeinsamkeit der Interessen und Aufgaben im

Kampf um Sicherung des Friedens, der Bändigung der westdeutschen Militaristen und Revanchisten, der Zurückdrängung und Überwindung der Macht der Monopole. Diese Erkenntnis spricht auch aus der Entschließung der Jugendkonferenz der IG Metall, in der es heißt: „Der Friede bedarf einer neuen Gesellschaftsordnung.“

In den Zusammenkünften und Aussprachen zwischen den Arbeitern und der Arbeiterjugend aus beiden deutschen Staaten wurde den Werktätigen der Bundesrepublik auch deutlicher, worin die nationale Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse besteht. Sie erfahren von dem Stolz, den ihre Klassengenossen in der DDR darüber empfinden, daß sie die Macht der Monopole überwunden haben, daß sie Staat und Wirtschaft selbst leiden, daß es bei ihnen keinen Platz mehr gibt für Militarismus und Revanchismus, daß ihre Staatsdoktrin nicht Revanchismus sondern Völkerfreundschaft

heißt. Sie erfahren, daß in der DDR die sozialen und demokratischen Forderungen des Grundsatzprogramms des DGB verwirklicht sind.

Die Erhard-Regierung beklagt sich über mangelndes Nationalgefühl der Bevölkerung. Auf einer kürzlich stattgefundenen sogenannten Volkspolitischen Tagung der SPD sprach Willy Brandt zum Thema „Sozialdemokratie und Nation“. Auch er beklagte sich über das mangelnde Nationalgefühl der westdeutschen Arbeiter und der Arbeiterjugend. Leider definierte er nicht, woher das kommt und worin dieses Nationalgefühl bestehen soll.

Der Inhalt eines wirklichen Nationalbewußtseins unserer Zeit wird hervorragend dargelegt im Manifest der Volkskammer der DDR vom 5. Mai:

„Deutschland darf nie mehr den Frieden der Welt bedrohen. Das deutsche Volk muß alle barbarischen imperialistischen Traditionen ausrotten, damit Talent und Fähigkeiten unserer großen Nation in Gänze mit friedlicher Arbeit, mit sozialem Fortschritt, mit großen Werken der Kultur, mit Freundschaft zu allen friedliebenden Völkern verschmelzen. Die großen humanistischen Traditionen Deutschlands müssen endlich und ein für allemal siegen und das Antlitz der ganzen Nation prägen.“

Solidarität für Vietnam

Unser Beitrag zur Festigung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung

Unsere Partei hat stets den Kampf für die Durchsetzung einer nationalen Politik im untrennbaren Zusammenhang mit der Erziehung der Arbeiterklasse zum proletarischen Internationalismus und die Erziehung unserer Bevölkerung zur Völkerefreundschaft gesehen. In der Berichtsperiode sind die amerikanischen Imperialisten in Asien, Afrika, Lateinamerika zu verschärften Aggressionen übergegangen. Ihre Verbrechen in Vietnam rufen leidenschaftliche Empörung bei allen anständigen Menschen hervor. Mit Bomben und Granaten, mit Feuer und Gift, mit Torturen, vergleichbar nur mit den Unmenschlichkeiten von SS-Bestien, versuchen die amerikanischen Imperiali-

Ein neues deutsches Nationalgefühl kann nur entstehen im Volkskampf gegen die monopolkapitalistischen Verderber der Nation von gestern, die heute die NATO über die Nation stellen. Ein neues deutsches Nationalgefühl entwickelt sich nur in dem Maße, wie auch in der Bundesrepublik die imperialistische Vergangenheit überwunden und eine friedliche Ordnung geschaffen wird. Ein neues Nationalgefühl wächst aus dem Willen zur Verständigung mit der DDR und der Zusammenarbeit der Arbeiterklasse und deren Organisationen aus beiden deutschen Staaten.

Krieg oder Frieden — diese Frage wird vor allem entschieden durch unser weiteres Bemühen, ein Verhältnis des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterklasse, der Arbeiterjugend der Bundesrepublik und der DDR herzustellen.

Es ist eine vorrangige Pflicht aller Kommunisten, Klarheit in der Arbeiterklasse darüber zu schaffen, daß es für die Sicherung des Lebens und ihrer Existenz erforderlich ist, der Hetze und aller Provokationen der westdeutschen Imperialisten gegen die DDR entschieden entgegenzutreten, damit wirklich verhindert wird, daß von unserem Boden aus ein alles vernichtender Krieg seinen Ausgang nimmt.

sten, das südvietnamesische Volk in die Knie zu zwingen, seinen Kampf um Selbstbestimmung und Freiheit zu erwürgen. Auf der Visitenkarte, die die USA-Imperialisten in Vietnam, in der Dominikanischen Republik, im Kongo abgegeben haben, offenbart sich das wirkliche Wesen der sogenannten freien Welt als eine Welt der Barbarei, als eine Welt des Untergangs. Es nimmt nicht wunder, daß die deutschen Imperialisten, die so oft bewiesen haben, daß sie zu jedem Verbrechen fähig sind, auch in Vietnam als die Bundesgenossen der USA-Aggressoren auftreten.

Unsere Partei vertritt den Standpunkt, daß es für die kommunistische Weltbewegung erforderlich ist, alle

Kraft und alle Fähigkeiten für die Beendigung der USA-Aggression in Vietnam einzusetzen. Mit dieser Feststellung befinden wir uns in voller Übereinstimmung mit der kommunistischen Partei der Sowjetunion, die zum Ausdruck brachte, daß die wichtigste Frage des gegenwärtigen politischen Augenblicks darin besteht, der amerikanischen Aggression in Vietnam Einhalt zu gebieten. Die Solidarität für Vietnam ist zur gemeinsamen Aufgabe aller friedliebenden, progressiven Menschen in der Welt geworden. Wir wollen dazu unseren Beitrag leisten.

In der Bundesrepublik entwickelt sich eine Bewegung der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk und seinem Kampf gegen die amerikanische Aggression, eine Bewegung, die eng verbunden ist mit der Verhinderung der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik und für die Verteidigung der demokratischen Rechte unserer eigenen Bevölkerung. Die diesjährigen Ostermärsche und Kundgebungen standen im Zeichen des Kampfes gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam und des Kampfes gegen jede Art von atomarer Bewaffnung der Bundesrepublik. Ähnliches kann man sagen von den diesjährigen Demonstrationen und Kundgebungen am 1. Mai und den Veranstaltungen aus Anlaß des 20. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Kampfdemonstrationen für die Beendigung der amerikanischen Aggression in Vietnam fanden unter anderem in solchen Städten statt wie Essen, Mannheim, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Nürnberg, München, Bonn, Düsseldorf. Demonstranten zogen zur amerikanischen Botschaft, zu amerikanischen Konsulaten, zu den sogenannten Amerika-Häusern. Der Protestbewegung haben sich zahlreiche Arbeiterjugend- und Studentenverbände, örtliche Gewerkschaftsorganisationen und viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angeschlossen. Besonders unter der Jugend und den Studenten zeigte sich hierbei ein kämpferischer Geist. Als die Polizei mit brutaler Gewalt gegen demonstrierende Arbeiterjugend und Studenten in München vorging, erschallte durch die Straßen der Ruf: „Das sind Gestapo-Methoden“ — „Ami, go home!“

Die Gefahren, die sich aus den USA-Verbrechen in Vietnam für den Weltfrieden ergeben sind so groß, daß bedeutend mehr und umfassendere Aktionen notwendig sind. Wir kennen und verstehen die besorgten Fragen von Genossen, warum nicht der USA-Aggression gegen Nordvietnam, eines sozialistischen Landes, durch Einsatz aller Mittel des gesamten sozialistischen Lagers ein sofortiges Ende bereitet wird.

Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten, einschließlich der DDR, haben dem sozialistischen Bruderstaat jede Hilfe gegeben, die Vietnam selbst für notwendig hält. Die Regierung der Volksrepublik Vietnam hat erklärt, daß diese Hilfe durch die Sowjetunion und andere sozialistische Länder im gewünschten Ausmaß gegeben wird.

Vor uns aber steht die Aufgabe, die Protestbewegung gegen den schmutzigen Krieg der USA-Imperialisten in Vietnam durch stärkere Einbeziehung der Gewerkschaften, großer Teile der Arbeiterklasse und aller Schichten der Bevölkerung zu verstärken und zu verbreitern. Wir müssen noch mehr den Zusammenhang der USA-Verbrechen in Vietnam in Beziehung bringen mit ihrer Politik des Anheizens der Spannungen auch in Europa, mit der Zusammenarbeit der USA und der westdeutschen Imperialisten, Kriegsprovokationen auch von westdeutschem Boden aus durchzuführen.

Mit der Unterstützung der Forderung nach Abzug der US-Interventen aus Südvietnam und der sofortigen Verwirklichung des Genfer Abkommens verteidigt die Bevölkerung der Bundesrepublik ihren eigenen Frieden.

Es ist erfreulich, daß es neben den zahlreichen Protestaktionen konkrete Hilfsmaßnahmen in Form von Geldsammlungen für das vietnamesische Volk gibt. Allein vom Niederrhein wurden einem Vertreter der vietnamesischen Regierung eine Summe von 3 500 DM übergeben.

Es muß für alle Leitungen, alle Mitglieder der Partei eine heilige Verpflichtung sein, in den Betrieben, Gewerkschaften, in allen demokratischen Organisationen, vor allem unter der

Jugend, die aktive materielle Solidarität zu entwickeln.

Unsere praktischen Taten des proletarischen Internationalismus sind stets verbunden mit verstärkten Anstrengungen für die weitere Festigung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung. In dieser Hinsicht leisteten wir unseren Beitrag auf dem Konsultativtreffen der 19 kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau. Auf diesem Konsultativtreffen legten die Genossen Willi Mohn und Jupp Schleifstein die Auffassungen unserer Partei dar, daß all das, was die Bruderparteien eint, stärker ist als das, was sie gegenwärtig noch entzweit. Angesichts der Aggressionen des USA-Imperialismus und seines westdeutschen Hauptpartners dürfen wir nicht zulassen, daß die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten von unseren imperialistischen Feinden gegen uns ausgenutzt werden. Nicht die öffentliche Polemik ist der Weg zur Überwindung unserer Meinungsverschiedenheiten. Daraus können nur die Imperialisten Nutzen ziehen. Wir unterstützen vollauf die Auffassung der sowjetischen Genossen, die auch von der Mehrheit der Bruderparteien geteilt wird, daß der Weg zur Einheit der kommunistischen Weltbewegung unter den gegenwärtigen Bedingungen nur über gemeinsame Aktionen gegen den gemeinsamen Feind führt. Bei der Kompliziertheit der Weltlage wie den Kampfesbedingungen, die in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sein können, ist es durchaus möglich, daß Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Problemen der Theorie und Taktik auftreten können. Aber nicht diese Meinungsverschiedenheiten sind das Wesentliche, das Überragende. Das Wesentliche ist stets das gemeinsame Ziel und die gleiche Pflicht für alle, niemals den gemeinsamen Feind, den man nur gemeinsam schlagen kann, aus dem Auge zu lassen.

Darum hat das Politbüro das Kommuniqué des Konsultativtreffens in Moskau begrüßt und in einer Stellungnahme erklärt, daß unsere Partei mit den gemachten Vorschlägen vollauf übereinstimmt. Wir unterstützen die zwei- und mehrseitigen Beratungen zwischen den Bruderparteien sowie

andere Formen der Zusammenarbeit, die dazu beitragen können, die Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und verurteilen entschieden jede beleidigende Polemik und die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Bruderparteien. Wir möchten vor allem zum Ausdruck bringen, daß wir jeden Angriff auf die Kommunistische Partei der Sowjetunion und ihr Zentralkomitee als einen Angriff gegen uns selbst auf unsere eigene Partei betrachten, den wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion ist die entscheidende Kraft im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, das Beispiel des lebendigen proletarischen Internationalismus. Jeder Fortschritt der Völker im Kampf gegen Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit, für Demokratie und Sozialismus in allen Teilen der Erde ist immer verknüpft mit der Kraft und dem Wirken der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und des ganzen Sowjetvolkes in der Weltpolitik.

Von großer Bedeutung für die weitere Festigung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung war das Treffen der Bruderparteien der kapitalistischen Länder Europas, das vom 1. bis 3. Juni in Brüssel stattfand. An dieser Konferenz nahm eine Delegation unserer Partei unter Leitung von Max Reimann teil. Auch die übrigen 18 Parteien waren durch leitende Genossen vertreten. Zur Beratung standen gemeinsame Maßnahmen gegen die amerikanische Aggression in Vietnam und zur Erhaltung des Weltfriedens; die Untersuchung der Probleme der europäischen Sicherheit; die Situation im östlichen Teil des Mittelmeeres (Zypern) und die Mittel der Solidarität mit den verbotenen Bruderparteien und den europäischen Völkern, die unter dem Faschismus (Portugal, Spanien) oder unter anderen Formen der Unterdrückung (Griechenland, Westdeutschland) leiden.

Der Meinungsaustausch war sehr freimütig und die Ergebnisse der Konferenz sehr nützlich und bedeutungsvoll im Hinblick auf die Entwicklung gemeinsamer Aktionen wie auch zur Verstärkung der Aktivitäten in jedem

Land im Kampf für die Sicherheit der europäischen Völker, gegen den deutschen Militarismus, für atomwaffenfreie Zonen, Maßnahmen der Abrüstung, für die Schaffung eines Systems der kollektiven europäischen Sicherheit. Man kann diese Konferenz auch als einen bedeutsamen Beitrag für die Stärkung der Einheit und Ge-

schlossenheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Linie der gemeinsamen Aktionen würdigen.

Wir sind gewiß, daß unsere Weltbewegung ihre Einheit und Geschlossenheit weiter festigt. Das ist die wichtigste Aufgabe unserer Zeit, für die unsere Partei stets ihren ehrenvollen Beitrag leisten wird.

Aus der Diskussion der 5. ZK-Tagung:

Genosse Jupp:

Zu einigen internationalen Fragen unserer Politik

Ich möchte von einer Frage ausgehen, die viele Genossen im Zusammenhang mit den Aggressionen des amerikanischen Imperialismus stellen, nämlich von der Frage: Ist die grundlegende Einschätzung, die die Moskauer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 über die Haupttendenzen der Entwicklung in der Welt gegeben hat, richtig?

Wir müssen unterstreichen, Genossen, daß diese Einschätzung nach wie vor richtig ist und richtig bleibt, daß sich an der grundlegenden Einschätzung der Entwicklungstendenzen in unserer Epoche, daran, daß wir in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus leben, nichts geändert hat. Welches waren denn die Hauptmerkmale, die 1960 auf der gemeinsamen Beratung für die Entwicklungstendenzen in der Welt herausgearbeitet wurden? Es war das Wachstum der Macht und des Einflusses des Sozialismus, des sozialistischen Weltsystems als der Kraft, die immer mehr in den Mittelpunkt unserer Epoche und der geschichtlichen Entwicklung rückt. Es war der Faktor des Zerfalls des Kolonialsystems und der wachsenden Befreiung der noch kolonial versklavten oder abhängigen Völker, und es war das Anwachsen der Klassenkämpfe der Arbeiterklasse, das Anwachsen der demokratischen Bewegung in den kapitalistischen Ländern. Wenn wir die Entwicklung in den letzten Jahren überblicken, können wir, obwohl das natürlich kein geradliniger, einseitiger Prozeß ist, sondern ein schwieriger, komplizierter Prozeß,

doch sagen, daß sich alle diese Tendenzen nicht etwa abgeschwächt haben, sondern ständig weiter verstärken und festigen.

Die Erklärung von 1960 hat das Problem der Erhaltung des Friedens und des Kampfes um die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen nicht nur als eine erstrangige Aufgabe, von deren Lösung das Schicksal der ganzen Menschheit abhängt, unterstrichen, sondern zugleich darauf hingewiesen, daß diese Aufgabe eine außerordentlich schwierige, komplizierte Aufgabe des antiimperialistischen Volkskampfes und proletarischen Klassenkampfes ist, eine Aufgabe, die nur durch die Einheit aller Kräfte, die gegen den Imperialismus in Bewegung sind und durch eine maximale Entfaltung des Volkskampfes durchgesetzt werden kann.

Die Moskauer Erklärung von 1960 hat weder die grundlegende aggressive Tendenz des Imperialismus noch die konkreten, sich damals schon abzeichnenden Tendenzen zur Verschärfung des Kriegskurses geleugnet! In diesem Dokument stand z. B. der Satz: „Der Imperialismus bereitet hartnäckig einen neuen Weltkrieg vor.“ Das stand 1960 in der Erklärung von Moskau, und daran hat sich nichts geändert.

Wir sind in der Analyse des Verhaltens der Herrschenden in einigen imperialistischen Ländern von den beiden Tendenzen ausgegangen, die schon Lenin im Imperialismus festgestellt hat, von der Tendenz der einen, nüchternen Strömung der Großbour-

geoisie, die vor allem angesichts der neuen Kräfteverhältnisse in der Welt und angesichts des neuen vernichtenden Charakters der Waffen zu einer realeren, realistischeren Einschätzung neigte und bereit war, beschränkt, begrenzt, mit allen Halbheiten, aber doch auf dem Wege der Entspannung einige Schritte zu tun, und der anderen Tendenz des Imperialismus auf

weitere Verschärfung des kalten Krieges, auf neue Aggressionen, auf den Export der Konterrevolution, auf die Versuche, mit alten und neuen Methoden die Kolonialherrschaft zu verewigen. Diese aggressive Tendenz hat offensichtlich gegenwärtig in den Vereinigten Staaten die Oberhand gewonnen. Das ist im Grunde genommen die Veränderung, die eingetreten ist.

Die Veränderung in der internationalen Lage könnte man durch folgende wesentliche Züge kennzeichnen

1. die aggressive Politik des USA-Imperialismus, die versucht, die imperialistischen Positionen in Asien, Lateinamerika und Afrika mit direkter militärischer Aggression und Intervention zu halten, die Marionettenregime in diesen Ländern zu stützen und, wie sie sagen, den Kommunismus, das heißt die gesamte antiimperialistische Befreiungsbewegung, zurückzuwerfen;

2. durch den zunehmenden Kriegskurs des westdeutschen Imperialismus als Hauptkriegstreiber in Europa, der versucht, die vom USA-Imperialismus geschaffenen Spannungen in der Welt zu nutzen, um seinerseits das Feuer der Revanche, das Feuer der Kriegsvorbereitung und des Krieges in Europa zu schüren;

3. durch wachsende imperialistische Widersprüche, deren objektive Ursachen, vor allem die ökonomische und finanzielle Schwächung des amerikanischen Imperialismus ist, die sich in den Gegensätzen zwischen dem amerikanischen Imperialismus und dem französischen Imperialismus zeigen, in den Gegensätzen zwischen dem französischen und dem westdeutschen Imperialismus, und die in diesem Zusammenhang zu einem wachsenden Zerfall des militärischen Bündnissystems der

imperialistischen Hauptmächte, unter Führung des USA-Imperialismus, zum Zerfall der NATO, führen, und auch in immer stärkerem Grade — und hier zeigt sich der zunehmende Kampf um die Hegemonie zwischen dem westdeutschen Imperialismus und dem französischen Imperialismus auf dem kontinentalen europäischen, westeuropäischen Gebiet — die Krise, die sich in der EWG zeigt, und die sich zweifellos weiter verschärfen wird.

4. Ein neues Moment ist der Versuch der imperialistischen Mächte und nicht zuletzt des westdeutschen Imperialismus, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den sozialistischen Staaten, die bestehenden Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zu nutzen, um zu versuchen, in den sozialistischen Ländern aufzuweichen, die Sowjetunion zu isolieren oder die DDR von anderen sozialistischen Staaten zu isolieren und dadurch ihre eigene Position zu stärken.

Was ist in dieser Situation die wichtigste Aufgabe der antiimperialistischen Kräfte, der sozialistischen Länder und der kommunistischen und Arbeiterbewegung? Es geht darum, die Einheit des Handelns angesichts der Taten des Feindes herzustellen, der in Vietnam Bomben und Napalm wirft.

Alle Hilfe für Vietnam!

Wir wissen, daß in der Partei nach wie vor viele Genossen von Sorge erfüllt sind über die Ereignisse in Vietnam. Diese Sorge ist selbstverständlich eine echte Sorge, eine echte Beunruhigung von Kommunisten, denen das Schicksal eines sozialistischen Landes, das Schicksal der um

ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden südvietnamesischen Brüder am Herzen liegt. In diesem Zusammenhang spielt das Problem der Hilfe der Sowjetunion eine große Rolle.

Wir haben die Genossen darüber informiert, daß die Sowjetunion alle

Hilfe leistet, die sie auf den Wunsch der vietnamesischen Genossen und der vietnamesischen Regierung leisten kann. Die Hilfe der Sowjetunion hängt selbstverständlich davon ab, was die souveräne nordvietnamesische Regierung an Hilfswünschen an die Sowjetunion äußert. Alle Delegationen nach Vietnam, die Aussprache, die unsere Genossen mit dem vietnamesischen Botschafter geführt haben, auch die Delegation der italienischen Genossen nach Nordvietnam haben dieselbe Antwort von den nordvietnamesischen Genossen bekommen, und wir müssen das in der ganzen Partei sagen: **Wir erhalten von der Sowjetunion alle Hilfe, um die wir ersucht haben.**

Gestattet mir noch eine Bemerkung im Zusammenhang mit dem aufgeworfenen Problem. Wie ist denn das heute mit Entspannung und der fried-

lichen Koexistenz? Natürlich ist es nicht so, daß die Lösung der friedlichen Koexistenz oder auch nur der Entspannung etwa heute unaktuell oder falsch wäre. Man muß nur in den Köpfen klären, was heißt denn unter den heutigen Bedingungen Kampf um Entspannung, und was heißt denn in der gegenwärtigen Situation Kampf um friedliche Koexistenz? Der Kampf um Entspannung heißt heute Kampf für die Beendigung des schmutzigen Krieges in Vietnam, Kampf gegen die amerikanische Aggression in Vietnam, Kampf gegen die Atomrüstung und die Revanchepolitik des westdeutschen Imperialismus, konkreter Kampf gegen seine Kriegsvorbereitungen, konkrete Enthüllungen seiner Kriegsvorbereitungen und die breitestmögliche antimilitaristische, antiimperialistische Friedensbewegung in der Bundesrepublik.

Genosse August:

Proletarischer Internationalismus heißt praktische Hilfe für Vietnam

Im Rechenschaftsbericht und im Referat wurde prinzipiell unsere Haltung zum schmutzigen Krieg der Amerikaner in Vietnam dargelegt. Wir haben im Rechenschaftsbericht eine Einschätzung des bisherigen politischen Massenprotestes gegen die amerikanische Aggression. Ich meine aber, daß es für die nächste Zeit von äußerster Wichtigkeit ist, daß wir gegen die Politik der USA-Imperialisten, die auf die Weiterführung des Krieges in Vietnam zielt, die die Ausweitung der Aggression in Vietnam forciert, den politischen Massenprotest in der Bundesrepublik verstärkt weiter fortführen und damit gleichzeitig eine breit angelegte Hilfsaktion der Bevölkerung der Bundesrepublik für die Opfer der amerikanischen Aggression in Vietnam verbinden müssen.

Diese Aufgabenstellung, diese Orientierung gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam ist gleichzeitig ein Teil des Kampfes gegen die aggressive Bonner Politik, gegen die Atomrüstungs- und Notstandspolitik. Wir wissen, in welcher Weise und in welcher Richtung die Bonner Kreise die amerikanische Aggression unterstützen

und an der Zuspitzung und Ausweitung interessiert sind. Mit der Anheizung der Konflikte wollen sie eine Atmosphäre schaffen, die es ihnen erleichtert, ihre eigene aggressive Konzeption, ihre Politik der Notstandsgesetze usw. durchzuführen. Bei dem politischen Massenprotest, den es zu organisieren gilt, bei der breiten Hilfsaktion für die Opfer des Bombenterrors müssen wir beide Richtungen sehen: Entlarvung der USA-Imperialisten und Kampf gegen die aggressive Konzeption der Bonner Regierung.

Es sind jetzt viele Initiativen notwendig, um eine breite Hilfsaktion in der Bundesrepublik zu organisieren. Wir Kommunisten in der Bundesrepublik müssen den proletarischen Internationalismus beweisen, indem wir fest an der Seite des Volkes von Vietnam stehen. Der proletarische Internationalismus fragt nicht was die Sowjetunion tut, sondern er fordert von jedem Solidarität. Wir müssen darum in unserer Partei stärker die Fragen der Solidarität für die Opfer in Vietnam stellen. Ich meine, daß man gerade den 6. August und den 1. Sep-

tember zu weiteren Höhepunkten des politischen Massenprotestes und der Hilfe für die Opfer in Vietnam machen sollte. Das könnte bei den Schilderdemonstrationen und Mahnwachen, in den Lösungen und Forderungen zum Ausdruck gebracht werden.

Wir sollten alle Initiativen mit allen Kräften unterstützen, um wirklich

eine politisch breit angelegte Hilfsaktion für die Opfer in Vietnam in der Bundesrepublik zu organisieren. Es geht darum, Geld zu sammeln und weiterzuleiten mit dem Ziel, medizinische Mittel, Instrumente usw. anzuschaffen, um das Leid und die Not der Opfer des amerikanischen Bombenterrors zu lindern.

Genosse Karl:

Für eine lebendige und moderne Aufklärungsarbeit

Der Wahlkampf ist eine ausgezeichnete Gelegenheit, unsere nationale und soziale Politik ins Volk zu tragen. Das tun wir in einer Zeit, in der die herrschenden Parteien eine außergewöhnliche neue Form des Chauvinismus ins Volk tragen. Große Teile unseres Volkes sind offensichtlich anfällig für diese Formen des Nationalismus und Chauvinismus. Ich sehe nicht nur in der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr die große Gefahr, sondern die beinahe ebenso große Gefahr in der Tatsache, daß es allmählich wieder gelingt, insbesondere auch unsere Jugend mit neuem nationalistischen Ungeist zu vergiften. Der aus der Bundeswehr kommende junge Mensch ist verseucht. Dem gegenüber steht eine große Aktivität der Gewerkschaftsjugend, die in positivem Sinne versucht, auf die Bewegung im Volk Einfluß zu gewinnen.

Der Chauvinismus wird von allen Parteien, nicht nur von der CDU und von der SPD, sondern insbesondere in neuer Weise von der NPD, einer chauvinistischen und nationalistischen Partei ins Volk getragen. Damit müssen wir uns insbesondere im Wahlkampf auseinandersetzen, weil namhafte Leute von der CDU und von der SPD nicht in unsere Versammlungen kommen.

In diesem Wahlkampf haben wir Kommunisten das Schwergewicht auf die Gewinnung der Arbeiterklasse gelegt. Wir wollen Arbeiter in Bewegung bringen für ein Ziel. Das konkrete Ziel im Wahlkampf war seit Ende Mai, die Notstandsgesetze zu verhindern, und wir haben versucht, die Arbeiter in neuen Formen und mit neuen Mitteln anzusprechen, ihnen

bewußt zu machen, was diese Notstandsgesetze sind. Wir haben ihnen die Details der Gesetze erklärt. In dem Maße, wie es gelingt, dem einzelnen Menschen klarzumachen, was ihm droht, ist er auch bereit, dagegen anzukämpfen. Wie haben wir das gemacht? Wir haben einen Wahlplan für eine große Stadt ausgearbeitet und versucht, Menschen in Bewegung zu bringen. Ich möchte jetzt schon sagen, daß es uns nur gelungen ist, einen kleinen Teil der Partei in Bewegung zu bringen, der allerdings sehr aktiv ist.

Unser Kernproblem innerhalb der Partei ist: Wie bringen wir unsere eigenen Genossen auf die Beine, wie machen wir ihnen Mut, wie begeistern wir sie, auf die Straße zu gehen, zu reden, ehrlich den Menschen ihre Meinung zu sagen.

Es gibt viele Formen und Möglichkeiten der Massenaufklärung, wenn man sie nur gut und klug durchdacht anwendet. Wir haben in unserem Wahlplan viele solche Formen durchdacht und praktiziert.

Die erste ist, daß wir vor Großbetrieben auftreten: Große Transparente „Notstandsgesetze sind Kriegsgesetze in Frieden!“, Stellschilder an der Seite, ein paar Genossen, die sie festhalten und Genossen, die einfache Flugblätter, auch der Form nach einfach, verteilen und dabei diskutieren.

Wir haben kleine Versammlungen durchgeführt. Wir gehen in eine Arbeiterkneipe. Dort sitzen Arbeiter an den Tischen. Die Leute stehen und sitzen an der Theke, weil bekanntlicherweise der beste Platz im Leben an der Theke ist. Die Leute hören zu,

trinken ihr Bier, bleiben dort stehen und stellen von der Theke her Fragen, nachdem sie hören, was Notstandsgesetze sind. Das ist eine Form der Versammlungen, die man pflegen muß, und alle anderen auch. Ich würde keinesfalls sagen: keine Versammlungen. Wir halten unseren Plan durch.

Es ist sehr schwer, die SPD-Politik anzugreifen, damit die Massen uns verstehen. Zunächst herrschte große Verwirrung. Durch falsche Meldungen entstand der Eindruck, die SPD sei gegen die Notstandsgesetze. Wir hatten es schwer, innerhalb der Gewerkschaft die Ansicht durchzusetzen, daß sie für noch „bessere“ Notstandsgesetze, für noch verfeinerte Verklau-sulierungen ist. Wir haben dann geschildert, daß keiner durch die Maschinen dieser Gesetze gehen kann. Bist du nicht im Zivilschutzkorps, bist du im Selbstschutz. Bist du nicht im

Selbstschutz, dann bist du dienstverpflichtet. Bist du nicht dienstverpflichtet, dann bist du dieses oder jenes. Es gibt keinen Menschen mehr, der nicht von irgendeinem Gesetz erfaßt ist. Das haben wir in Details nachgewiesen. Das wirkt so, daß innerhalb der SPD die Empörung darüber wächst, daß sich die Mitglieder von der Spitze der SPD verraten fühlen.

Unsere Aufgabe ist es, die Partei in Bewegung zu bringen. Wenn wir nicht die Partei organisieren und einen größeren Teil zur aktiven Mitarbeit gewinnen, werden wir keine größeren Massen von Menschen in Bewegung bringen. Wir müssen mit der Aufgabe nach Hause gehen, jeden einzelnen Kommunisten zu mobilisieren. Das ist uns einfach noch nicht gelungen, das ist unsere größte Schwäche. Wir müssen unsere Genossen so begeistern, daß sie gern in den Wahlkampf gehen.

Genosse Herbert:

Für eine lebensnahe Gewerkschafts- und Betriebsarbeit — neue Probleme sehen!

Wenn die Werktätigen in der Bundesrepublik den sozialen Tiefstand im und nach dem zweiten Weltkrieg überwunden haben und einen höheren Lebensstandard erreichten, dann verdanken sie das nicht der CDU/CSU, sondern ausschließlich ihrer eigenen Arbeitskraft, der Mitarbeit ihrer Frauen, den vielen geleisteten Überstunden, einem Arbeitstempo, das viele mit Frühinvalidität bezahlen mußten. Und laut Statistischen Jahrbuch 1964 sind die Unfälle in den Betrieben von jährlich 1 382 000 im Jahre 1950 auf 2 961 000 im Jahre 1963 gestiegen. Die Zahl der Betriebsunfalltoten stieg von Jahr zu Jahr. So waren es 1959 = 6984, 1960 = 6900, 1961 = 7072 und 1962 = 7450.

Was die Arbeiter und Angestellten heute haben, das verdanken sie ihrer eigenen unermüdbaren Arbeit, dem gewerkschaftlichen Kampf und der Existenz und Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik, die diesen gewerkschaftlichen Kampf gegen die Angriffe der Monopole und ihrer CDU/CSU-Regierung außer-

ordentlich begünstigte und unterstützte.

Die Gewerkschafter sind stolz auf ihre ökonomischen und sozialen Erfolge. Und unsere Partei, unsere Genossen als Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, haben an diesen Erfolgen des gewerkschaftlichen Kampfes einen maßgeblichen Anteil. Unsere Partei hat nicht, wie die CDU/CSU-Regierung unter Adenauer und Erhard, zum Maßhalten und Lohnstopp aufgerufen, nicht wie die Wehner-Erler-Gruppe in den Lohnbewegungen zum Stillhalten und zur Schlichtung aufgefordert, sondern unsere Genossen haben in den Gewerkschaften immer und überall in Übereinstimmung mit den gewerkschaftlichen Beschlüssen, bei sachlicher Darlegung der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, der Gewinne und der Preise auf Maximalforderungen und kurze Laufzeiten der Tarifverträge orientiert, um auch durch die Lohnbewegung der immer ungerechter werdenden Vermögensverteilung entgegenzuwirken. Auch das sollten wir

den Arbeitern und Angestellten sichtbar machen.

Das Verdienst der CDU-Politik besteht darin, daß sich die Zahl der privaten Vermögens-Millionäre innerhalb von 10 Jahren versiebenfacht hat, ihr Vermögen in der gleichen Zeit um das Achtfache gestiegen ist, während sich das volkswirtschaftliche Gesamtvermögen von 1953 bis 1963 nur verdoppelte. Das Verdienst der CDU/CSU besteht darin, daß von 1950 bis 1963 der Anteil der Sozialausgaben im Bundeshaushalt von 37 Prozent auf 22 Prozent gesenkt wurde. Das Verdienst der CDU/CSU besteht darin, daß laut „Welt der Arbeit“ vom 29. I. 1965 im Jahre 1964 die Finanzämter der Bundesrepublik an Lohnsteuern 2,3 Milli-

arden mehr einnahmen als 1963. Jedes Prozent mehr an Lohn- und Gehaltssteuer hat so dem Staat das Zweieinhalbfache eingebracht. In dieser Zeitung heißt es: „So zahlte ein Verheirateter, jedoch kinderloser Arbeitnehmer, der 1964 einen Jahresarbeitslohn von 8000 DM erhielt, nach einer Lohnerhöhung von 10 Prozent nicht mehr 684 DM, sondern 840 DM Lohnsteuer im Jahr. Einer Lohnerhöhung von 10 Prozent steht somit eine Lohnsteuerrhöhung von rund 26 Prozent gegenüber.“

Allein von 1959 bis 1961 wurde das Lohnsteueraufkommen um 87 Prozent erhöht, während in der gleichen Zeit Nettolöhne und -gehälter um 27 Prozent erhöht wurden.

Gewerkschaftliche Erfolge verteidigen und ausbauen

Wir sollten die gewerkschaftlichen Erfolge voll und uneingeschränkt würdigen und uns darüber freuen.

a) Unsere Partei, unsere Genossen in den Gewerkschaften haben einen maßgeblichen Anteil daran und der Kampf unserer Partei dient der Verbesserung der Lebensbedingungen der Werkstätigen. Wir können auch damit sichtbar machen, welchen Nutzen die Wiederherstellung der Legalität der Kommunistischen Partei Deutschlands für die Arbeiterklasse hat.

b) Wir können die Rolle der DDR bei diesen Erfolgen sichtbar machen.

c) Wir zeigen auf, wem die Arbeiterklasse diese Erfolge verdankt, unter welchen Bedingungen sie erreicht und gegen wen sie durchgesetzt wurden. Das gibt uns eine positive Ausgangsposition für die Entlarvung des sozialreaktionären Charakters der CDU/CSU und ihrer Politik der Revanche und des Krieges.

d) Wir können an positiven Ergebnissen des gewerkschaftlichen Kampfes anknüpfen, um mit diesen Erfahrungen hinzulenken auf den Kampf um mehr Mitbestimmung, um stärkere Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Politik und

e) wir sprechen den berechtigten Stolz der Menschen auf diese Erfolge in richtiger Weise an. Unsere politische Bestandsaufnahme der Politik der CDU/CSU wird den Menschen ver-

ständlicher und unsere Alternative bringt bei Würdigung der Erfolge stärker zum Ausdruck, daß wir diese Erfolge sichern und weiter ausbauen wollen.

Selbstverständlich geht auch heute die Vorbereitung des Krieges zu Lasten der breiten Massen des Volkes. Aber diese Belastungen wirken sich gegenwärtig noch bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht in unmittelbarem Rückgang des Lebensniveaus aus. Die Tendenz dorthin wird sichtbar in den Versuchen der Monopole und ihrer CDU/CSU-Regierung, Lohnerhöhungen größeren Widerstand entgegenzusetzen, Akkorde und Sozialleistungen abzubauen, einen allgemeinen Lohnstopp durchzusetzen und mit Notstandsgesetzen den gewerkschaftlichen Kampf auszuschalten. Unsere Aufgabe besteht also darin, diese Absichten konkret zu enthüllen, die großen Möglichkeiten, die durch die technische Revolution gegeben sind, sichtbar zu machen und darzulegen, wie diese Möglichkeiten des technischen Fortschritts einseitig genutzt werden zur rigorosen Erhöhung der Profite der Monopole, zur Stärkung ihrer ökonomischen und politischen Macht und zur Finanzierung der Kriegsvorbereitung, während die Arbeiter und Angestellten maßhalten sollen.

Was für den gewerkschaftlichen Kampf im Rahmen des technischen Fortschritts möglich ist, ohne daß die

wirtschaftliche Entwicklung gestört wird, wird sichtbar in den riesigen Profiten der Monopole, wird sichtbar in den wachsenden Staatsausgaben und insbesondere in den wachsenden Rüstungsausgaben. Man braucht kein Rechenkünstler zu sein um nachzuweisen, daß die bisherigen Lohnerhöhungen diese Möglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft haben. Die gewerkschaftliche Feststellung der ungerechten Vermögensverteilung bestätigt das. Die Orientierung auf Maximalforderungen bei kommenden Lohnbewegungen, verbunden mit dem vollen Einsatz der gewerkschaftlichen Kraft, der unmittelbare Kampf um die Durchsetzung des Aktionsprogramms des DGB, der Kampf um die Überführung eines Teils der Profite, der Rücklagen und Rückstellungen in gewerkschaftliche Fonds, in gewerk-

schaftliche Verfügungsgewalt und der Kampf um eine wirklich qualifizierte Mitbestimmung der Gewerkschaften, die Überführung der markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum, ihre demokratische Verwaltung und Kontrolle bei maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften sind daher Forderungen, die die Erhöhung des Lebensstandards sichern, die den Einfluß der großen Monopole in der Wirtschaft und in der Politik einschränken und einer friedlichen Entwicklung der Bundesrepublik den Weg ebnen.

Die Gewerkschaften an diese Aufgaben heranzuführen, darin besteht die große Verantwortung unserer Partei, unserer Betriebsgruppen, unserer Genossen in den Vertrauensleutekörpern, den Betriebsräten und Gewerkschaftsgremien.

Genosse Arno:

Die besten Vertreter der sozialen Interessen sein

Wir überlegen manchmal, welche Möglichkeiten der Massenarbeit und der Arbeit es in Massenorganisationen gibt und kommen dann oft zu dem Schluß: Für unsere Genossen ist das schwierig oder gar nicht möglich. Es gibt aber große Organisationen in der Bundesrepublik, z. B. die Rentnerverbände, von denen allein der Reichsbund der Kriegs- und Zivilgeschädigten und der VdK zusammen mehr als 2 Millionen Mitglieder haben, in denen wir arbeiten können. Wer das Vertrauen der Menschen erworben hat, wird auch die Fragen des Kampfes gegen die Atomaufrüstung und die Notstandsgesetzgebung mit in die Aktion dieser Verbände hineinstellen können.

Von den 8,4 Mill. Sozialrentnern beziehen — nach einer Erklärung, die der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilgeschädigten unter dem Titel „Versprechen und Wirklichkeit“ vor einigen Wochen zur Bundestagswahl veröffentlicht hat — rund 3 Millionen eine Sozialrente von weniger als 200 DM im Monat. Die Bundesregierung hatte 1956/57 bei der Rentenreform versprochen, daß nach

einem erfüllten Arbeitsleben die Sozialrente 60 Prozent des Arbeitsverdienstes betragen sollte, während die Gewerkschaften schon damals und auch heute noch 75 Prozent des Arbeitsverdienstes als Altersruhegeld fordern. Die der CDU nahestehende „Rheinische Post“ aber berichtete anläßlich der Verabschiedung der Härtenovelle zur Rentenversicherung, daß nach 40 Arbeitsjahren die Rente nur 40 Prozent des Arbeitsverdienstes erreicht, d. h., daß für unsere alten Mitbürger der Übergang vom Arbeitsleben zum Rentnerdasein ein krasser sozialer Abstieg ist. Mit dieser Härtenovelle zur Rentenversicherung, die nicht von ungefähr jetzt kurz vor den Wahlen verabschiedet wurde, aber ist eine generelle Verbesserung der Renten, wie es der Deutsche Gewerkschaftsbund in seinen 48 Forderungen zur Härtenovelle vorgeschlagen hatte, nicht erfolgt und auch nicht die Einführung einer Mindestrente, wie es gleichfalls der DGB gefordert hat. Die Gesamtaufwendungen für diese Härtenovelle betragen nicht viel mehr als 2 Prozent des gegenwärtigen Gesamtaufwandes für die Sozialrenten selbst.

Die CDU/CSU-Fraktion hat vor einigen Wochen einen Gesetzentwurf für die Einführung einer Rentenbeihilfe veröffentlicht, mit der die kleinen Renten auf 200,— DM für Alleinstehende und gut 300,— DM für das Ehepaar aufgestockt werden sollen. Nur hat dieser Gesetzentwurf den Nachteil, daß er eben nicht verabschiedet worden ist, sondern praktisch nur für die CDU/CSU als Wahlpropaganda herausgestellt worden ist. Aber wir sollten das beachten und sehen, welche Beachtung der Gegner diesen Problemen schenkt.

Am ersten Juli sind 47 neue Kreise zu „weißen Kreisen“ erklärt worden. Damit gelten die Lücke-Gesetze jetzt in 506 Kreisen der Bundesrepublik, aber auch in den übrigen noch „schwarzen Kreisen“ sollen ab 1. Januar nächsten Jahres die Mieten auch für die nach dem 1. Bundeswohnungsbaugesetz gebauten Sozialwohnungen bis zu 25 Prozent erhöht werden. Die Praxis hat bestätigt, was wir vorher gesagt haben: mit dem Lücke-Plan sind die Mieter Freiwild geworden! Zwar gibt es gegen die erfolgenden Kündigungen ein Widerspruchsrecht, aber die Gerichte haben in den schon weißen Kreisen zu 98 Prozent die von den Mietern gegen die Kündigung erhobenen Einsprüche abgelehnt.

Der Direktor des Deutschen Mieterbundes, Diplomkaufmann Schlich, erklärte am 2. Juli auf einer Pressekonferenz auf eine ihm gestellte Frage, daß schon in mehreren Orten polizeiliche Exmittierungen von Mietern durchgeführt worden sind. Unter den 47 weiß gewordenen Kreisen befinden sich solche großen Städte wie Frank-

furt/Main, Nürnberg, Mannheim, Essen und viele andere.

In Wiesbaden fand Ende Juni eine Mieterversammlung des dortigen Mietervereins statt, die wegen Überfüllung polizeilich geschlossen wurde. Dort erschienen Mieter mit Kündigungsschreiben, aber auch mit Schreiben über die Erhöhung ihrer Mieten um 100 bis 250 Prozent. In Frankfurt/Main stehen diejenigen, denen gekündigt wurde oder die von einer Mieterhöhung bedroht sind, Schlange vor der Geschäftsstelle des dortigen Mietervereins. Der Hausbesitzerverein von Frankfurt/Main hat eine Tabelle über eine sogenannte ortsübliche Miete veröffentlicht, die eine Mieterhöhung von 100 bis 150 Prozent im Durchschnitt bedeutet. In Bremen wurde die Geschäftsstelle des Mietervereins schon in der zweiten Hälfte des Juni, also bevor diese Gesetze in Kraft traten, von 80 bis 100 Menschen aufgesucht. Es handelte sich um Mieterhöhungen von 80 bis 100 Prozent, in Einzelfällen bis zu 280 Prozent.

Diese Menschen, die sich in Not befinden, suchen Hilfe. Sie sind ansprechbar. Ich meine, daß es auch unsere Aufgabe ist, diese Menschen anzusprechen und uns ihrer Sorgen und Probleme anzunehmen. Wir wissen und werden es ihnen sagen, daß nur die Kräfte, die für eine Änderung der Politik, für eine Politik des Friedens und der Abrüstung eintreten, ein wirklich konstruktives soziales Programm, wie es in Ansätzen im Wahlprogramm der DFU enthalten ist, nicht nur entwickeln, sondern auch verwirklichen können.

Genosse Michael:

Wie wir Erfolge in der Jugendarbeit organisieren

Im Kampf gegen die Notstandsgesetze und gegen die MLF spielt die Jugend eine besondere Rolle. Das wurde in der Ostermarschbewegung deutlich. Dort ist sie das tragende und treibende Element. Sie ist es aber auch im Kampf gegen die Notstandsgesetze. Damit sind auch die objektiven Voraussetzungen für die Verstärkung unseres

Einflusses unter der Jugend gewachsen.

Vor einiger Zeit wurde in unserem Zentralkomitee die Jugendpolitik der Partei behandelt, sie wurde sehr umfangreich eingeschätzt, und es wurden Aufgaben gestellt.

Ich möchte an einem Beispiel zeigen, wie unsere Jugendpolitik und Jugend-

arbeit jetzt Früchte trägt. Pfingsten war die Arbeiterjugendkonferenz in Magdeburg. Zu gleicher Zeit fand in Hannover ein Treffen der Gewerkschaftsjugend vom ganzen nordischen Bereich statt. Es stand die Frage, daß ein Teil nach Magdeburg fährt und ein anderer Teil nach Hannover. Andere wieder hatten etwas davon gehört, daß in Dänemark ein Treffen vom kommunistischen Jugendverband sein soll. Sie wollten dorthin, und wieder andere wollten natürlich zum Zelten. Wir haben genau überlegt und eingeschätzt, welche Kräfte wir in den einzelnen Kreisen haben, was wir an Jugendfunktionären und Jugendkadern, an jungen Genossen besitzen, über die wir verfügen können, und haben dann gesagt: die und die fahren nach Magdeburg, die anderen kann man nicht halten, sie fahren eben ins Zeltlager. Man kann nicht befehlen, man muß überzeugen. Und dann haben wir die herausgesucht, die nach Hannover fahren und dabei darauf orientiert, daß wirklich die fähigsten und aktivsten Kämpfer und jungen Kommunisten nach Hannover fahren, um dort gegen die Notstandsgesetze zu wirken.

Ich möchte nun zu den Ursachen einiger Erfolge, die wir in der Jugendarbeit haben, etwas sagen.

Die Genossen der Bezirksleitung beschäftigen sich regelmäßig mit der Jugendarbeit, nicht am Rande oder gerade dann, wenn die Jugend uns mit ihren Fragen bestürmt, sondern wirklich ständig und zielstrebig. Wir lassen uns von dem Prinzip leiten: Eine Parteiorganisation oder -leitung, die nicht ständig Jugendarbeit macht, bleibt zurück. Wenn wir in unserem Bereiche seit 1959 einige Hundert neue Mitglieder gewonnen haben und im Karl-Liebknecht-Aufgebot 150, wovon der größte Teil junge Menschen sind, wenn wir heute sagen können, daß der entscheidende, der aktive Teil wirklich die jungen Kräfte sind, dann ist das zu einem großen Teil gerade der kontinuierlichen Jugendarbeit zuzuschreiben.

Wir wurden vor einem Jahr kritisiert, weil ein Teil neuer Mitglieder wieder abgesprungen war. Es gab dafür viele Ursachen, aber die entscheidende war die Tatsache, daß viele

junge Genossen bei uns nicht in Parteiorganisationen im Betrieb oder im Wohngebiet verankert waren. Man muß die jungen Genossen systematisch in Betriebsgruppen, Parteiorganisationen und im Wohngebiet verankern, denn es kommt darauf an, daß wir nicht nur junge Kommunisten aufnehmen, sondern daß sie auch in einer Parteiorganisation erfaßt sind und dort wirklich mit den Genossen geschult werden, daß aus ihnen wirkliche Kommunisten gemacht, daß sie an der Basis zu Kommunisten erzogen werden. Heute kann man sagen, daß auf diesem Gebiet in vielen Kreisen eine sehr erfolgreiche Jugendarbeit durchgeführt wird.

Wenn wir diese kleinen Anfangserfolge haben, dann ist das hauptsächlich darauf zurückzuführen: 1. daß wir erreicht haben, daß junge Genossen in den Parteigruppen erfaßt wurden; 2. daß wir auf eine Vielfalt der Jugendarbeit orientieren, und zwar nicht nur auf die Betriebs- und Gewerkschaftsjugend, sondern auch auf die Stärkung aller anderen Bereiche des Jugendlebens.

Wir haben seit zwei Jahren das Problem der Erfassung der jungen Genossen so gelenkt, daß sie grundsätzlich in der Parteiorganisation mit den alten Genossen zusammen arbeiten und nicht in einer besonderen Gruppe. Wir haben die Gruppen junger Genossen nur als zeitweilige, als Übergangserscheinungen betrachtet.

Eine weitere Schlußfolgerung: Die Studienarbeit ist systematisch zu betreiben. Wir haben in einer ganzen Reihe von Kreisen mit jungen Genossen besondere Schulungszirkel über Grundprobleme des Marxismus und andere Grundfragen organisiert. Das muß noch viel intensiver geschehen. Leider ist es so, daß viele unserer jungen Genossen gar nicht so gern studieren wollen. Man muß nachhelfen und ständig bestrebt bleiben, damit sie gründlich studieren.

Wir können heute sagen, daß die Arbeit auf dem Jugendsektor ein Teil unserer Tätigkeit ist, ohne den wir gar keine richtige Arbeit mehr leisten können. Die Jugendarbeit ist ein fester Bestandteil unserer gesamten Tätigkeit und muß es auch weiterhin sein.

Hohe Anforderungen an die Partei stellen

Die Partei hat in den letzten Monaten in den Aktionen gegen die Notstandsgesetze, gegen die Aggressionsakte der USA-Imperialisten in Vietnam, für Frieden und Abrüstung große Leistungen vollbracht. Sie wurden im Referat und Bericht des PB gewürdigt. An diesen Erfolgen sind viele Leitungskollektive und Genossen beteiligt. Wir müssen in solchen Perioden hoher Anforderungen an die Partei darauf achten, daß wir von der Arbeit mit den Grundorganisationen nicht abgedrängt werden. Zu oft lassen wir uns dazu verleiten, nur mit den aktivsten Genossen zu arbeiten und verlieren die Grundorganisationen aus dem Blickfeld. Aus jeder politischen und sozialen Aktion muß unsere Partei ideologisch und organisatorisch gestärkt hervorgehen. Das setzt aber die Diskussion über unsere politische Linie, wie sie auf den ZK-Tagungen gegeben wird, in den Grundeinheiten voraus. So sind wir z. B. mit der Diskussion über das 4. Plenum und dem Wahlprogramm unserer Partei nicht bis in alle Grundorganisationen vorgegangen. Aber Klarheit über unsere Politik in den Betriebs- und Wohngebietsgruppen, in den Grundeinheiten der Wirkungsstätten ist Voraussetzung für ein kraftvolles Wirken der Partei in den Aktionen.

Im Rechenschaftsbericht des Politbüros wird auf die Notwendigkeit der Mitgliederwerbung hingewiesen. Wir haben uns die Frage vorzulegen, wie weit aus der politischen Aktivität, aus den Bewegungen heraus, neue Kräfte der Partei zugeführt werden. Und hier stellt sich heraus, daß unsere Anstrengungen nach dem Karl Liebknecht-Aufgebot nicht mehr so intensiv sind, obwohl die Möglichkeiten dafür wachsen. Mit zwei Werbekampagnen haben wir neue, vor allem junge Kräfte der Partei zugeführt und damit begonnen, bei den

Genossen den Gedanken hineinzutragen, daß wir auch unter illegalen Bedingungen eine mitgliederstarke Partei werden müssen und können. An Stelle der Kampagnen muß jetzt kontinuierlich auf die verstärkte Mitgliederwerbung orientiert werden. Das ist nicht einfach. Aber es geht, wenn unsere Leitungen

- den Grundeinheiten im Zusammenhang mit den politischen Bewegungen den Blick für die Möglichkeiten öffnen,
- in den Grundeinheiten ideologische Unklarheiten über die Rolle der Partei ausräumen und auf verstärkte legale Tätigkeit unserer Mitglieder orientieren,
- bei der Anleitung der Grundeinheiten ständig den Stand der Mitgliederwerbung kontrollieren und dabei Hilfe leisten.

Es geht also darum, dieses Problem mit den Grundeinheiten zu lösen und unsere Mitglieder zu gewinnen, ihren Bekanntenkreis, ihre persönliche Autorität in Betrieben und Gewerkschaften usw. im Sinne der Mitgliederwerbung nutzbar zu machen.

Wir empfehlen allen Kreis- und Bezirksleitungen sich konkrete Vorstellungen für die Entwicklung der Partei bis Ende 1966 zu erarbeiten. Diese Perspektivpläne sollten enthalten:

- Verstärkte ideologische Arbeit, Verbesserung unserer Bildungsarbeit;
- Vermehrung unserer Mitgliedschaft durch Neuwerbung und Wiedererfassung;
- Erhöhung des Anteils der Mitglieder, die in Grundeinheiten erfaßt werden. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den Betriebsgruppen in den Großbetrieben;
- Verbesserung der Arbeit unserer Leitungen besonders in den Kreisen.

Achtung!

Achtung!

Eine Sendung **KPD** bringt der *Deutsche Fernsehlink* an jedem letzten von und mit der Montag im Monat von 19.00 bis 19.25 Uhr

Für die Einigung aller nationalen Kräfte

Aus dem Schlußwort des Genossen Max Reimann auf der 5. ZK-Tagung

Die 5. Tagung des Zentralkomitees geht nun zu Ende. Jetzt muß die Kraft der ganzen Partei auf die Verwirklichung der von dieser Tagung erarbeiteten Linie gerichtet werden. Man wird mir beipflichten, wenn ich sage, daß der Verlauf und die Ergebnisse dieser 5. Tagung des Zentralkomitees eine wesentliche Bereicherung der politischen Führungstätigkeit unserer Partei sind.

Die Diskussion wurde von dem Vermitteln, Wege zu suchen und zu mühen beherrscht, Erfahrungen zu finden, um unsere Politik in die Massen zu tragen, den Wahlkampf so zu nutzen und so zu führen, daß wir die Menschen für diese unsere Politik in Bewegung bringen. Ich darf hier auch sagen, daß sich viele Genossen mit der Frage befaßten, wie unsere Politik, wie unsere gesamte politische Tätigkeit und Aufklärungsarbeit unter den Massen wirkt. Nüchtern und kritisch wurden bedeutsame Fragen für die Bewußtseinsbildung aufgeworfen, wurden zahlreiche Anregungen und Vorschläge zur Verbesserung der Wirksamkeit unserer Agitation und Propaganda gemacht. Ich finde es besonders wichtig, daß in der Diskussion immer wieder die Sorge zum Ausdruck gebracht wurde: Kommen wir mit unserer Politik, mit unseren Argumenten bei der Bevölkerung an? Finden wir das Ohr der Arbeiter und des werktätigen Volkes? Was müssen wir tun, um von den Massen besser verstanden zu werden?

Die Entwicklung in der Welt und in Deutschland, vor allem aber die außerparlamentarischen Bewegungen in der Bundesrepublik haben bewirkt, daß einige nationale und demokra-

tische Grundfragen unseres Volkes auf der Tagesordnung stehen. Im Rechenschaftsbericht und im Referat¹⁾ wurde zu Recht gesagt, daß die Frage Krieg oder Frieden immer mehr in den Mittelpunkt der Politik rückt und daß sich auch in der Bundesrepublik die Auseinandersetzungen darüber verschärfen. Die Frage von Krieg oder Frieden ist auch entscheidend für die Lösung der nationalen Frage in Deutschland; denn das Wesen der nationalen Frage in Deutschland besteht darin, zu verhindern, daß von deutschem Boden ein neuer Krieg ausgeht. Der Kampf für die Sicherung des Friedens ist zum Hauptinhalt der Auseinandersetzungen zwischen den nationalen und den antinationalen Kräften geworden.

Bei aller Aktivität muß aber noch sehr viel getan werden, um der Bewegung eine noch stärkere Basis in den Massen zu verschaffen. Die breiten Massen der Arbeiterklasse und der übrigen Volkskräfte sind noch nicht an das Ringen um die entscheidenden Fragen von Krieg oder Frieden herangeführt. Warum ist das so? Wir sagen: Eine Ursache besteht darin, daß noch immer die Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus und Militarismus unterschätzt wird. Das stimmt. Aber diese Feststellung treffen wir seit langem. Mit dieser Feststellung allein ist noch nichts geändert. Wir werden nur in dem Maße die Unterschätzung der Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus und Revanchismus überwinden, wie wir das Geheimnis der Vorbereitung des Krieges enthüllen, wie wir der konkreten Kriegsvorbereitung die Alternative einer realistischen nationalen Friedenspolitik entgegensetzen.

Die Kriegspsychose entlarven

Die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien versuchen, mit dem Popanz eines äußeren Feindes eine Kriegspsychose

zu entfachen. Sie tun alles, um ihrer Kriegspolitik den Anstrich einer Friedenspolitik zu geben. Gleichzeitig aber verstärken sie ihre Anstrengungen, das Volk mit der Lüge von der Bedrohung durch die Sowjetunion und die DDR kriegsreif zu machen. Sie sagen, der Bundesrepublik drohe eine

¹⁾ Das Referat des Gen. Fred. Kandidat des Politbüros: „Politik und Aufgaben der Partei im Bundestagswahlkampf 1963“ siehe „Freies Volk“, August — Ausgabe 1963

Gefahr aus dem Osten. Mehr als das. Sie behaupten: Wir müssen uns vor den Russen schützen oder, wie Genossin B. uns sagte, vor den Kosaken, die kommen. — Aber auf die Bevölkerung der Bundesrepublik kommen nicht die Russen, kommt keine Gefahr aus dem Osten zu. Auf die Bevölkerung der Bundesrepublik kommen die von den deutschen Revanchisten und Militaristen vorbereiteten Kriegsprovokationen, der Abbau der demokratischen Rechte, kommen neue, größere soziale Belastungen zu. Genossin B. hat ganz recht, wenn sie feststellt: Wir müssen Aufklärung darüber schaffen, wer den Krieg will, wer ihn vorbereitet und wie er vorbereitet wird, wie der Krieg gemacht wird.

Der von der Bundesregierung und den Bonner Parteien entfachten Kriegspsychose müssen wir jetzt eine breite Aufklärungskampagne entgegenstellen. Wir sollten uns nicht scheuen, in öffentlichen Formen, auf Versammlungen und in Nachbargesprächen diese heißen Eisen anzupacken, z. B. die Frage aufzuwerfen: Wollen die Russen Krieg? Kom-

men die Russen oder was kommt auf uns zu? Wer will wen angreifen? Wer lehnt Sicherung gegen einen Angriff ab? Wer hat die bisherigen Kriege vom Zaune gebrochen? Wer den ersten Weltkrieg und wer den zweiten Weltkrieg? Immer waren es die deutschen Imperialisten und Militaristen, die andere Völker überfallen haben. Wir sollten weiter die Frage aufwerfen: Will Ulbricht Krieg? und nachweisen, wie die Deutsche Demokratische Republik nicht nur den Frieden will, sondern auch, was sie für Vorschläge gemacht hat, um den Frieden in Deutschland, zwischen beiden deutschen Staaten zu erhalten.

Ich meine, Genossen, wir sollten in der Bundesrepublik diese Fragen offen klären. Ihr werdet sehen, daß wir dann die Gelegenheit bekommen nachzuweisen, wie die Weltkriege vorbereitet werden und wer sie vorbereitet. Vor allem wird uns die Jugend verstehen, die keine Ahnung davon hat, wie die beiden Weltkriege vorbereitet worden sind, die keine Ahnung davon hat, was jetzt in der Bundesrepublik geschieht.

Was steckt hinter der „nationalen Welle“?

Gestattet mir einige Bemerkungen zu einer Erscheinung, die in der Diskussion der heutigen ZK-Tagung eine große Rolle gespielt hat und von der ich glaube, daß wir sie im derzeitigen Wahlkampf und auch in der nachfolgenden Zeit sehr ernst nehmen müssen. Es wird viel darüber geschrieben und viel davon gesprochen, daß in der Bundesrepublik eine sogenannte nationale Welle begonnen hat. Auf dem Bundesparteitag der CDU wurde ein „neues deutsches Nationalbewußtsein“ gefordert. Auf dem Bundesparteitag der FDP verlangte Mende einen „geläuterten Patriotismus“. Auf einer sogenannten Volkspolitischen Tagung mit dem Thema „Sozialdemokratie und Nation“ sprachen sich Wehner und Brandt für ein „neues deutsches Nationalgefühl“ aus.

Worum geht es bei der sogenannten nationalen Welle? Die Bonner Politik ist in eine Krise geraten. Die Fortsetzung der bisherigen Politik soll dadurch gesichert werden, daß der aggressive Kurs nach außen und reak-

tionäre Kurs nach innen verschärft wird.

Zu dieser Absicht gehört das Hochpeitschen von Revanchismus, Nationalismus und Antikommunismus. Es handelt sich also um eine nationalistische, eine antikommunistische Welle. Diese zielt auf die psychologische Vorbereitung eines neuen Krieges ab. Sie zielt darauf hin, die Massen von der längst fälligen Neuorientierung der westdeutschen Politik abzulenken. Sie soll die Bevölkerung ideologisch vorbereiten auf die militärischen Provokationen gegen die DDR, auf die Eroberung der DDR und auf die Eroberung anderer Gebiete.

Lübke appellierte dieser Tage mit Gottlieb Fichte an die nationale Verantwortung seiner Mitbürger. Wir müßten — so sagte er — uns mit Starkmut für unser größtes nationales Anliegen einsetzen. Und was versteht Lübke darunter? Seiner Meinung nach sei es eine Schande, wenn die Bundesrepublik der Ansicht zustimmen würde, daß es zwei deutsche Staaten

gibt. Lübke will die gewaltsame Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik. Jede Politik, die auf die Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik gerichtet ist, ist eine antinationale, eine für die Bundesrepublik selbstmörderische Politik. Unser wahrhaft größtes nationales Anliegen besteht darin, zu verhindern, daß von deutschem Boden ein neuer Krieg ausgeht, und in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten eine Politik der friedlichen Koexistenz durchzusetzen. Nur so kann und wird dem Bedürfnis unseres Volkes nach einer friedlichen Zukunft der deutschen Nation Rechnung getragen. Nur so kann man die Lösung der nationalen Frage näher bringen.

Die nationalistische Welle richtet sich aber auch gegen die übrigen Völker Europas. Wer daran noch zweifeln mochte, dem mußte es klageworden sein, als Strauß auf dem CSU-Parteitag rief: Wir stürmen, wir drängen

nach vorn. Wir wollen Europa. — Das ist der unverblümt geäußerte Drang nach der Hegemonie in Europa. Das ist es, worum es den herrschenden Kreisen mit der sogenannten nationalen Welle geht. In Verfolg dieser ihrer nationalistischen und antikommunistischen Politik geraten sie immer mehr in Widerspruch nicht nur zu den Völkern der sozialistischen Länder, sondern auch zu den Interessen der Völker in den kapitalistischen Ländern. Die jüngste Zeit hat augenscheinlich gemacht, daß der Hegemonie-Anspruch der deutschen Imperialisten und Militaristen auf den Widerstand der Völker Europas stößt. Die Völker ganz Europas haben daher allen Grund, gegenüber den aggressiven, nationalistischen Bestrebungen der herrschenden Kreise der Bundesrepublik sehr wachsam zu sein und ihrem Hegemonie-Anspruch die Politik der europäischen Sicherheit, der Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit entgegenzustellen.

Nationalismus tarnt Notstandsdictatur

Die nationalistische Welle ist auch dazu bestimmt, den Abbau der demokratischen Rechte im Innern des Landes zu rechtfertigen. In seiner Kriege- und Notstandsrede zur Begründung der Notstandsgesetze erklärte von Hassel vor dem Bundestag: Es ist ein Votum für die Vernunft, für den Willen zur Selbsterhaltung und — lassen Sie es mich sagen — es ist auch ein Votum für die nationale Selbstachtung.

Ausgerechnet jene, die Deutschland gespalten haben, die die Eingliederung in die NATO der nationalen Wiedervereinigung vorgezogen haben, sprechen von nationaler Selbstachtung. Die Notstandsgesetze sind alles andere als eine nationale Selbstachtung. Sie sind die totale Vorbereitung eines totalen Krieges. Das ist nichts anderes als eine lebensgefährliche Bedrohung der Existenz unserer Nation. Das oberste Gebot nationaler Selbstachtung und Selbsterhaltung sind die Erhaltung des Friedens, der Schutz des Grundgesetzes und die Erweiterung der demokratischen Rechte und Volksfreiheiten. Dazu gehört auch die Sicherung des parlamentarischen Systems. Die parlamentarische Demokratie wird gesichert werden, wenn der Einfluß

monopolistischer und militaristischer Machtgruppen zurückgedrängt wird, wenn die Kräfte, die sich im außerparlamentarischen Kampf als die besten Verteidiger von Frieden und Demokratie betätigen, auch zu einer parlamentarischen Vertretung gelangen. Wie die Gewerkschaften und alle demokratischen Kräfte den 4. Bundestag daran gehindert haben, mit der beabsichtigten Notstandsverfassung das verfassungsmäßige Fundament zu zerstören, auf dem das parlamentarische System ruht, so können diese Kräfte auch die parlamentarische Demokratie vor allen weiteren Angriffen schützen.

Die von der Allmacht der Monopole bedrohte Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems kann nur wiederhergestellt werden, wenn es den Wählern möglich gemacht wird, sich für eine Partei zu entscheiden, die, wie die KPD, dem Grundgesetz verpflichtet ist, seiner Aushöhlung widersteht und eine Alternative zur Regierungspolitik vertritt. Nationale und demokratische Selbstachtung und Selbsterhaltung erfordern die Aufhebung des KPD-Verbots.

Als ich einen Artikel in der Sprin-

ger-Presse mit der Überschrift: „Die Nation taucht auf“ las, kam mir die geschichtliche Parallele zu der Lösung Hitlers „Deutschland, erwache!“ in den Sinn. Und ich wurde in diesem Vergleich bestärkt, als ich las, es müsse „eine Unruhe um die Nation wachwerden, die sich dagegen

wehre, in Kniebeuge zu hocken, die nicht wolle, daß die Bundesrepublik ewiger Prügelknabe sei“. Liebe Genossen! All das haben wir schon einmal gehört. All das ist nicht neu. Aber diese Neuauflage des Nationalismus ist heute gefährlicher als jemals zuvor. Und das müssen wir sehen.

Nationale Aufgabe: den Frieden retten!

Und sehen müssen wir auch die Wirkungen des Nationalismus auf die Bevölkerung unseres Landes. Schon müssen wir insbesondere die Wirkungen auf die junge Generation. Die Entfaltung des Nationalismus zielt in entscheidendem Maße auf die Beeinflussung der Jugend, auf den Mißbrauch des sich entwickelnden gesunden nationalen Empfindens eines gesunden nationalen Gefühls, einer wachsenden Bereitschaft, sich für die nationalen Belange unseres Volkes einzusetzen. Hier erwächst uns die Aufgabe, mehr als das bisher geschehen ist, in der Arbeit mit der jungen Generation die Gefährlichkeit des Nationalismus anzuprangern, seine Wirkungen zurückzudrängen und die Jugend für die Durchsetzung einer auf Frieden, Verständigung und eine glückliche Zukunft gerichteten nationalen Politik zu gewinnen.

Es ist offensichtlich, daß auch die SPD-Führung bemüht ist, ihren Teil zur Entfaltung der nationalistischen Welle beizutragen. Und die Gefahr besteht darin, daß mit ihrer Hilfe dieser Nationalismus in die Arbeiterklasse hineingetragen wird und es ist nicht von der Hand zu weisen, daß bereits heute auch in der Arbeiterklasse der Nationalismus zu wirken beginnt. Auf dem Kongreß der SPD erklärte Brandt, national sein, heiße den eigenen Wert erkennen. Die SPD werde sich bemühen, „für Deutschland zu retten, was zu retten sei“. Was die SPD-Führung darunter versteht, hat Jaksch deutlich ausgesprochen. Er will die Beibehaltung des Anspruchs der Bundesrepublik auf das sogenannte Alleinvertretungsrecht. Er will die Revision bestehender Grenzen. Mit einer solchen Politik wird für Deutschland nichts gerettet, sondern wird vielmehr für Deutschland alles aufs Spiel gesetzt.

Wem es in Wahrheit darum geht,

für die Bundesrepublik etwas zu retten, der muß sich dafür einsetzen, daß der Friede gerettet wird. Das wollen wir, das wollen die Gewerkschafter, das wollen viele sozialdemokratische Mitglieder und Funktionäre. Und deshalb meinen wir auch, im Interesse der Rettung des Friedens, im Interesse der Rettung der Demokratie für die Bundesrepublik ist das Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten zu einer unumgänglichen Aufgabe geworden.

Wir lassen uns von niemandem und durch nichts das Banner des nationalen Kampfes entwinden. Wir dürfen nicht zulassen, daß das gesunde nationale Empfinden unserer Bevölkerung erneut mißbraucht wird. Wir sehen die nationale Größe unseres Landes darin, daß sich auch die Bundesrepublik wie die Deutsche Demokratische Republik einer Friedenspolitik verpflichtet. In der friedlichen Arbeit, in den Leistungen der Arbeiter, Bauern und der Geistesschaffenden für eine friedliche Zukunft der deutschen Nation — darin muß die nationale Größe unseres Landes bestehen. Niemals wieder darf die Schaffens- und Leistungskraft unserer Bevölkerung für nationalistische Interessen mißbraucht werden. Diese Kraft muß in den Dienst einer friedlichen und glücklichen Zukunft unseres Volkes gestellt werden. Das zu erreichen, ist der Sinn und das Wesen unserer Politik. Das zu erreichen, ist das Ziel all unserer Aktivitäten und Bemühungen.

Die Hilfe, die wir zur Entwicklung dieser Politik von der Deutschen Demokratischen Republik erhalten, ist groß. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das bedeutsame nationale Dokument, an das Manifest der Volkskammer vom 8. Mai dieses Jahres. In ihm haben wir für die Entwicklung dieser Politik eine unschätzbare Hilfe.

Mir scheint es dringend geboten, alle Anstrengungen zu unternehmen, daß nunmehr unsere Partei noch stärker ihre Rolle als einigende Kraft aller nationalen Kräfte wahrnimmt. Und das erfordert meines Erachtens nicht nur in der Parteiführung, sondern auch auf allen Partei-Ebenen

neue Überlegungen. Überlegungen in der Richtung, wie man am Ort, in der Stadt und darüber hinaus alle diese in Bewegung geratenen nationalen Kräfte — die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, die Bürger, die Bauern — zu einem Strom der nationalen Widerstandsbewegung werden läßt.)

Konzentration auf die nächsten Aufgaben

Ich möchte jetzt entsprechend den Vorschlägen im Bericht des Politbüros und im Referat folgende Aufgaben für die kommende Zeit zusammenfassen:

1. Die Politik unserer Partei, wie sie im Wahlprogramm und im Wahlauf-ruf enthalten ist, muß durch die Aktivität aller Parteimitglieder auf allen Wegen, vor allem durch das persönliche Gespräch, durch Offene Briefe und Flugblätter, in Versammlungen und Foren, in Veranstaltungen von Parteien und Gewerkschaften, in Betriebszeitungen und Leser-zuschriften an die Bevölkerung herangebracht werden.
2. Überall, in allen Städten, Gemeinden und Betrieben, ist gemeinsam mit Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Vertretern der Intelligenz, der Jugend- und Studentenverbände und aller demokratischen Organisationen zu beraten, wie man am wirkungsvollsten die breiteste Aufklärung über die Gefahren der Notstandsgesetzgebung verwirklicht.
3. Durch die weitere Aktivierung der Bewegung gegen die Notstandsgesetze, durch neue Initiativen vor allem der Gewerkschaften, der Jugendverbände und der Intelligenz gilt es zu erreichen, daß eine breiter

organisierte Front des nationalen und demokratischen Widerstandes entwickelt wird, um die Atomrüstung und die Notstandsverfassung zu verhindern und die Durchführung bereits beschlossener Notstandsgesetze nicht zuzulassen.

4. Es ist die Aktivierung aller Grundeinheiten für die politische Massenarbeit im Wahlkampf notwendig. Die Partei ist durch die Werbung neuer, vor allem junger Mitglieder zu stärken, die sich in den Kämpfen für die sozialen Forderungen der Arbeiterklasse, gegen Notstandsgesetze und für die Sicherung des Friedens bewährt haben.

Die Erfüllung dieser Aufgaben erfordert höchste Aktivität und Initiative aller Leitungen und Grundeinheiten, den Einsatz jedes einzelnen Genossen, besonders in den nächsten Wochen des Wahlkampfes. Das ist zugleich der erfolgreichste Weg zur Wiederherstellung der Legalität unserer Partei. Das ist der Weg, am 17. August, dem Tag des Verbots unserer Partei, neue Massenbewegungen in Erscheinung treten zu lassen, neue Initiativen in der Bundesrepublik zu erreichen, den Kampf der Legalität unserer Partei durch das Volk, vor allem durch die Arbeiterklasse wirksam zu gestalten.

Eine oder zwei Olympiamannschaften?

VON JUPP ANGENFORT

Vor einiger Zeit ließ ein Sprecher der Bundesregierung verlauten, die Regierung sähe im Festhalten an einer gemeinsamen deutschen Olympia-

7) Im weiteren setzte sich Genosse Reimann mit einem Brief eines Hamburger Genossen auseinander und beantwortete weitere Fragen unserer Politik. Die Antwort des Genossen Max Reimann erscheint in der September-Nummer des Zentralorgans „Freies Volk“.

mannschaft einen Sieg des Sports über die Politik. Der Präsident des Deutschen Sportbundes, Willi Daume, wiederholte diesen Gedanken in einer „Argumentation zur Lage im gesamtdeutschen Sport“ die er an Sportfunktionäre und Zeitungen verschickte.

Geht es der Bundesregierung und Willi Daume wirklich um einen Sieg des Sports über die Politik? Nehmen

wir einmal die Tatsachen. Es ist interessant festzustellen, daß Willi Daume selbst einmal für die Bildung zweier deutscher Olympiamannschaften eintrat. Das war auf der Tagung des Internationalen Olympischen Komitees im Dezember 1962. Herr Daume erklärte nach dieser IOC-Tagung lt. „Süddeutsche Zeitung“ vom 10. Dezember: „Der Vorschlag (zwei deutsche Olympiamannschaften, der Verfasser) ist zugleich eine sportliche Lösung, weil er jeder Mannschaft die besten Vorbereitungsmöglichkeiten bietet.“ Dieser durchaus sportlichen Meinung blieb Willi Daume aber nur wenige Tage treu, denn dann wurde er von der Bundesregierung zurückgepfiffen, der zwei deutsche Olympiamannschaften nicht in ihr politisches Konzept paßten. Der Sport wurde den politischen Zielen der Scharfmacher in Bonn unterstellt und Willi Daume machte mit.

Die Bundesregierung und „Sieg des Sports über die Politik“? Bei den vorletzten Eishockey-Titelkämpfen verlangte der Bundesaußenminister, daß die Mannschaft der Bundesrepublik

nicht gegen die Mannschaft der DDR antreten dürfe, und Willi Daume ging persönlich in die Umkleidekabine, um den Spielern zu verbieten, aufs Eis zu gehen. Unsere Schwimmer mußten auf Druck der Bundesregierung auf die Teilnahme an den Europameisterschaften 1962 verzichten, weil sie in Leipzig stattfanden. Rinkschwimmer Heitz durfte seine Chance, Europameister zu werden, nicht wahrnehmen. Unseren Sportlern wurde verboten, zu den Kanuslalom- und Angelweltmeisterschaften nach Dresden, zu den Judo-Titelkämpfen nach Berlin zu fahren. Die Weltmeisterschaft der Kanuten, die schon nach Essen vergeben war, wurde auf Verlangen der Bundesregierung wieder abgesagt, weil die Mannschaft der DDR nicht in der Bundesrepublik teilnehmen sollte. Auf Druck der Bundesregierung wurde die sportliche Entscheidung des Fußballbundes, daß für „Hertha BSC“ — die wegen finanzieller Schieflagen aus der Bundesliga ausscheiden mußte — der Karlsruher SC in der Bundesliga bleibt, zugunsten eines Westberliner Vereins rückgängig gemacht.

Was wollen Erhard und Hassel im Sport?

Um was geht es solchen Leuten wie Erhard und Hassel, wenn sie so hartnäckig darauf bestehen, daß auch in Zukunft nur eine Mannschaft an den Olympischen Spielen teilnehmen soll? Herr Daume ließ den wahren Grund in einer Erklärung deutlich werden, die er am 1. April 1964 abgab. Er sagte damals, daß man die Unbequemlichkeiten, die mit einer gemeinsamen Mannschaft verbunden seien in Kauf nehmen müsse, „um zunächst einmal der anderen Seite nicht die Möglichkeit zu geben, das Nebeneinanderbestehen zweier deutscher Staaten vor der Weltöffentlichkeit evident zu machen“.)

Hier liegt also des Pudels Kern. Die bankrotte Hallstein-Doktrin soll auf dem Gebiet des Sports gerettet, die DDR soll diskriminiert werden. Die Bundesregierung will keinen Sieg des Sports über die Politik, sondern den Sport einer schmutzigen Politik unterordnen, die den Frieden in Europa

und damit auch das Leben unserer Sportler bedroht.

19 Präsidenten und Generalsekretäre der internationalen Sportverbände haben unlängst in Lausanne ganz nüchtern festgestellt, daß die DDR, entsprechend der Regel Nr. 7 des Statuts des Internationalen Olympischen Komitees (was auch IOC-Präsident Avery Brundage in seinem Brief an die beiden deutschen Olympischen Komitees anerkennen mußte) ein Recht auf eine eigene Olympiamannschaft hat. Sie konstatierten, daß die DDR bei allen Welt- und Europameisterschaften mit einer eigenen Mannschaft auftritt und stellten die Frage, warum sie ausgerechnet bei den Olympischen Spielen nicht mit einer eigenen Mannschaft starten solle.

Es liegt im Interesse aller Sportler, auch der Sportler der Bundesrepublik, wenn zwei deutsche Olympiamannschaften an den Spielen teilnehmen. Es wäre dies ein Sieg des Sports über den Versuch Bonns, die Hallstein-Doktrin als Position der Sportler

1) Daume in einem Interview mit dem 2. Deutschen Fernsehen, Anfang April 1964.

auszugeben und die Sportler für den völkerrechtswidrigen Alleinherrschanspruchsanspruch Bonns zu mißbrauchen. Dr. Heine, bei den Olympischen Spielen in Innsbruck Chef de Mission der Olympiamannschaft, erklärte bereits damals: „Ich habe mich schon vor längerer Zeit für getrennte Olympiamannschaften ausgesprochen.“¹⁾

Philipp Fürst, Ex-Zwölfkampfmelster im Turnen, erklärte lt. „Göttinger Tageblatt“ vom 8. 4. 1965, daß er für die Olympischen Spiele 1968 trainieren wolle, daß er sich an den Spielen allerdings nur beteiligen werde, wenn es getrennte deutsche Mannschaften gäbe. Den Nervenkrieg der Ost-West-Ausscheidungen wolle er nicht noch einmal auf sich nehmen. Und der

Olympiasieger von 1932 und 1936, Rudolf Ismayr, wies vor kurzem darauf hin, daß zwei deutsche Mannschaften auch deswegen im Interesse aller Sportler seien, weil dann keine zermürbenden Ausscheidungskämpfe mehr stattzufinden brauchten, nicht mehr Sportler zu früh in Hochform gebracht werden müßten und Sportler mit Medaillenchancen nicht durch Zufälligkeiten von der Teilnahme ausgeschaltet würden.

Wir Kommunisten empfehlen allen Sportlern, für die wirkliche sportliche Lösung, die auch den Realitäten Rechnung trägt, einzutreten: Für zwei deutsche Olympiamannschaften entsprechend der Tatsache, daß auf deutschem Boden zwei Staaten existieren.

Eine „Gemeinsamkeit“ mit doppeltem Boden

In der jüngsten Zeit mußten viele Sportler zu ihrem nicht geringen Erstaunen feststellen, daß die Bundesregierung und auch Herr Daume ihr Herz für die Gemeinsamkeit im deutschen Sport entdeckt haben. Herr Daume erklärte, eine gemeinsame deutsche Olympiamannschaft diene der Gemeinsamkeit im deutschen Sport, fördere menschliche Kontakte und sei schließlich ein Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands. Und Kai-Uwe von Hassel, der den Plan ausarbeiten ließ, quer durch Deutschland einen Atomminengürtel zu legen, der erst vor kurzem Sportlern, die in der Bundeswehr Dienst tun, verbot, zu Europameisterschaften in die DDR zu fahren, erklärte, daß er mit Herrn Daume völlig übereinstimme. Ganz logisch stellte ein Leser in der „Frankfurter Rundschau“ die Frage, wie Willi Daume, der Mann, der mit dem Düsseldorf Beschuß im Jahre 1961 den Boykott über den gesamtdeutschen Sport verhängte, dazu komme, sich als Gemeinsamkeitsapostel aufzuspiegeln.

Es ist gut, auch hier einige Tatsachen in Erinnerung zu rufen. Die gleiche Bundesregierung und auch Willi Daume, die jetzt nicht genug von gemeinsamer Olympiamannschaft reden können, waren vor zehn Jahren gegen eine gemeinsame Olympiamannschaft.

Allein die Bundesrepublik sollte bei den Olympischen Spielen vertreten sein und entsprechend trat der Vertreter des westdeutschen Olympischen Komitees auch in der Tagung des IOC auf. Erst als die Gefahr bestand, daß wegen der unsportlichen Haltung der Bundesregierung die Sportler der Bundesrepublik von den Olympischen Spielen ausgeschlossen würden, gab man nach.

Der Düsseldorf Beschuß des Präsidiums des Sportbundes und des Olympischen Komitees der Bundesrepublik, den Sportverkehr zwischen den Sportlern beider deutscher Staaten zu verbieten, wurde schon erwähnt. Ihm ging die Forderung des damaligen Bundesaußenministers von Brentano voraus: „... endlich mit dem Kulturaustausch mit der Sowjetzone und mit dem gesamtdeutschen Sportverkehr Schluß zu machen.“²⁾

Die „Frankfurter Rundschau“ schrieb in ihrer Ausgabe vom 9. 4. 1965 zu diesen Ereignissen: „Der damals gegen den mitteldeutschen Sport verhängte Boykott belastet den Deutschen Sportbund, denn gerade das von ihm verantwortete Aufhören jeglicher Sportbeziehungen zwischen Ost und West liefert ein klares Argument gegen eine gemeinsame Mannschaft.“

Eine weitere Tatsache: Die Bundesregierung forderte alle NATO-Staaten auf, DDR-Sportlern die Einreisevisa zu verweigern und Herr Daume tut

¹⁾ „Der Spiegel“ Nr. 6/1964.

²⁾ „Ruhr-Nachrichten“ vom 28. 9. 1960.

nichts dagegen, billigt das! Und zu gleicher Zeit sagt Herr Daume, eine gemeinsame deutsche Olympiamannschaft sei auch deswegen notwendig, weil sonst ein NATO-Staat nicht mehr Gastgeber Olympischer Spiele sein könne. Was für ein Hohn auf die so viel gepriesene Gemeinsamkeit! Was für ein Hohn auf den olympischen Grundsatz, daß kein Land, kein Spieler wegen weltanschaulicher oder politischer Fragen diskriminiert werden darf.

Geht es der Bundesregierung um menschliche Kontakte? Ganz im Gegenteil! Es geht ihr darum, den Kalten Krieg zum Schaden der Sportler der Bundesrepublik auf das Gebiet des Sports zu tragen. Die Bundesregierung war es, die darauf drängte, durch ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe den Deutschen Turn- und Sportbund der DDR zur

verfassungswidrigen Organisation zu erklären. Dieses Urteil hat die Handhabe dafür gegeben, Hunderte Sportler aus der DDR festzunehmen und polizeilich zu schikanieren. Thomas Köhler hatte in Innsbruck, wie das Springerblatt „Die Welt“ damals schrieb, im gesamtdeutschen olympischen Dreß eine Medaille „für Deutschland“ errungen. Aber als er mit 40 Sportlern aus Leipzig im Herbst 1964 an einem Sportfest in Iserlohn teilnehmen wollte, wurden er und alle Sportler aus der DDR festgenommen und über die Grenze abgeschoben. Mit Recht hat das Nationale Olympische Komitee der DDR in seinem Brief an den Präsidenten des IOC, Brundage, festgestellt, daß die Grundlagen einer echten deutschen olympischen Gemeinsamkeit von der Bundesregierung und mit Beihilfe einiger Sportfunktionäre systematisch zerstört werden.

Was die reale Lage erfordert

Was stört die Verständigung, die Gemeinsamkeit zwischen den Sportlern beider deutscher Staaten? Die berechtigte Forderung, der realen Lage gerecht zu werden und zwei deutsche Olympiamannschaften zu bilden? Die Sportler aus beiden deutschen Staaten, die bei Weltmeisterschaften und Europameisterschaften in eigenen Mannschaften antreten, verstehen sich ausgezeichnet. Die ständigen Bemühungen der Regierung in Bonn, den Sport zu einem Instrument des Kalten Krieges herabzuwürdigen, sind gegen die Verständigung zwischen den Sportlern und den Sportverbänden gerichtet! Die Pläne der herrschenden Kreise der Bundesrepublik, die DDR zu annektieren, das Risiko eines atomaren Krieges einzugehen, um den Herrschaftsbereich auszudehnen und die Ergebnisse des letzten Weltkrieges rückgängig zu machen, sind gegen die Wiedervereinigung Deutschlands gerichtet, sind mit dem Grundgedanken des Sports — Frieden und Verständigung zwischen den Völkern — unvereinbar. Rekordschwimmer Hetz schrieb im „Hofer Anzeiger“: „Ein Atomminengürtel mitten durch Deutschland? ... Was sind das für Menschen, die an so etwas

denken und im gleichen Atemzug von Wiedervereinigung sprechen? Läßt sich das überhaupt vereinbaren?“)

Baron Coubertin, der Begründer der Modernen Olympischen Spiele, prägte den Leitsatz: Den Frieden lieben, das Leben achten! Wir Kommunisten treten für die Verwirklichung dieses Leitsatzes ein. Deswegen schlagen wir auch allen Sportlern der Bundesrepublik vor, dem Beispiel solcher Sportler wie Fußball-Nationalspieler Konietzka aus Dortmund, Kanu-Weltmeister Fritz Briehl aus Düsseldorf, zu folgen, die sich im Interesse des Sports, des Friedens und der Verständigung für den Verzicht der Bundesrepublik auf jegliche atomare Aufrüstung und für die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Rüstungsbeschränkung aussprechen. Um des Sports, um der olympischen Idee willen ist der Platz der Sportler an der Seite der Arbeiter, Gewerkschafter, Professoren, Bürger die für eine Politik des Friedens und der Verständigung, für die Sicherung der Demokratie gegen die Notstandsgesetze eintreten.

Der Einheit im deutschen Sport dient nicht der Mißbrauch des Sports für den Kalten Krieg. Im Interesse der

*) „Hofer Anzeiger“ vom 28. 12. 1964.

Gemeinsamkeit im deutschen Sport liegt es, die Beseitigung aller Maßnahmen des Kalten Krieges, die Aufhebung des Düsseldorfer Verbotsbeschlusses, die Aufhebung des Urteils des Bundesgerichtshofes gegen den DTSB, die Aufhebung des Einreiseverbots für Sportler der DDR in NATO-Staaten zu fordern. Der Gemeinsamkeit im deutschen Sport dient die Forderung nach gleichberechtigter Zusammenarbeit beider Sportverbände, nach gleichberechtigter Teilnahme an allen internationalen Wettkämpfen, auch an der Olympiade. Deswegen ist die Entsendung von zwei deutschen

Olympiamannschaften im Interesse aller deutschen Sportler, auch der Sportler der Bundesrepublik. Das ist der Weg, den Sport herauszuhalten aus allen Konflikten, in die er immer wieder hineingestoßen wird durch die Politik der Bundesregierung, die den Realitäten nicht Rechnung tragen will. Das ist der Weg, der die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und ihren Sportverbänden fördert. So hilft der Sport auch Voraussetzungen zu schaffen, um auf dem Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands vorwärts zu kommen.

Zu den Kommunalwahlen in der DDR

von GRETE THIELE

Am 10. Oktober dieses Jahres finden in der Deutschen Demokratischen Republik Kommunalwahlen statt. Gewählt werden die Vertreter zu den Gemeinde- und Kreistagen. Grundlage dafür ist die Wahlordnung, die am 2. Juli 1965 vom Staatsrat für die Wahlen zur Volkskammer und zu den örtlichen Volksvertretungen erlassen wurde.

Allein die Art und Weise, wie die Wahlen in den beiden deutschen Staaten vorbereitet werden, das Klima, in dem sie stattfinden, macht ihren grundsätzlichen Unterschied sichtbar. Bei uns in der Bundesrepublik wird das Wahlklima dadurch bestimmt, daß die herrschenden Monopolgruppen mit ihren Parteien eine Welle von Nationalismus, Chauvinismus und Antikommunismus entfachen, um das Volk zu betrügen. Die politische Situation ist gekennzeichnet durch die Forderung nach Veränderung des Status quo, d. h. Revision der Grenzen und Liquidierung der DDR, den Anspruch auf eigene Atomwaffen und das Streben, mit Notstandsgesetzen die schon stark ausgehöhlt Demokratie vollends zu erwürgen. Wirklich oppositionelle Kräfte werden diskriminiert, die KPD ist verboten und durch die bekannte 5-Prozent-Klausel sollen ganze Bevölkerungsschichten von der politischen Willensbildung ausgeschaltet werden.

Ganz anders verläuft die Wahlbewegung in der DDR — denn tatsächlich kann man von einem Wahl-„kampf“ nicht sprechen, wie es die „Welt“ in einem Artikel am 8. Juli 1965 glaubt beanstanden zu müssen. Aber das hat eben seine Ursachen darin, daß hier Regierung und Bevölkerung und die Parteien durch keinerlei prinzipielle Gegensätze getrennt sind, vielmehr ein gemeinsames Programm für die Erhaltung des Friedens, der friedlichen Lösung der deutschen Frage und für die Vollenendung des sozialistischen Aufbaus haben, und dafür vor und nach den Wahlen auch gemeinsam handeln. Da wird das Wahlklima bestimmt von den Bemühungen der Regierung und der im Block vereinten Parteien und Massenorganisationen, alle Bürger in die demokratische Verantwortung und Gestaltung des Staates und seiner Organe einzubeziehen.

Im Mittelpunkt der Wahlen in der DDR steht der Mensch mit seinen Sorgen, Hoffnungen und Wünschen. In einer großen Volksaussprache werden die nationalen Fragen ebenso beraten wie die Vorschläge über die Gestaltung der Städte und Dörfer. In der Aussprache über die Arbeitsweise kommunaler Organe und Einrichtungen beschränken sich die Bürger nicht auf die Kritik an Mängeln, sondern

verpflichten die Abgeordneten und die Vertreter der Parteien und staatlichen Organe, sich unmittelbar für die Verbesserung und Veränderung einzusetzen. Mit Recht betrachten die Parteien und Organisationen in der DDR den Entwicklungsprozeß der Men-

schen vom Ich zum Wir als die größte Errungenschaft ihres gemeinsamen Wirkens, was sich auch bei den Wahlen in der Zustimmung zu dem gemeinsamen Programm und der gemeinsamen Liste der Nationalen Front widerspiegelt.

Die neue Wahlordnung vom 2. Juli 1965

Entsprechend dem höheren Reifegrad der sozialistischen Entwicklung in der DDR und der damit verbundenen höheren Entwicklung der sozialistischen Demokratie zeigen sich bei der Vorbereitung und Durchführung der diesjährigen Wahlen eine Reihe neuer Züge. In der Wahlordnung, die am 2. Juli dieses Jahres vom Staatsrat verabschiedet wurde, gibt es gegenüber dem bisherigen Wahlgesetz eine Reihe neuer Bestimmungen, die auf den weiteren Ausbau des Wahlrechts und der sozialistischen Demokratie gerichtet sind. Bereits 1963 beschloß die Volkskammer ein Wahlgesetz, mit dem die Leitung der Wahlen, die bisher dem Innenministerium oblag, demokratisch gewählten Kommissionen übertragen wurde. Mit der neuen Wahlordnung wird der Weg des Ausbaus des sozialistischen Wahlrechts weiter verfolgt und zwar durch die Neugliederung der Wahlkreise, durch die Erweiterung des Vorschlagsrechts für die Aufstellung der Kandidaten und die Aufstellung von mehr Kandidaten als Abgeordnete zu wählen sind.

Worin liegt die Bedeutung dieser Veränderungen?

Das Wesentliche besteht darin, daß der Einfluß des Bürgers auf die Aufstellung der Kandidaten und deren Wahl sowie auf die Kontrolle der Tätigkeit der Abgeordneten weiter verstärkt wird. Nach den neuen Bestimmungen der Wahlordnung geschieht das auf folgende Weise:

1. **Durch Verkleinerung der Wahlkreise.** Dadurch soll ein noch engerer Kontakt der Abgeordneten mit dem Wähler ermöglicht werden. Eine von einem Meinungsforschungsinstitut durchgeführte Umfrage ergab, daß jetzt bereits 75 Prozent der Bevölkerung in der DDR einzelne Abgeordnete der Volkskammer, der Bezirks-, Kreis- oder Gemeindegata kennt.

Ziel der neuen Veränderung ist es, daß möglichst jeder Wähler seinen Abgeordneten persönlich kennen lernt, ihm seine Vorschläge unterbreitet und ihn hinsichtlich der Erfüllung der Wähleraufträge auch kontrollieren kann und der Abgeordnete selbst noch tiefer in die Probleme seines Wahlkreises eindringen und die Hinweise und Vorschläge der Bevölkerung gründlicher mit ihr beraten kann.

2. **Dadurch, daß die Vorschläge der Parteien und Massenorganisationen für die Aufstellung der Kandidaten von Kollektiven in Betrieben, Produktionsgenossenschaften, in Wohngruppen und Institutionen beraten werden,** daß dort Vorschläge abgelehnt und neue Vorschläge gemacht werden können.

Im Gegensatz zu Westdeutschland, wo die Auswahl der Kandidaten entweder in den Konzernbüros, oder von den Managern in der Parteibürokratie bestimmt wird, entscheiden hier in der DDR die Werktätigen unmittelbar, wer auf die Kandidatenliste gesetzt wird. Bisher war es so, daß die Parteien und Massenorganisationen die Vorschläge direkt dem Ausschuß der Nationalen Front für die gemeinsame Kandidatenliste eingereicht haben. Dort einigte man sich auf die Reihenfolge. Diese Liste wurde dann den Wählerkonferenzen zur Bestätigung vorgelegt. Jetzt erfolgt die Kandidatenaufstellung in folgender Weise: Zunächst beschließen die Volksvertretungen die Zahl der neu zu wählenden Abgeordneten. Danach vereinbaren die in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Parteien und Massenorganisationen die Aufteilung der zu wählenden Mandate. Alle Parteien und Massenorganisationen stellen dann ihre Vorschläge in den jeweiligen Kollektiven — meistens ist es der Wirkungsbereich des Kandidaten — zur Diskussion. Es ist klar,

Vorschläge, die dort von den Arbeitern oder den Einwohnern begründet abgelehnt werden, wird eine Partei oder Massenorganisation wohl kaum noch dem Ausschuß der Nationalen Front für die gemeinsame Kandidatenliste einreichen, oder auch nicht verschweigen, wenn mit großer Mehrheit des Kollektivs ein neuer Vorschlag gemacht wurde. Die Wählerkonferenz oder in kleinen Orten die öffentlichen Wählerversammlungen entscheiden dann endgültig über die vom Ausschuß der Nationalen Front vorgelegte Liste und Reihenfolge der Kandidaten. Auch sie können Vorschläge ablehnen und neue hinzunehmen.

In einem Artikel des Zentralorgans der SPD, „Vorwärts“, wird wider besseres Wissen dazu behauptet, es bliebe alles beim alten und die SED bestimme über die Zusammensetzung und Reihenfolge der Kandidaten. Abgesehen davon, daß auch bisher nicht die SED allein, sondern alle Parteien und Massenorganisationen gemeinsam über die Auswahl und Reihenfolge der Kandidaten bestimmten, ist die Wahrheit, daß § 27 der Wahlordnung bestimmt, daß in Wählervertreterkonferenzen bzw. in kleinen Orten in Wählerversammlungen zu den Kandidatenvorschlägen und zu der vorgeschlagenen Reihenfolge für die Kandidatenaufstellung ein Beschluß gefaßt wird. Hunderttausende von DDR-Bürgern, aber auch westdeutsche Gäste, haben inzwischen an solchen Wählerversammlungen teilgenommen und konnten sich davon überzeugen, wie die Wähler bei der Aufstellung der Kandidaten ihre Meinung über die Person und die Politik zum Ausdruck bringen, wie die Kandidaten auf Herz und Nieren geprüft werden, und daß sie letztendlich entscheiden, wer aufgestellt und wer nicht aufgestellt wird. Es ist undenkbar, daß die Wähler in der DDR einen Abgeordneten wieder aufstellen würden, der in der vergangenen Legislaturperiode genau das Gegenteil von dem getan hat, was er vorher den Wählern versprochen hatte, bzw. wozu er von ihnen verpflichtet wurde.

Ein wichtiges Prinzip der sozialistischen Demokratie ist die Rechenschaftslegung, sie ist unlöslich mit der Kandidatenaufstellung und Wahl ver-

bunden. Alle Abgeordneten und Kandidaten müssen vor den Wählern Rechenschaft ablegen über ihr bisheriges Wirken und wie sie die Wähleraufträge erfüllt haben. Praktisch ist es so, daß die Kandidaten, die am Wahltag zur Wahl stehen, vorher schon dreimal von den Wählern geprüft und ausgewählt sind. Einmal in ihrem Wirkungsbereich, wo sie vorgeschlagen werden, das zweitemal durch die Parteien und Massenorganisationen, die die Vorschläge den Wählerversammlungen und Konferenzen vorlegen und zum drittenmal in den öffentlichen Wählerversammlungen und Konferenzen, wo dann die Kandidatenliste endgültig aufgestellt und die Reihenfolge festgelegt wird. Schließlich prüft der Wähler zum viertenmal am Wahltag, welchen der auf der Liste stehenden Kandidaten er nun endgültig zum Abgeordneten wählt, denn

3. Ist auch neu, daß mehr Kandidaten zur Wahl aufgestellt werden, als in die künftige Gemeinde- und Stadtvertretung einziehen werden. Den Wählern ist damit eine noch größere Möglichkeit gegeben, eine echte Entscheidung über jeden Kandidaten zu treffen. Gewählt sind die Kandidaten, die 50 Prozent und mehr Stimmen bekommen. Erhält ein zur Wahl aufgestellter Kandidat nicht die Stimmenmehrheit, gilt er als nicht gewählt und an seine Stelle tritt entsprechend der Reihenfolge in der Wahlliste der nächstfolgende Kandidat. Wenn mehr Kandidaten gewählt werden, als nach dem Beschluß der Volksvertretungen in das jeweilige Parlament einziehen, so gelten die überzähligen Kandidaten automatisch als Nachfolgekandidaten.

Abschließend ist zu diesen Veränderungen in dem neuen Wahlgesetz zu sagen, daß es nicht nur um formelle Veränderungen des Wahlmodus geht, sondern um die verstärkte, noch engere Einbeziehung der Wähler in die Gestaltung und Leitung der ökonomischen, politischen und kulturellen Aufgaben, die die staatlichen Organe in der künftigen Legislaturperiode zu lösen haben.

In der DDR spielt der Abgeordnete im System der sozialistischen Demokratie eine dominierende Rolle. Seine

vom Vertrauen der Wähler getragene Tätigkeit ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Bevölkerung und Staat. Darum gehört auch mit zu den Grundpflichten der Abgeordneten und den Gerundrechten der Bürger die öffentliche Rechenschaftslegung. Damit wurde in der DDR die Wahlbewegung eingeleitet, sie war verbunden mit der umfassenden Diskussion über den

Volkswirtschaftsplan 1966 und die Fragen der Weiterentwicklung und Verbesserung der örtlichen Einrichtungen. Man stelle sich vor, bei uns in der Bundesrepublik müßten die Abgeordneten vor ihren Wählern Rechenschaft ablegen, was hinter den gepolsterten Türen der Konzernbüros ausgelassen und welche Zuwendungen sie dafür bekommen haben.

Sind Einheitslisten demokratisch?

Nun meinen manche Leute, diese Wahlen in der DDR seien nicht demokratisch, weil es nur eine Einheitsliste gäbe. Natürlich ist eine gemeinsame Liste von Konzernvertretern und Arbeitern nicht möglich, ebenso wenig wie auf einer gemeinsamen Liste Befürworter und Organisatoren der Kriegs- und Notstandspolitik zusammen mit den konsequenten Vertretern einer Politik des Friedens, der Verständigung und der Demokratie sich zur Wahl stellen können. Möglich und erstrebenswert allerdings sind gemeinsame Listen der Gegner von Notstandsgesetzen und Atomrüstung und jener Kandidaten, die für eine Friedens- und Verständigungspolitik eintreten.

Unter den Bedingungen der Entwicklung in der DDR war die gemeinsame Liste aller demokratischen Kräfte für ein gemeinsames Programm eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß der Einfluß der Monopole und des Militarismus restlos aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet werden konnte. In Westdeutschland hat die Aufspaltung der antifaschistischen, demokratischen Kräfte, die Spaltung der Arbeiterklasse nach der bekannten Methode der Imperialisten "teile und herrsche" dazu geführt, daß die Macht der Monopole wieder hergestellt wurde und diese heute den Staatsapparat beherrschen und ihren Zielen untergeordnet haben. Es gibt für die gemeinsame Liste auch einen Vergleichs-

maßstab bei uns. Das ist die Erkenntnis der Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften, die tagtäglich dem Klassengegner gegenüberstehen, daß in der Einheit ihre Stärke liegt und darum auch zu den Gewerkschaft- und Betriebsrätewahlen mit einer gemeinsamen Liste auftreten. Allerdings ist die Gemeinsamkeit der Arbeiter in der Bundesrepublik wie auch die Gemeinsamkeit der in einer Koalition vereinten Parteien und Massenorganisationen in der DDR etwas ganz anderes, als die von der Wehner/Erler-Gruppe in der SPD angestrebte und praktizierte Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU, der Partei der Monopole und der Feinde der Arbeiterklasse. In der DDR, wo die trennenden Klassenschranken überwunden sind, wo die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist, wo die Errungenschaften und Erfolge der 20 Jahre seit 1965 das Ergebnis des gemeinsamen Zieles und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse ist, dort sind auch Wahlen zu den Volksvertretungen mit einer gemeinsamen Liste der in der Nationalen Front vereinigten Parteien und Massenorganisationen ein Ausdruck völlig neuer demokratischer, sozialistischer Beziehungen. Dieses Prinzip der Zusammenarbeit hat sich bewährt und wird immer mehr zum Grundsatz für das Handeln der ganzen Bevölkerung.

★ ★

★

Wenn am 10. Oktober der Bürger der DDR zur Wahl geht, dann ist für ihn dieser Tag zugleich der Abschluß und Auftakt einer von ihm mitgestalteten Etappe der gesellschaftlichen

Entwicklung in seinem Dorf, seiner Stadt und seinem Staat.

Wochenlang haben die Arbeiter, Bauern, die Geistesschaffenden, die Handwerker und kleine Unternehmer

gemeinsam und öffentlich die Ergebnisse ihrer Arbeit, die Tätigkeit der Volksvertreter und staatlichen Organe überprüft und die neuen Aufgaben und Ziele abgesteckt. In diesem Sinn sind die Kommunalwahlen ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung des sozialistischen Menschen, der mit Sachkenntnis über die Grundfragen des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aufbaus seines Staates, seiner Gemeinde zu entscheiden vermag, der an der Lösung dieser Aufgaben unmittelbar beteiligt ist und der sein ganzes fachliches, individuelles und

politisches Wissen im Interesse der weiteren Stärkung des Staates und seiner auf Frieden und Verständigung gerichteten Politik und damit im Interesse seines eigenen persönlichen Lebens einsetzt. Wenn bürgerliche Reporter berichten, daß bei der Bevölkerung der DDR und vor allem bei der Jugend ein wachsendes Staatsbewußtsein, ein „DDR-Bewußtsein“ festzustellen sei, dann deshalb, weil die Menschen in der DDR spüren, daß sie selbst entscheiden und daran mitwirken, wie sich der Staat entwickelt.

Junge Genossen fragen, WISSEN UND TAT antwortet

Warum drängt Bonn eigentlich nach Atomwaffen?

Die Bundesregierung hat ihre seit Jahren erhobene Forderung nach Mitbestimmung und Verfügungsgewalt über Kernwaffen ständig mit dem Hinweis verbunden, sie habe in den Pariser und Brüsseler Verträgen feierlich auf eigene Kernwaffen verzichtet. Anfang Juli 1965 hat Außenminister Schröder jedoch den „Düsseldorfer Nachrichten“ erklärt, Bonn werde eigene Atomwaffen erwerben, wenn die Atlantische Atomstreitmacht oder eine ähnliche Einrichtung nicht zustande käme. Bonn denkt also sehr wohl an eigene Kernwaffen, und kei-

neswegs nur an deren Erwerb. Schon heute werden in der Bundesrepublik alle wissenschaftlichen und technischen Voraussetzungen für die eigene Kernwaffenproduktion geschaffen. Am 19. 2. 1965 berichtete „Die Welt“: „In Schweden und in der Bundesrepublik ... seien die diesbezüglichen Forschungen am weitesten gediehen“. Um das zu rechtfertigen, wird die Bundesregierung eines Tages erklären: „Wenn wir von anderen Ländern keine Atomwaffen erwerben können, dann müssen wir eben selbst Kernwaffen herstellen.“

Atomwaffen für Revanchepolitik

Die Gier der Bundesregierung nach Kernwaffen hängt unmittelbar mit ihrer Revanchepolitik zusammen; sie ergibt sich aus dem Bestreben, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung rückgängig zu machen, also die DDR zu annektieren, die Grenzen von 1937 wiederherzustellen und durch die „Befreiung aller mittel- und osteuropäischen Völker vom Kommunismus“ eine „Neuordnung Osteuropas“ herbeizuführen. Um dieser Ziele und Absichten willen strebt Bonn nach Atomwaffen. Das wird in einem Geheimmemo-

randum der Bundeswehrgenerale vom Dezember 1961 offen zugegeben: „Ohne den Besitz der Atomwaffe ist nicht daran zu denken, daß Deutschland in seinen geschichtlichen und nationalen Grenzen wiederhergestellt werden kann.“ („Deutsche Woche“, Hannover, vom 1. Januar 1962)

Die Bonner Politiker versichern ständig, die bundesdeutsche Atombewaffnung diene ausschließlich der Verteidigung. Sie leugnen jede aggressive Absicht und bezeichnen das als „kommunistische Erfindung“. Aber Tatsachen sind hartnäckige Dinge.

Ginge es den Bonner Politikern wirklich um Verteidigung und Sicherheit, dann müßten sie für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, für das militärische Disengagement, für Abrüstung und Entspannung und vor allem für die Verständigung mit der DDR eintreten. Dann brauchten sie das alles nicht: NATO, Vorwärtsstrategie, Atomrüstung, militanten Antikommunismus, die Planung eines verdeckten Krieges gegen die DDR und die Notstandsgesetze. Die Bonner Politiker sind aber die entschiedensten Gegner jeder Abrüstung und Entspannung in Europa, die Todfeinde jeder Verständigung mit der DDR. Bekanntlich unterzeichneten sie erst nach starkem Druck der Völker das Atomteststopp-Abkommen. Gegenwärtig laufen diese Politiker Sturm gegen ein beabsichtigtes Abkommen der atomaren Mächte über eine Nichtverbreitung von Kernwaffen. „Die Bundesregierung befürchtet“, so schreibt der „Rheinische Merkur“ vom 23. Juli 1963, „daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien schon in den nächsten Monaten der Beschränkung der nuklearen Waffen auf jetzige Atomkräfte den Vorrang vor einem atlantischen Sicherheitssystem (sprich Multilaterale Atomstreitmacht, an der Bonn beteiligt ist — d. Verf.) geben könnte.“

Atomwaffen für Provokationen

Um die tödliche Gefahr ihrer Revanche- und Atomrüstungspolitik zu verschleiern, versuchen die Bonner Politiker die Öffentlichkeit mit dem Argument zu beruhigen: Wir wollen ja gar nicht das hundertprozentige Arsenal einer atomaren Großmacht; wir wollen ja gar keine Superbomben. Uns würden schon 2 oder 3 Prozent, also etwa atomare Gefechtsfeldwaffen usw., genügen.

Mit diesem Argument wollen die Bonner Vorwärtsstrategen die Bevölkerung glauben machen, ihre Forderungen wären ja gar nicht so gefährlich. In Wirklichkeit aber wird gerade umgekehrt ein Schuh daraus. Für welchen Zweck die Bonner Politiker atomare Gefechtsfeldwaffen, Kernsprengköpfe für ihre Raketen usw. haben wollen, hat Dalma in der „Wehr-

Warum sind die Bonner Politiker Störenfriede internationaler Entspannung? Weil sie aggressive Absichten und Ziele verfolgen, weil sie sich vorgenommen haben, „das Ende des kommunistischen Regimes in der Zone anzustreben“ (Guttenberg im „Spiegel“, vom 24. 3. 1965)

Darum haben die Vorwärtsstrategen in Bonn — wie der USA-General Wheeler im Dezember 1964 in einem Pressegespräch zugab — „die gepanzerten und mechanisierten Divisionen der Bundeswehr ... für den Angriff ausgerüstet und gegliedert“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 17. 12. 1964). Und darum wollen sie heute Atomwaffen. Anfang dieses Jahres schrieb der Strauß-Intimus Alfons Dalma in der „Wehrkunde“ (Nr. 1/1965), der Besitz und die Verfügungsgewalt über Atomwaffen seien erforderlich, um die „Befähigung zum ersten und zweiten Schlag“, d. h. zum Angriff zu erlangen. Nicht weniger deutlich war der außenpolitische „Experte“ der CSU, Baron von Guttenberg. In seinem Buch „Wenn der Westen will“ heißt es auf Seite 123: „Wohlgemerkt! Um wirksam zu sein, muß die westliche Strategie die Abschreckung, also auch die Bereitschaft einschließen, unter gewissen Bedingungen noch vor dem Gegner zu nuklearen Waffen zu greifen.“

kunde“ offen ausgeplaudert: Sie sollen „die Chance offenhalten, im Ernstfall die nukleare Intervention der verbündeten Supermacht auszulösen ... Denn die zwei Prozent können in bestimmten Situationen den Einsatz von 98 Prozent auslösen“ („Wehrkunde“ Nr. 1/1965). In gemeinverständliches Deutsch übertragen heißt das: **Bonn will Atomwaffen, um den atomaren Konflikt provozieren und die NATO-Staaten in diesen Konflikt hineinziehen zu können.**

Das ist der Kerngedanke des Trettner-Plans, entlang der Grenze der DDR einen Atomminengürtel anzulegen. „Atomminensperren ... sollen“, wie „Die Welt“ am 19. 12. 1964 schreibt, „sozusagen als ‚Zünder‘ dienen, der die Abwehraktion der Amerikaner mit ihren atomaren Gefechts-

feldwaffen auszulösen hätte." Das ist auch der Sinn der Bonner Forderung, daß die amerikanische Atommacht geeignete Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik „in einer solchen Weise und topographisch so aufgestellt aufstellt, daß sie durch die Art dieser Aufstellung ihre Entscheidung zum atomaren Waffeneinsatz für den Ernstfall praktisch schon vorwegnimmt“ (Dalma in der „Wehrkunde“,

Nr. 1/1965). Es geht Bonn also darum, die USA schon heute auf den Einsatz von Atomwaffen, auf die atomare Unterstützung der westdeutschen Revanchepolitik festzulegen. Mit der Verfügungsgewalt über Kernwaffen und der Mitbestimmung über deren Einsatz oder mit eigenen Kernwaffen hätte die Bundesregierung den Zünder für den Atomkrieg in der Hand.

Atomwaffen für Erpressung

Bonn fordert Atomwaffen nicht nur für die geplante zukünftige Aggression. Die Bonner Politiker wollen die Kernwaffen schon heute als politische Waffen, als Mittel der Drohung und Erpressung benutzen, und zwar sowohl gegenüber ihren eigenen Verbündeten als auch gegenüber den sozialistischen Ländern.

Als Bestandteil der Revanchepolitik, der Aggressionsvorbereitungen sollen die Kernwaffen Bonn schon heute dazu dienen, die internationale Atmosphäre zu vergiften, die Spannungen zu verschärfen und das Wettrüsten anzustacheln, um so Schritt für Schritt die günstigsten politischen und militärischen Bedingungen und den günstigsten Zeitpunkt zum Losschlagen herbeizuführen.

In den letzten Jahren hat sich Bonn mit seiner aggressiven Außenpolitik zahlreiche Schlappen und Niederlagen eingehandelt. Hier sei nur an den 13. August 1961 und an das Fiasko der Bonner Politik in Nahost erinnert. Aber die Bonner Politiker sind unfähig, daraus die richtigen Lehren zu ziehen. Jetzt spekulieren sie darauf, ihren Prestigeverlust, ihre Niederlagen und ihre zunehmende Isolierung durch das Drängen nach Atomwaffen wettzumachen und ihr internationales Gewicht zu erhöhen.

Dabei geht es ihnen vor allem darum, politischen Einfluß auf Entscheidung und Planung der USA zu erhalten.

Mit der Verfügungsgewalt über Kernwaffen käme Bonn in die Lage, den USA „im Ernstfall die nuklearstrategische Entscheidung vorwegzunehmen“ zu können. So könnten die USA gezwungen werden, „ihre Strategie und Politik mit der Bundesregierung gemeinsam zu planen und zu koordinieren“ (Dalma in der „Wehrkunde“, Nr. 1/1965). Mit einem Wort: Durch die Verfügungsgewalt über Kernwaffen und die Mitbestimmung über deren Einsatz oder durch eigene Kernwaffen der Bundesrepublik würde eine Atomkriegsautomatik geschaffen, deren Steuerhebel in Europa in der Händen der Bonner Politiker und Generale lägen.

+

Die Absichten und Bestrebungen der Bonner Politiker machen die tödliche Bedrohung sichtbar, die ihre Politik für den Frieden, für das Leben und die Sicherheit unseres Volkes heraufbeschwört. Darum ist es die Aufgabe jedes Kommunisten, der ganzen Bevölkerung, vor allem aber der Arbeiterklasse, die ganze Gefährlichkeit und Abenteuerlichkeit dieser Politik bewußt zu machen und zu zeigen, daß es keinen anderen Weg zu Frieden und Sicherheit gibt als den des Kampfes der Volksmassen für eine atomwaffenfreie Zone in Europa, für Abrüstung und Entspannung, gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen und für die Verständigung mit der DDR.

Die Kommunistische Partei ist eine demokratische Partei, die fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht und ihre Hauptaufgabe darin erblickt, gemeinsam mit allen gutwilligen Menschen Garantien zu schaffen, daß niemals vom Boden der Bundesrepublik ein neuer Krieg ausgeht. Wenn es um Deutschland, um die Sicherheit und das Glück seiner Menschen geht, dann können sich alle auf die KPD verlassen.

(Aus dem Wahlauftrag der KPD)

Aus der internationalen Arbeiterbewegung

Konferenz der 19 kommunistischen und Arbeiterparteien Westeuropas

In Brüssel fand vom 1. bis zum 3. Juni 1965 eine Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder Europas statt. Beteiligt waren 19 kommunistische und Arbeiterparteien. Die Delegation der KPD wurde geleitet vom Genossen Max Reimann, 1. Sekretär des ZK. Ihr gehörten ferner die Genossen Max Schäfer, Mitglied des Politbüros, und Axel Schmidt, Sekretär des Zentralkomitees an. Die Konferenz beschloß einen Appell zur verstärkten Solidarität mit Vietnam und ein Pressecommuniqué. Die Parteien richteten ein Telegramm an den Präsidenten des zyprischen Volkes, Makarios, und eine Botschaft an das dominikanische Volk. Der Appell zur verstärkten Solidarität mit Vietnam sowie das Pressecommuniqué veröffentlichte „Freies Volk“ in der Juli-Ausgabe 1965 (Nr. 7 1965). „Wissen und Tat“ veröffentlicht nachfolgend ein Interview mit dem Genossen Max Reimann und den Wortlaut der Botschaften an Makarios und an das dominikanische Volk.

Die KPD und die Brüsseler Konferenz

Der Erste Sekretär des ZK der KPD, Genosse Max Reimann,
gab dem Deutschen Freiheitssender 904 folgendes Interview

Frage: Genosse Max Reimann, unter Ihrer Leitung nahm eine Delegation der KPD an der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder Europas teil. Die Konferenz fand vom 1.-3. Juni in Brüssel statt. Darf man fragen, worin Sie die Bedeutung dieser Konferenz sehen?

Antwort: Ja, wir waren in Brüssel. An der Konferenz nahmen 19 kommunistische Parteien der kapitalistischen Länder Europas teil. Die Anwesenheit von Waldeck Rochet, John Gollan, Hertha Kuusinen, Giancarlo Pajetta — um nur einige zu nennen, spricht für das Gewicht dieser Konferenz. Es war eine Konferenz auf höchster Ebene. Und es ging um hochwichtige aktuell-politische Fragen, die für jede der Bruderparteien und für die Völker der kapitalistischen Länder Europas von außerordentlichem Interesse sind.

Worum es in Brüssel ging, liegt auf der Hand. Jeder kann es aus dem Pressecommuniqué ersehen. Es ging darum, wie wir die neue Lage in der Welt und in Europa zu beurteilen

haben und wie wir den gemeinsamen Kampf gegen die amerikanische Aggression in Vietnam, für die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk, gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, für ein System europäischer Sicherheit noch wirkungsvoller führen und die solidarische Unterstützung der um Freiheit und Demokratie kämpfenden Volkskräfte in Spanien, Portugal, Griechenland und der Bundesrepublik umfassender gewährleisten können.

Die bürgerliche Presse sprach von der Brüsseler Konferenz als einer Geheimkonferenz. Das ist purer Unsinn. Wir haben im Zentrum von Brüssel in einem öffentlichen Gebäude unter den Augen der Öffentlichkeit getagt. Die im Presse-Kommuniqué dargelegte Problematik, der Appell zum Kampf für die Beendigung der amerikanischen Aggression in Vietnam, die Botschaft an das Volk der Dominikanischen Republik und an den Staatspräsidenten Zyperns, Makarios, sind alles andere als geheim. Sie waren und sind für die Öffentlichkeit bestimmt.

Ich darf hier sagen, daß die Konferenz sehr nützlich und bedeutungsvoll war, denn über den Meinungsaustausch hinaus diente sie der Entwicklung gemeinsamer Aktionen im Kampf um Frieden und Demokratie. Ich bin fest davon überzeugt, daß sie sowohl ein Auftakt zur Verstärkung der Aktivitäten in jedem Lande, als auch ein beachtlicher Beitrag zur weiteren Stärkung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung durch gemeinsame Aktionen ist.

Unsere holländischen Freunde hatten zur Tagesordnung, zu dem Charakter und zu den Kompetenzen der Konferenz eine andere Meinung und unterzeichneten kein Dokument. Das war bedauerlich. Dennoch arbeitete die Delegation der Kommunistischen Partei der Niederlande an der Konferenz mit und gab gleichfalls ihrem Wunsch Ausdruck, daß sich insbesondere der Kampf gegen den westdeutschen Revanchismus und die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik in jedem Lande verstärken möge.

Frage: *Génosse Max Reimann, worin sehen Sie die wichtigsten Schlußfolgerungen und Aufgaben, die sich aus der Konferenz für unsere Partei und für den Kampf der friedliebenden demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik ergeben?*

Antwort: Für unsere Arbeit, für die Arbeiterklasse und Bevölkerung unseres Landes dürfte die Konferenz mit ihren Ergebnissen besonders wichtig sein. Ging es doch den Bruderparteien sowohl um den Kampf gegen die ame-

rikanische Aggression in Vietnam und ihre Ausweitung zu einem Weltkonflikt, als auch darum, zu verhindern, daß von westdeutschem Boden ein neuer Krieg ausgeht. So hat uns auch diese Konferenz an die Verantwortung erinnert, die wir und alle friedliebenden Kräfte der Bundesrepublik im Kampf für die Sicherung des Friedens in Deutschland und in Europa zu tragen haben.

Mir scheint jetzt das Wichtigste darin zu bestehen, auch in der Bundesrepublik die Protestaktion gegen die amerikanische Aggression und für die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk noch wirkungsvoller in vielfältigen Formen zu führen. Der Kampf für die Beendigung der amerikanischen Aggression ist in der Tat ein Teil unseres Kampfes gegen die deutschen Militaristen und Revanchisten. Es entspricht daher dem Sinn der Konferenz, wenn wir im Ringen um europäische Sicherheit den Kampf gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik gegen die Notstandsgesetze, für einen eigenen Beitrag zur Abrüstung und Entspannung verstärkt fortsetzen.

Es war beeindruckend, wie unser Kampf für die Wiederherstellung der Legalität der Partei die ungeteilte solidarische Unterstützung aller Bruderparteien findet. Wir handeln daher richtig, wenn wir unablässig die Arbeiterklasse und die Bevölkerung unseres Landes mit unserem politischen Willen vertraut machen und auch so den Nachweis führen, daß die Bundesrepublik eine legale KPD braucht.

Botschaft an das dominikanische Volk

An Generalsekretär der UNO U Thant — an die Regierung Caamano — an die KP der Dominikanischen Republik — an die kommunistischen Parteien Südamerikas

Die in Brüssel zu einer Konferenz versammelten Vertreter von 18 kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas

- begrüßen den heldenhaften Einsatz des Volkes der Dominikanischen Republik im Kampf für die Wahrung seiner demokratischen Grundrechte und für die Achtung der Unabhängigkeit seines Landes;
- sie verurteilen die unzulässige Einmischung und die blutige militärische Intervention der Vereinigten Staaten, mit der dem Lande eine den USA genehme Regierung aufgezwungen werden soll;
- sie bestreiten der Organisation der Staaten Amerikas das Recht, sich über das Volk der Dominikanischen Republik hinwegsetzend, die inneren dominikanischen Angelegenheiten zu regeln;

— sie bekräftigen dem Volk der Dominikanischen Republik ihre volle Solidarität und ihre Hilfsbereitschaft zur Durchsetzung der Volkssouveränität und des unbehinderten Funktionierens seiner Institutionen.

Kommunistische Partei Deutschlands
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands — Westberlin

Kommunistische Partei Österreichs

Kommunistische Partei Belgiens

AKEL (Zypern)

Kommunistische Partei Dänemarks

Kommunistische Partei Spaniens

Kommunistische Partei Finnlands

Kommunistische Partei Frankreichs

Kommunistische Partei Großbritanniens

Kommunistische Partei Griechenlands

Kommunistische Partei Nordirlands

Irische Arbeiterpartei

Kommunistische Partei Italiens

Kommunistische Partei Luxemburgs

Kommunistische Partei Norwegens

Kommunistische Partei Portugals

Partei der Arbeit der Schweiz

An Präsident Makarios, Nicosia

Wir grüßen den heldenhaften Befreiungskampf des zypriotischen Volkes gegen den anglo-amerikanischen Imperialismus und seine Kollaborateure.

Wir erklären unsere volle Solidarität mit den Forderungen des zypriotischen Volkes, jegliche ausländische Intervention zu beenden, alle ausländischen Militärbasen aufzulösen und alle ausländischen Truppen abzuziehen, damit das zypriotische Volk entsprechend dem unveräußerlichen Recht auf Selbstbestimmung frei über seine Zukunft entscheiden kann.

Die Vertreter von 19 kommunistischen und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder Europas auf ihrer Beratung in Brüssel.

IX. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei

Mit der Annahme der Dokumente und Resolutionen ging am 24. Juli 1965 der IX. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei zu Ende. 2000 Delegierte hatten den Genossen Nicolae Ceausescu zum Generalsekretär der RKP gewählt. Die Direktive für die Entwicklung der Volkswirtschaft in den Jahren 1966 bis 1970 legt fest, daß den Mittelpunkt der Politik der Partei zum Aufbau des Sozialismus auch in Zukunft die sozialistische Industrialisierung, die vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie und insbesondere des Maschinenbaus, bildet. Ein 10-Jahrplan sieht die Nutzung der Energiequellen und die großzügige Elektrifizierung des Landes vor.

Der IX. Parteitag war ein glühendes Bekenntnis zum unversöhnlichen Kampf gegen den Imperialismus und für den Internationalismus. 56 Delegationen der kommunistischen und Arbeiterparteien gaben dem Parteitag ein besonderes Gepräge. Die KPdSU war durch ihren 1. Sekretär, Leonid Breschnew, vertreten, die Delegation der KP Chinas stand unter der Leitung des Genossen Den Siao-pin, Mitglied des Ständigen Komitees des Politbüros. Die Delegation der SED leitete ihr 1. Sekretär, Genosse Walter Ulbricht. Die Delegation der KPD leitete Genosse Max Reimann.

„Wissen und Tat“ veröffentlicht nachfolgend einige Materialien des IX. Parteitags der RKP.

Aus der Begrüßungsansprache des Genossen Max Reimann

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich möchte Ihnen, den Delegierten des IX. Parteitags, allen Mitgliedern und Funktionären der Rumänischen

Kommunistischen Partei und der ganzen Bevölkerung Ihres Landes die herzlichen Grüße der Kommunistischen Partei Deutschlands überbringen.

Wir beglückwünschen Sie und das rumänische Volk zu den großen Errungenschaften beim sozialistischen Aufbau. In diesem Ihrem sozialistischen Aufbauwerk, das Sie in der Gemeinschaft mit den anderen sozialistischen Staaten vollbracht haben und täglich vollbringen, sehen wir einen Beweis der Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus.

Sicherheit und friedliches Schaffen der Völker aller Länder sind bedroht. Sie sind es durch die Aggression der amerikanischen Imperialisten in Vietnam und durch die Revanche-Politik des westdeutschen Imperialismus und Militarismus. Entgegen allen Friedensbeteuerungen und angeblicher Verständigungsbereitschaft geht es den Bonner Machthabern um die Rückgängigmachung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, um die Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik und die Revision bestehender Grenzen gegenüber anderen sozialistischen Ländern. Sie beileben sich, die demokratischen Rechte im Inneren des Landes abzubauen und mit Notstandsgesetzen Kriegsrecht in Friedenszeiten einzuführen. Sie entfachen eine neue Welle des Nationalismus, des Chauvinismus und Antikommunismus und propagieren erneut die Wahrung des sogenannten Deutschlands im Ausland.

Dem Machtanspruch der westdeutschen Imperialisten, ihren Revanche- und Eroberungszielen sind Grenzen gesetzt. Sie sind gesetzt in der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik, die sich im Bunde mit der Sowjetunion und allen sozialistischen Staaten als eine sichere und unerschütterliche Bastion des Friedens und des Sozialismus erweist.

Unter den fortschrittlichen Kräften der westdeutschen Arbeiterklasse und anderer Volksschichten wächst die Widerstandskraft gegen die Politik der Kriegsvorbereitung und für die Aufnahme normaler Beziehungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten. Arbeiter, Professoren, Schriftsteller und Geistliche, Arbeiterjugend- und Studentenorganisationen traten in der jüngsten Zeit mit zahlreichen Aktionen gegen die atomare Aufrüstung, gegen die amerikanische Aggression in Vietnam, gegen die Ver-

jähmung der Nazikriegsverbrechen, insbesondere aber gegen die Notstandsgesetzgebung hervor.

Unsere Partei, die nunmehr neun Jahre verboten ist, spielt eine bedeutende Rolle bei der Entfaltung von Aktionen der Arbeiterklasse und aller Volkskräfte. Unserem Kampf für Frieden und Sicherheit, für Demokratie und Fortschritt, dem Erstarken unserer Reihen ist es zu danken, wenn heute in der Bundesrepublik der Ruf nach Aufhebung des widerrechtlichen Verbots der Kommunistischen Partei immer lauter wird. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen, teure Genossen, für die Solidarität zu danken, die Sie unserer Partei im Kampf um die Wiederherstellung ihrer Legalität erweisen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist bemüht, ihren Beitrag zur Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung zu leisten. Im gemeinsamen Handeln, in der einheitlichen Aktion, die zum Grundgebot unserer Tage geworden ist, sehen wir den wirksamsten Garant für die Aggression der amerikanischen Imperialisten in Vietnam Einhalt geboten wird.

Wir sind davon überzeugt, daß vom IX. Parteitag neue Impulse für noch größere Erfolge Ihres Landes bei der Vollendung des sozialistischen Aufbaus ausgehen werden. Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß die Bevölkerung unseres Landes friedlich und freundschaftlich mit allen Völkern zusammenleben kann. Deshalb sind wir für die Verbesserung der wirtschaftlichen und kulturellen sowie für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik mit allen sozialistischen Ländern.

Ich darf Ihnen, teure Genossen, versichern, daß wir Kommunisten keine Anstrengungen scheuen werden, damit von westdeutschem Boden kein neuer Krieg ausgeht.

— Es lebe die Rumänische Kommunistische Partei und ihr IX. Parteitag!

— Es lebe der Friede und die Freundschaft zwischen unseren Völkern!

— Es lebe der gemeinsame Kampf der kommunistischen Weltbewegung für Frieden, Demokratie und Sozialismus!

Entschließung

des IX. Parteitags der RKP zur Solidarität mit dem kämpfenden Vietnam

Im Namen der Rumänischen Kommunistischen Partei und unseres ganzen Volkes richtet der IX. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei einen heißen internationalistischen Solidaritäts- und Brudergruß an das vietnamesische Volk, das einen zähen, heldenmütigen Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit führt.

Die militärische Intervention des amerikanischen Imperialismus gegen das Volk von Südvietnam, die Aggression gegen die Demokratische Republik Vietnam — einen unabhängigen und souveränen Staat —, die barbarischen Bombardements auf vietnamesische Städte und Dörfer sind offene Kriegshandlungen, die selbst die elementarsten Normen des Völkerrechts mißachten.

Keinerlei Erklärungen über angeblich friedliche Absichten können die Wahrheit über diese Aggression bemänteln, sie schafft die Gefahr, daß der Krieg ausgeweitet und die Menschheit in eine thermonukleare Katastrophe hineingezerrt wird, die unermessliche Verheerungen, die Vernichtung unendlich großer materieller und kultureller Werte der menschlichen Zivilisation heraufbeschwören würde.

All dies ruft die Besorgnis der Weltöffentlichkeit, die Empörung und den Zorn der ganzen Menschheit hervor. Das vietnamesische Volk erfreut sich im Kampf für die Verteidigung der Unabhängigkeit und der völligen Freiheit seines Vaterlandes, im Kampf für das Recht, selbst über sein eigenes Schicksal zu entscheiden, der Unterstützung der sozialistischen Länder und anderer friedens- und freiheitsliebender Staaten, der Solidarität aller Völker.

Der IX. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei, der den Gedanken und Gefühlen der Kommunisten unseres Landes, des ganzen rumänischen Volkes Ausdruck verleiht, verurteilt auf das entschiedenste die Aggression der USA in Vietnam, den Angriff auf das sozialistische Bruderland, die Demokratische Republik Vietnam, und äußert seine volle Solidarität mit dem Kampf der Nationalen Be-

freiungsfront, dem Exponenten der grundlegenden Bestrebungen und dem einzigen legitimen Vertreter des Volkes von Südvietnam!

Wir fordern, daß Schluß gemacht wird mit den Aggressionshandlungen der USA, daß die Bombardierung der DR Vietnam eingestellt wird, daß alle fremden Truppen aus Vietnam abgezogen werden! Das Recht des vietnamesischen Volkes, ohne jede Einmischung von außen, nach seinem eigenen Willen über sein Schicksal zu entscheiden, muß respektiert werden!

Wir erklären feierlich, daß das rumänische Volk entschlossen ist, dem vietnamesischen Volk seine ganze brüderliche Hilfe zu gewähren!

In ihren Ansprachen haben alle Delegationen der kommunistischen, Arbeiter- und demokratischen Parteien, die unserem Parteitag Grüße überbrachten, die Aggression des amerikanischen Imperialismus in Vietnam schärfstens verurteilt. Wir sehen darin eine starke Bekundung der Solidarität der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung mit dem edlen Kampf des vietnamesischen Volkes!

In der Aggression gegen Vietnam, in den bewaffneten Interventionen in der Dominikanischen Republik, in Kongo und Laos findet die Linie der aggressiven imperialistischen Kreise ihren Ausdruck, die sich überall dem sozialen Fortschritt entgegenstellen, die nationalen Befreiungsbewegungen und die Freiheitsbestrebungen der Völker zu ersticken, in der Welt das Kolonialjoch und die kolonialistische Unterdrückung beizubehalten, die ultrareaktionären Ordnungen — diese verrotteten Marionettenregimes, die von ihren eigenen Völkern gehaßt und abgelehnt werden — mit Waffengewalt zu stützen versuchen.

Diese Linie ist zu einem unvermeidlichen Mißerfolg verurteilt und kann letzten Endes nur zur Niederlage ihrer Verfechter führen!

Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es mehr als je notwendig, die Wachsamkeit zu steigern und die Einheit sämtlicher Kräfte der Freiheit,

des Friedens und des sozialen Fortschritts zu festigen. Wir sprechen unsere Überzeugung aus, daß die sozialistischen Länder, die internationale Arbeiterklasse, die neuen unabhängigen Staaten, die nationale Befreiungsbewegung und sämtliche Kräfte der Demokratie und des Fortschritts, indem sie ihre Einheit beharrlich festigen und in einer einzigen Front kämpfen, die reale Fähigkeit besitzen, die aggressiven Aktionen der Imperia-

listen zu vereiteln, den Frieden zu retten!

Der IX. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei wünscht dem vietnamesischen Volk vollen Sieg in seinem gerechten Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit!

Das heilige Recht eines jeden Volkes, sich frei sein Schicksal zu gestalten, die edle Sache der Freiheit und der Gleichheit der Völker, die Sache des Friedens in der Welt werden siegen!

Aus der Rede zum Abschluß des Parteitages

gehalten von Genossen Nicolae Ceausescu, Generalsekretär des ZK der RKP

Liebe Genossen!

Sechs Tage hindurch stand der Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des ganzen Volkes, das seine Arbeiten in der Überzeugung verfolgte, daß die angenommenen Beschlüsse voll und ganz den Lebensinteressen der Werktätigen, ihrem Streben nach Wohlstand und Glück, den Interessen des Gedeihens unseres sozialistischen Vaterlandes entsprechen werden.

Der Parteitag erörterte und billigte einhellig die Dokumente von historischer Bedeutung, die das vielseitige Programm zur Entwicklung des sozialistischen Rumäniens, die Richtlinien, um das Werk der Vervollendung des sozialistischen Aufbaus auf höherer Stufe fortzusetzen, enthalten.

Der Parteitag, der der Linie der sozialistischen Industrialisierung des Landes als ausschlaggebendem Faktor für den stetigen Fortschritt unserer ganzen Gesellschaft hohe Bedeutung beimißt, hat beschlossen, daß die Industrialisierung auch weiterhin das Kernstück der Wirtschaftspolitik der Partei bleiben soll. Es wurde ein Maßnahmenkomplex festgelegt, der die intensive Entwicklung der Landwirtschaft, das Aufblühen von Wissenschaft und Kultur sowie die Hebung des materiellen und geistigen Lebensstandes des Volkes vorsieht.

Auf der Tribüne des Kongresses ist die Entschlossenheit der Partei und des ganzen Volkes mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gekommen, das Bündnis mit den sozialistischen Län-

dern auch in Zukunft in den Mittelpunkt der Außenpolitik zu stellen, die Beziehungen zu allen Ländern unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung zu entwickeln und unseren Beitrag zur Sache des Friedens und der Völkerfreundschaft zu leisten. Unsere Partei, ihr Zentralkomitee werden in unbeirrbarer Erfüllung der Beschlüsse des Parteitages konsequent für die weitere Festigung der Einheit der sozialistischen Länder, der Geschlossenheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung eintreten, denen in der Entwicklung der zeitgenössischen Gesellschaft eine entscheidende Rolle zukommt.

Das lebhafteste Interesse, das der Parteitag in den Reihen der kommunistischen und Arbeiterbewegung und in der Weltöffentlichkeit hervorgerufen hat, ist ein Beweis für die Anerkennung, deren sich unsere Partei, ihr Beitrag zur Festigung der Einheit der kommunistischen und Arbeiterbewegung und zum Kampf für die Sache des Friedens und des Sozialismus in der Welt erfreut.

Unser Parteitag und unsere ganze Partei sprechen den Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien und den demokratischen Parteien ihren herzlichsten Dank für ihre Teilnahme an den Arbeiten des Parteitages und für die brüderlichen Grüße, die sie an unsere Partei und an unser Volk gerichtet haben, aus. Wir sehen darin den Ausdruck der Beziehungen der Solidarität zwischen unseren Parteien und unseren Völkern.

Wir versichern die brüderlichen kommunistischen und Arbeiterpar-

teilen, die Werktätigen der ganzen Welt, daß die Partei der rumänischen Kommunisten unbeirrt das Programm der Vollendung des sozialistischen Aufbaus in Rumänien verwirklichen und so seinen Beitrag zur Festigung des sozialistischen Weltsystems, zur Stärkung der internationalen Solidarität der Werktätigen, zur Sache des Sozialismus und des Kommunismus in der Welt leisten wird.

Mit besonderer Genugtuung hat der Parteitag die Tatsache festgestellt, daß auf seiner Tribüne in den Ansprachen der Delegierten der Bruderparteien die entscheidende Bedeutung unterstrichen wurde, die der Einheit der sozialistischen Länder, der kommunistischen und Arbeiterbewegung und allen antiimperialistischen Kräften unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen zukommt.

Desgleichen brachten die Reden aller ausländischen Delegierten machtvoll die Verurteilung der Intervention der Vereinigten Staaten in Südvietnam und der Aggression gegen die Demokratische Republik Vietnam zum Ausdruck; dies ist eine starke internationale Bekundung der Solidarität mit dem gerechten Kampf des heldenhaften vietnamesischen Volkes.

Wir bitten unsere geehrten Gäste, ihren Parteien und Völkern den brüderlichen Kampfgruß der Kommu-

nisten Rumäniens, des rumänischen Volkes zu überbringen; wir wünschen ihnen aus ganzem Herzen neue Erfolge in ihrem Kampf und in ihrer Arbeit für die Sache des Friedens, der Demokratie, des Sozialismus und Kommunismus.

Genossen Delegierte!

Gestatten Sie mir, im Namen des vom IX. Parteitag gewählten Zentralkomitees Ihnen für das hohe Vertrauen zu danken. Wir versichern Sie, die ganze Partei, das rumänische Volk, daß wir keine Mühe scheuen werden, um die uns zukommenden Verpflichtungen zu erfüllen, um auf der Höhe der uns anvertrauten Aufgaben zu sein, um die historischen, von unserem Parteitag angenommenen Beschlüsse zu erfüllen.

Die volle Einheit und Einmütigkeit, die die Arbeiten des Parteitags in diesen Tagen gekennzeichnet hat, wird ein ständiger Wegweiser in unserer Tätigkeit zur beharrlichen Festigung der Kraft der Partei, der unerschütterlichen Geschlossenheit ihrer Reihen, des Anwachsens ihrer führenden Rolle in unserer gesamten Gesellschaft sein.

Die Kommunisten müssen in den ersten Reihen stehen; ihre Tätigkeit und die unserer ganzen Partei werden dem Glück des Volkes, der Sache des Sozialismus und des Friedens gewidmet sein.

Solidarität mit Vietnam

Vietnam blutet — Wir rufen zur Solidarität

Anwachsende Proteste gegen den schmutzigen amerikanischen Krieg

Sie nennen sich christlich — aber sie werfen Bomben auf pflügende Bauern.

Sie sind stolz auf ihre Zivilisation. Aber ihre Granaten zerfetzen Krankenhäuser und Schulen, töten Frauen und Greise, Lehrer und Kinder.

Sie preisen ihre Freiheit und Demo-

kratie — und sie wollen mit Napalm, Giftgas und Maschinenpistolen ein ganzes Volk in die Knie zwingen.

Stellen wir uns vor, was an menschlichem Leid, an Not und Qualen dahintersteckt? Oder glauben wir denen, die uns einreden wollen, es ginge um die Freiheit?

Das vietnamesische Volk steht nicht allein

Eine Welle des Abscheus, des flammenden Protestes gegen den schmutzigen Krieg geht um die Welt. Der Kampf in Vietnam um Freiheit

und Selbstbestimmung ist zur Sache der ganzen friedliebenden Menschheit geworden.

1470 Delegierte aus 98 Ländern aller

Kontinente versichern auf dem Weltkongreß für Frieden, nationale Unabhängigkeit und allgemeine Abrüstung in Helsinki, „es ist dringendste und heiligste Pflicht der Friedenskräfte in der ganzen Welt, all ihre Handlungen aufeinander abzustimmen, um so aktiv wie möglich dazu beitragen zu können, daß der Aggressionskrieg der Vereinigten Staaten in Vietnam beendet und damit der im Augenblick gefährlichste Kriegsherd der Welt beseitigt wird“.

Die Sowjetregierung hat dem vietnamesischen Volk erneut ihre feste Hilfe im Kampf um die Befreiung zugesagt. In einem Kommuniqué über Verhandlungen mit einer Regierungsdelegation der Demokratischen Republik Vietnam heißt es: „Die Verhandlungen über die sowjetische Hilfe bei der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der DRV gegen die USA-Imperialisten haben im Zeichen brüderlicher Freundschaft und völligen Einvernehmens gestanden.“

Ministerpräsident Kossygin erklärte

in Riga, die Sowjetunion und alle sozialistischen Länder werden dem vietnamesischen Brudervolk jede nur mögliche Hilfe zur Abwehr der amerikanischen Aggression erweisen.

An der Seite Vietnams steht der Weltgewerkschaftsbund, stehen Regierungen und Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Frankreich fordert den Abzug der amerikanischen Truppen und die Einhaltung des Genfer Indochina-Abkommens.

579 amerikanische Maler, Bildhauer, Schriftsteller, Redakteure, Musiker und Schauspieler veröffentlichten einen Aufruf in der „New York Times“, in dem es heißt: „Angesichts der Außenpolitik der USA, die sich mit jedem Tag immer mehr als unmenschlich erweist, können wir nicht länger schweigen. Alle Amerikaner sind aufgerufen, zu erklären: Schluß mit dem Krieg!“ In Los Angeles stellte sich das Komitee der Mitarbeiter der Künste hinter diesen Appell. Es protestierten Wissenschaftler, Politiker, Gewerkschafter.

Bonn—Washington Bruderschaft im schmutzigen Krieg

Proteste in aller Welt gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam. Nur die Bundesregierung zollt den USA Beifall. Auf deutschem Boden werden amerikanische Killer für den Dschungelkrieg ausgebildet. In unserem Land üben Ami-Düsenjäger Tiefangriffe für den Einsatz in Vietnam.

Aber mehr noch. Bereits 1958 reiste Erhard, damals noch Wirtschaftsminister, nach Südvietnam. Von nun an fließt ein Strom harter D-Mark an die Strohmänner der Amerikaner, Steuer-gelder und Industriemillionen, denn Erhard verspricht hohe Profite! 1961 gibt die Bundesregierung einen staatlichen Kredit von 60 Millionen Mark. Wenige Monate später folgen weitere 15 Millionen. Als das Regime in Südvietnam dazu übergeht, Konzentrationslager für die Bauern zu errichten, leistet die Bundesregierung „Ent-

wicklungshilfe“. 15 Millionen gehen den Weg nach Saigon. Millionen über Millionen, insgesamt über 100.

Aber nicht nur Geld. Auch das Blut unserer Bundeswehrsoldaten ist im schmutzigen Krieg in Vietnam eingeplant. Im Auftrage von Hassels und Tretners wurde Freiherr von Jena nach Saigon kommandiert. Sein Auftrag: Ausarbeitung von Plänen für den Einsatz der Bundeswehr.

Aber die Bundesregierung ist nicht das deutsche Volk. Sie ist nicht einmal die deutsche Regierung. Die Regierung des anderen deutschen Staates, der DDR, steht an der Seite des überfallenen vietnamesischen Volkes. Sie wie alle anständigen Deutschen diesseits und jenseits der Elbe. Sie treten in Wort und Tat dafür ein, daß der deutsche Name in Vietnam nicht in den Schmutz gezogen wird.

Und nicht vergessen: Die Solidarität!

Am Niederrhein sammelten friedliebende Bürger 3500 Mark für die Opfer der amerikanischen Aggression. Zehntausend Mark stellte das Zen-

tralkomitee der verbotenen KPD für das vietnamesische Volk zur Verfügung. In Göttingen demonstrierten vor einiger Zeit hunderte Studenten

bei einem Vortrag des amerikanischen Botschafters McGhee für Selbstbestimmung in Vietnam. Sie verbrannten öffentlich das Redemanuskript des Botschafters, in dem das amerikanische Vorgehen in Vietnam verteidigt wurde.

Würzburger schrieben beim Ostermarsch auf ihre Transparente: „Dresden – Würzburg – Vietnam – Terrorbomber greifen an!“ 20 Demonstranten wurden Ende Mai in München festgenommen, als die Bevölkerung mit einer Kundgebung und einem Fackelzug vor dem Amerika-Haus protestierte. Am gleichen Tage Fackelzug und Kundgebung in Herne. Die Friedensfreunde in Hannover protestierten mit einer Flugblattaktion. In Frankfurt gibt es eine Kundgebung und Demonstration. „Abzug der USA-Besatzertruppen aus Südvietnam, verhandeln statt morden!“ steht auf einem Transparent bei einer 24stündigen Protestaktion der Ostermarschgegner vor der amerikanischen Botschaft in Bad Godesberg.

Es protestierten der Fränkische Kreis, die Arbeitsgemeinschaft Duis-

burger Frauen, die Atomwaffengegner in Ludwigshafen, die Friedensbewegung des Saargebietes, die Naturfreunde, die Falken, Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre, Geistliche, Künstler und viele, viele andere.

Erschütternd und aufrüttelnd sind die persönlichen Schreiben, mit denen sich friedliebende Bürger an ihre Nachbarn wenden.

Im Brief von Marie Schenk aus Stuttgart heißt es: „Schreibt alle! Schreibt sofort, und wenn möglich schreibt nicht nur einmal, sondern immer wieder. Ermutigt auch andere, das Gleiche zu tun. Es ist nicht viel verlangt, einen solchen Brief zu schreiben und fertig zu machen. Es beansprucht etwa fünf bis zehn Minuten Zeit und kostet ein paar Pfennige. Es ist wenig, es ist erschütternd wenig, was wir tun. Wenn wir nur einen Augenblick denken an einen jungen Menschen unter den Händen seiner Henkersknechte. Oder an eine jammernnde Mutter, die ihr totes Kind in den Armen hält – dann erkennen wir, wie wenig es ist. Aber dies Wenige sollten wir tun!“

Tatsachen aus der DDR

Vor 20 Jahren Entmachtung der Monopole

Auf dem Gebiet der DDR wurde durch die Bestrafung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten und die Enteignung der Kriegsgewinnler und Kriegsinteressenten die Macht des Monopolkapitals gebrochen. In einem Volksentscheid im Land Sachsen – dem höchstindustrialisierten Land der damaligen sowjetischen Besatzungszone – erklärten sich 70 Prozent der Stimmberechtigten für die Übergabe der Betriebe der Monopole und Kriegsverbrecher an das Volk. Die daraufhin von allen Landesregierungen auf dem Gebiet der heutigen DDR beschlossene und vollzogene Enteignung war ein revolutionärer Akt von

historischer Bedeutung. Unter den Betrieben, die in die Hände des Volkes übergingen, befanden sich 38 Braunkohlengruben, Hüttenwerke und andere Unternehmen des Flick-Konzerns, insgesamt 59 Unternehmen der beiden Elektrokonzerne Siemens und AEG, 9 Werke von Mannesmann, 11 Betriebe des Tertilkonzerns Christian Diering-AG, 7 Chemiebetriebe der Henkel-AG, 8 Betriebe des Reemtsma-Konzerns. Im heftigen Klassenkampf gegen die imperialistische Großbourgeoisie und deren Interessenvertreter entstand ein starker volkseigener Sektor in der Industrie. Damit wurde die materielle Basis für die antifaschistisch-demokratische Ordnung, für den schrittweisen wirtschaftlichen Aufbau, für die Entfaltung der Produktivkräfte im Interesse der Werktätigen gelegt.

Befreite Bauern

Auf der Grundlage der Aktionsgemeinschaft von KPD und SPD be-

gann der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien in der sowjetisch-besetzten Zone 1945 mit der Durchführung einer demokratischen Bodenreform. Die Länder- und Provinzialverwaltungen beschlossen im Herbst 1945 Verordnungen zur entschädigungslosen Enteignung des Großgrundbesitzes über 100 Hektar.

Die Macht der ostelbischen Junker, einst wichtige Stützen des deutschen Imperialismus und Faschismus, war gebrochen. Der Grund und Boden wurde denen wiedergegeben, die ihn bearbeiten. 1939, dem letzten Jahr, in dem vor der Bodenreform die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse statistisch untersucht wurden, hatten die Großgrundbesitzer und Großbauern, deren Betriebe nur 11 Prozent sämtlicher landwirtschaftlicher Betriebe umfaßten, 60 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebsfläche auf sich vereint, das eine Prozent Großbetriebe über 100 Hektar allein 30 Prozent. Für die werktätigen Klein- und Mittelbauern, die 89 Prozent der Betriebe bewirtschafteten, blieben nur 40 Prozent der Betriebsfläche.

7200 Junker und 4500 andere Kriegsverbrecher wurden enteignet, darunter die Junkerfamilien Malte von Putbus mit 18 850 Hektar, von Schwerin mit 16 682 Hektar, Graf Hermann von Arnim mit 15 800 Hektar. Insgesamt wurden aus dem Besitz der Junker und Faschisten und aus staatlichen und städtischem Besitz rund 3 Millionen Hektar in den Bodenfonds der damaligen Länder überführt. Hieraus erhielten 210 000 Neubauern, unter ihnen 91 000 Umsiedler, 1,7 Millionen Hektar und 122 000 landwirtschaftliche Kleinbetriebe 340 000 Hektar. Der Rest des Bodenfonds von etwa einer Million Hektar Boden wurde der gesellschaftlichen Nutzung zugeführt: volkseigenen Gütern, Forschungsinstituten, Lehranstalten und örtlichen Selbstverwaltungen.

In den folgenden Jahren vollzog sich in der Landwirtschaft der DDR eine tiefgreifende Umwälzung. Die Bauern schlossen sich in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammen, die von der erfolgreichen Bauernrevolution in der deutschen Geschichte künden.

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus

Über 200 000 Bürger der DDR vertreten als Abgeordnete in Bezirks- und Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen die Interessen der Bevölkerung. Auf 85 Einwohner der DDR entfällt damit ein Volksvertreter. Über 80 Prozent der Abgeordneten der örtlichen Volksvertretungen sind Arbeiter und Angestellte oder Mitglieder sozialistischer Produktionsgenossenschaften. Entsprechend dem Charakter des jeweiligen Gebietes ist der Anteil der Arbeiter und Bauern in den Volksvertretungen unterschiedlich. In den Gemeinden sowie den Klein- und Mittelstädten sind 37 Prozent der Volksvertreter Mitglieder sozialistischer Produktionsgenossenschaften.

Demokratische Justiz

Auf dem Gebiet der Justiz kam es in den ersten Nachkriegsjahren darauf an, durch eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung die Voraussetzungen für die Entwicklung einer echten Demokratie zu schaffen. Etwa 80 Prozent der Richter waren Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen.

Auf dem Gebiet der DDR wurde diese Aufgabe tatkräftig in Angriff genommen. Allein im ehemaligen Land Sachsen mußten 1945 von 1000 Richtern und Staatsanwälten etwa 800 ausscheiden. Um die dadurch entstandene Lücke zu schließen, galt es kurzfristig Richter und Staatsanwälte auszubilden, die als Vertreter des werktätigen Volkes einen neuen Geist in die Justiz tragen konnten. In allen Ländern wurden Richterschulen geschaffen, in denen zuverlässige Antifaschisten, Männer und Frauen im Alter von 25 bis 45 Jahren, in Lehrgängen als Volksrichter und Staatsanwälte ausgebildet wurden.

In der DDR werden die Richter gewählt. Ihre soziale Zusammensetzung garantiert ebenso wie die der Staatsanwälte und Notare, daß die Interessen des gesamten werktätigen Volkes gewahrt werden.

Soziale Herkunft

	Staats- anwälte	Richter	Notare
Arbeiter	82,8	75,6	60,9
Angestellte	9,5	12,7	21,5
Bauern	2,7	3,0	5,3
Sonstige Herkunft	5,0	8,7	12,3

Die Schöffen der Kreisgerichte werden unmittelbar durch die Bevölkerung gewählt, die der Bezirksgerichte durch die Bezirkstage. Schöffen für das Oberste Gericht wählt die Volkskammer. Mehr als zwei Drittel der Schöffen entstammen der Arbeiterklasse, der Klasse der Genossenschaftsbauern und der Intelligenz. Auch alle anderen Schichten der Bevölkerung sind unter ihnen vertreten. In ihrer Tätigkeit haben die Schöffen im Gegensatz zur Bundesrepublik die gleichen Rechte wie die Berufsrichter.

Schutz der Gesundheit

Die Entwicklung des Gesundheits- und Sozialwesens in den verfloßenen 20 Jahren zeigt die deutliche Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR gegenüber der monopolkapitalistischen Entwicklung in Westdeutschland. Das staatliche Gesundheitswesen der DDR läßt sich von der Einheit von Prophylaxe, Diagnose, Therapie und Metaphylaxe leiten, wobei die prophylaktische Tätigkeit immer mehr in den Vordergrund rückt.

	1950	1964
Betten in Krankenhäusern		
Anzahl	187 200	206 200
Auf 1000 der Bevölkerung	70,2	12,0
Polikliniken	184	399
Ambulatorien	575	856
davon Landambulatorien	136	379

Für das Gebiet der DDR wirkte das schon im alten Deutschen Reich vorhandene Gefälle in der gesundheitlichen Betreuung der Menschen von West nach Ost erschwerend, 1946 kamen auf 10 000 Einwohner im Osten Deutschlands 1,2 Ärzte und in West-

deutschland 12,4 Ärzte. Bis 1964 ist es in der DDR gelungen, die Zahl der Ärzte je 10 000 Einwohner auf 10,6 zu erhöhen.

Mit einer jährlichen Beteiligung von durchschnittlich 85 Prozent der Bevölkerung über 12 Jahre an den Volksröntgenreihenuntersuchungen und mit dem dadurch entstandenen Röntgenbildarchiv steht die DDR an der Weltspitze. Internationale Anerkennung findet auch die Tatsache, daß 99 Prozent aller Neugeborenen in der DDR mit Erfolg gegen Tbc geimpft werden. In Westdeutschland erhalten diese BCG-Impfungen nur etwa 20 Prozent aller Neugeborenen.

Internationale Anerkennung findet ferner die Organisation der medizinischen Betreuung von Menschen mit Geschwulsterkrankungen und deren frühzeitige Erfassung. Von 1960 bis 1963 haben sich über 1,8 Millionen Frauen vorbeugend auf Krebs untersuchen lassen. Von 55 000 im Jahre 1963 neu gemeldeten Geschwulsterkrankungen ist ein beträchtlicher Teil durch die Vorsichtsuntersuchungen ermittelt und frühzeitig ärztlicher Behandlung zugeführt worden. War 1945 an Betreuungsstellen für Geschwulstkranken nicht zu denken, so gab es 1955 bereits 142 und 1963 schon 194.

Im Jahre 1964 gab es in der DDR 243 Haupt-, 634 Nebenberatungs- und 581 Außenstellen, die fast 300 000 schwangere Frauen betreuten. 1964 standen fast 8700 Entbindungsbetten zur Verfügung.

Im Jahre 1950 standen 9100 Plätze in Kinderkrippen, Dauerheimen und Saisonkrippen zur Verfügung, das waren 6,5 Plätze auf 1000 Kinder im Alter bis zu 3 Jahren. Auf der Grundlage des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau vom 27. September 1950 wurden bis Ende 1964 über 126 000 Plätze geschaffen. Für jedes 7. Kind im Alter bis zu 3 Jahren steht damit ein Platz zur Verfügung.

Sportland DDR

Die große Zahl der Sportstätten bietet gute Möglichkeiten für Training und Wettkämpfe. Viele der Sporteinrichtungen sind seit Bestehen der DDR nach modernsten Gesichtspunkten errichtet worden.

Entwicklung bedeutender Sporteinrichtungen

	1952	1964
Sportstadien	122	202
Sporthallen und Mehrzweckhallen	24	110
Turnhallen	1088	3101
Hallenschwimmbäder	47	62
Schwimmstadien und -kampfanlagen	222	563
Sportheime	407	1113
Radrennbahnen	16	23
Bootshäuser und -schuppen	358	1519
Sprungschanzen	145	352

Die Sportorganisation der DDR, der Deutsche Turn- und Sportbund mit seinen 1,83 Millionen Mitgliedern, besitzt weltweite Anerkennung.

1957 waren bereits 36 Sportverbände der DDR Mitglied in internationalen Föderationen. Ende 1964 waren es 45. Im Jahre 1963 arbeiteten 67 Vertreter des DDR-Sports in leitenden Gremien der Föderationen. Von 1948 bis 1963 fanden unter anderem 10 Weltmeisterschaften und 6 Europameisterschaften in der DDR statt. Außerdem war die DDR Austragungsort von 30 Europameisterschaften, Weltmeisterschafts- und Europameisterschaftsläufen im Motorsport, 3 Europapokalen und 6 USC-Meisterschaften.

Das neue Buch

„Imperialismus heute – der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland“)

I.

Kürzlich erschien im Berliner Dietz-Verlag (DDR) ein Werk, das die größte Aufmerksamkeit verdient. Ein Autorenkollektiv des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, die Genossen Horst Hemberger, Lutz Maier, Heinz Petrak, Otto Reinhold und Karl-Heinz Schwank legen mit ihrem Werk „Imperialismus heute – der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland“ eine umfassende Gesamtdarstellung und Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik vor. Dieser Arbeit ging eine ausführliche Diskussion von 31 Thesen der Verfasser über den staatsmonopolistischen Kapitalismus voraus (siehe „Wissen und Tat“ 3/4 1965, Seite 46 bis 63). Was in den Thesen oft noch abstrakt formuliert war, liegt nun mit Fakten und konkreten Beispielen untermauert vor.

Kapitalismus erschienen ist. Die Autoren haben sich nicht darauf beschränkt, die bisher vorliegenden Forschungsergebnisse der marxistisch-leninistischen Politökonomien zusammenzutragen und auszuwerten. Sie gingen schöpferisch an die Erforschung des staatsmonopolistischen Kapitalismus heran. Es ist ein Vorzug ihrer Arbeit, daß sie mit überholten Auffassungen konsequent bricht, um noch umstrittene Fragen und Probleme aufzugreifen und zu beantworten. „Imperialismus heute“ ist eine große Hilfe für den politischen und ideologischen Kampf unserer Partei, für alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik. Für unsere Genossen sollte es selbstverständlich sein, sich mit diesem interessanten Werk vertraut zu machen.

Das etwa 800 Seiten umfassende Buch ist in neun Kapitel gegliedert. Ihnen voran ein Vorwort. Das Buch schließt mit einer Betrachtung über das Wesen des staatsmonopolistischen

Ohne Zweifel stellt „Imperialismus heute“ das beste dar, was bisher zu den Fragen des staatsmonopolistischen

*) Dietz Verlag, Berlin, 1. Auflage 1965

Kapitalismus und die Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus in ganz Deutschland. Es enthält außerdem

zahlreiche Tabellen und graphische Darstellungen, sowie ein Sach- und Personenregister.

II.

Im ersten Kapitel wird ein historischer Abriss über die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland gegeben. Die Autoren weisen nach, daß die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus untrennbar mit dem Monopol verknüpft ist. Das Neue besteht heute darin, daß das Hinüberwachsen vom monopolistischen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus vollzogen ist.

Diese Feststellung ist „nicht etwa im Sinne eines abgeschlossenen Zustandes, sondern als die heute herrschende Form der kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufzufassen, die die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus und die Bewegungsformen seiner Wider-

sprüche bestimmt sowie in vieler Hinsicht neuartige Bedingungen und Aufgaben für die Führung des Klassenkampfes stellt.“ (Seite 137). Mit dem vollzogenen Übergang vom monopolistischen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus erreichte die ökonomische und politische Machtkonzentration in den Händen der Monopolbourgeoisie eine neue Stufe. Zugleich verschärften sich damit alle dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist kein Ausdruck der Stärke des kapitalistischen Systems, er ist eine Erscheinungsform der allgemeinen Krise des Kapitalismus, er ist die reaktionäre Äußerung auf den historischen Fortschritt in der Welt im allgemeinen und in Deutschland im besonderen.

III.

Das zweite Kapitel enthält den Mechanismus und die Methoden des Lenkungs- und Machtapparates des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik. Besonders bedeutungsvoll erscheint uns der Hinweis, daß die Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem einheitlichen Apparat in erster Linie im ökonomischen Sinne, als eine „Vereinigung der ökonomischen Potenzen der privaten Konzerne und Trusts mit denen des imperialistischen Staates und dessen politischen Machtbefugnissen“ zu verstehen ist. Die Autoren wenden sich damit gegen solche Auffassungen, die die Verschmelzung zwischen den Monopolen und ihrem Staat einseitig auf die Entstehung und Entwicklung einer Personalunion, d. h. auf eine personelle Verflechtung reduzieren.

Entsprechend der wachsenden Rolle der Unternehmensverbände im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird ihnen ein besonderer Abschnitt in dem Buch gewidmet. (Seite 180 ff). In einem weiteren Abschnitt wird der Zusammenhang zwischen der wachsenden Macht der Monopole auf der einen und der Aushöhlung und

Untergrabung der Demokratie auf der anderen Seite aufgedeckt. „So wie das Staatsmonopol in der Wirtschaft die Machtkonzentration auf die Spitze treibt, tendiert das politische Leben zu autoritären Regierungsformen und zur offenen Diktatur.“ (Seite 186-89).

Es werden Wesen, Ziel und Methoden der staatsmonopolistischen Regulierung und die Quellen des Monopolprofits analysiert (Drittes Kapitel). Die Autoren machen deutlich, daß die staatsmonopolistische Regulierung ausschließlich im Interesse der Monopole und auf Kosten der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung erfolgt und zeigen damit zugleich ihre objektiven Grenzen.

Die staatsmonopolistische Regulierung ist ihrem Wesen nach nichts anderes als eine planmäßig betriebene Profiteinstreichei. Die Monopole sichern sich ihre Riesenprofite nicht mehr ausschließlich über ihre eigene ökonomische Tätigkeit, sondern gleichzeitig und im wachsenden Umfange über die ökonomische Tätigkeit des Staates. Die planmäßige Aneignung und Verwendung des Monopolprofits „ist engstens mit der umfassenden politischen Sorge um die Erhaltung

des kapitalistischen Profitsystems überhaupt und seines Einflusses in der Welt verbunden". Die staatsmonopolistische Regulierung ist objektiv bedingt, ihr liegen sowohl ökonomische als auch politische Ursachen zu Grunde. Je stärker der Sozialismus und sein Einfluß auf die Entwicklung in den imperialistischen Ländern wird, um so

mehr sehen sich die Monopole gezwungen, mit Hilfe des Staates alle wirtschaftlichen und politischen Kräfte und Ressourcen im Kampf gegen den Sozialismus zusammenzufassen und zu mobilisieren. Gerade das ist neben der Sicherung hoher Monopolprofite das Hauptziel der staatsmonopolistischen Regulierung.

IV.

Das vierte Kapitel befaßt sich mit der Entwicklung des Krisenzyklus unter den Bedingungen der staatsmonopolistischen Regulierung, der wissenschaftlich-technischen Revolution und des ökonomischen Wettbewerbs zwischen dem kapitalistischen und sozialistischen Weltsystem. Die Verfasser weisen nach, daß das Gesetz der Krise trotz langanhaltender Hochkonjunktur auch in der Bundesrepublik wirkt. Die zyklischen Krisen sind eine unvermeidliche Begleiterscheinung des kapitalistischen Systems, aber „die Form des Zyklus, seine einzelnen Merkmale, Erscheinungsformen und Folgen (werden) natürlich immer von den konkreten ökonomischen und politischen Bedingungen bestimmt . . . unter denen er abläuft“ (Seite 326).

Die staatsmonopolistische Regulierung, die wissenschaftlich-technische Revolution und der ökonomische Wettbewerb können wohl die Formen des Zyklus verändern, beseitigen können sie ihn aber nicht. Das heißt natürlich nicht, daß die Arbeiterklasse ihre Strategie und Taktik im Kampf gegen die Allmacht der Monopole auf eine eventuell zu erwartende „große Krise“ aufbaut. Die Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, die günstigen Kampfbedingungen der Konjunktur zu nut-

zen, um den Einfluß der Monopole durch die Erweiterung der Rechte der Arbeiter auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zurückzudrängen.

Die Wechselbeziehungen zwischen dem staatsmonopolistischen Kapitalismus, der besonderen Aggressivität des westdeutschen Imperialismus und der wachsenden Militarisierung der Wirtschaft werden im fünften Kapitel dargelegt: „Der wiedererstandene deutsche Imperialismus und das Wiederaufleben seiner besonderen Aggressivität waren der Boden für die erneute Entwicklung des deutschen Militarismus. Ein Ausdruck der besonderen Aggressivität des westdeutschen Imperialismus sind seine Bestrebungen zur Erlangung der Vorherrschaft in Westeuropa. Das ökonomische, politische und militärische Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt zwingt die Imperialisten heute, den Kampf um die Neuaufteilung der Welt mit anderen Mitteln und Methoden, vorrangig in anderen Formen als der des Krieges zu führen. Eine solche Form des Kampfes um die Neuaufteilung der Einflußsphären unter die mächtigsten Monopole ist die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die im sechsten Kapitel untersucht wird.

V.

Das siebente Kapitel setzt sich mit dem Charakter und der Rolle der bürgerlichen politischen Ökonomie im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus auseinander. Die Autoren kommen auf Grund ihrer Untersuchungen zu dem Schluß und weisen das auch an Hand zahlreicher Fakten nach, daß die bürgerliche politische Ökonomie heute neben ihrer ideologischen eine wirtschaftspolitische Funktion zu erfüllen hat.

Gegenstand des achten Kapitels ist das staatsmonopolistische System der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. An Hand unwiderlegbarer Tatsachen wird gezeigt, was von dem Gerede über die „freie und soziale Marktwirtschaft“, die „moderne Industriegesellschaft“ oder den neuesten Clou Erhards, „die formierte Gesellschaft“, zu halten ist. Es wird bewiesen, daß die Arbeiterklasse nicht nur nicht verschwunden,

sondern im Gegenteil im ständigen Wachsen begriffen ist. „Je mehr die staatsmonopolistischen Maßnahmen zur Erhöhung der Profite und der Kapitalakkumulation wirksam werden, um so stärker wird die Proletarisierung in der kapitalistischen Gesellschaft beschleunigt“ (Seite 609). „Das Wesen des Kapitalismus ändert sich nicht, auch wenn er in seiner Geschichte verschiedene Stadien durchläuft, auch wenn sich seine Formen sowie die Methoden der Ausbeutung ändern und nunmehr das Hinüberwachsen vom monopolistischen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus vollzogen ist“. Die Monopole sind

heute, angesichts der Existenz der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik, im Interesse der Erhaltung ihrer Ausbeuterordnung gezwungen zu taktieren, d. h. der Arbeiterklasse bestimmte Zugeständnisse zu machen. Wenn unser Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den vergangenen Jahren manche Erfolge erringen konnten, so ist das neben der wirtschaftlichen Konjunktur vor allem auf diesen Umstand, auf die Existenz und den wachsenden Einfluß der DDR auf die Entwicklung der Bundesrepublik zurückzuführen.

VI.

Im neunten Kapitel werden Schlußfolgerungen für den Kampf gegen die Allmacht der Monopole gezogen. Die Autoren betonen, daß heute „vor der westdeutschen Arbeiterklasse die große historische Aufgabe (steht), nicht nur um Teilverbesserungen auf diesem oder jenem Gebiet ihrer Lage zu ringen, sondern jene grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltungen einzuleiten und zu vollziehen, die allein der Arbeiterklasse und dem ganzen Volk eine friedliche Zukunft und soziale Sicherheit gewährleisten können“ (Seite 697). Dazu gehört, daß sich die Arbeiterklasse ihrer Verantwortung bewußt wird, die neuen Bedingungen ihres Kampfes erkennt und daraus ihre Strategie und Taktik ableitet und im demokratischen Massenkampf durchsetzt. Eine besondere Verantwortung tragen neben den Kommunisten, die heute als einzige Partei der Bundesrepublik ein wissenschaftliches Alternativprogramm besitzen, die Gewerkschaften der Bundesrepublik. Die Gewerkschaften vermögen heute nicht mehr die Tagesinteressen der Arbeiter zu vertreten, ohne dabei auf den Widerstand der Monopole und des Staates zu stoßen. „Sie werden (damit) objektiv zum wichtigsten Faktor des demokratischen Massenkampfes gegen die Allmacht der Monopole“.

Die Arbeiterklasse braucht ein eigenes Programm, das eine echte Alternative zur Politik der Monopole darstellt und geeignet ist, alle Schichten des Volkes in den Kampf gegen die

Monopole einzubeziehen. Ein solches Programm muß die schrittweise Zurückdrängung und Überwindung der Macht der Monopole zum Ziele haben und sowohl friedliche als auch nicht-friedliche Mittel und Methoden einkalkulieren.

Dazu gehören sowohl Forderungen nach umfassender Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb, in den staatlichen Organen, ja in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, wie auch die Durchführung grundlegender demokratischer Reformen. „Imperialismus heute“ ist hervorragend geeignet, uns dabei zu unterstützen. Es vermittelt uns viele Anregungen, die wir aufgreifen und weiterführen sollten.

„Imperialismus heute“ ist ein wissenschaftliches Werk, aber es ist von derart aktueller Bedeutung und durchaus allgemeinverständlich geschrieben, so daß es in die Hand eines jeden Kommunisten gehört. Das Buch sollte vor allem von unseren Agitatoren und Propagandisten sehr sorgfältig studiert und sein Gedankenreichtum über die Gewerkschaften in die ganze Arbeiterklasse getragen werden. Wir empfehlen, die einzelnen Kapitel im Kollektiv zu diskutieren.

„Imperialismus heute“ ist nichts Fertiges im Sinne eines endgültigen Werkes. Die Verfasser betonen nachdrücklich im Vorwort, daß „viele der behandelten Probleme . . . der weiteren Forschung und wissenschaftlichen Diskussion (bedürfen), um ihre theo-

retische Verallgemeinerung zu vertiefen und zu vervollkommen“ (Seite 6). Unsere Genossen und alle anderen an diesem Werk interessierten Kräfte, wie Gewerkschaftler, Sozial-

demokraten, Wissenschaftler u. a., sind aufgerufen, sich aktiv an diesen Diskussionen zu beteiligen und Vorschläge zu unterbreiten.

Uwe Winter/Horst Veith

Gegen Verfolgungen und Terror

Freiheit für Melquesider Rodriguez Chaos

Melquesider Rodriguez Chaos, antifaschistischer politischer Emigrant, ist in Westdeutschland auf Grund seiner Aktivität für die politischen Gefangenen Spaniens verhaftet worden.

Verhindern wir, daß er Franco ausgeliefert wird!

• Fordern wir seine Freilassung und die Achtung seiner Rechte als politischer Emigrant!

Zusammen mit anderen spanischen Werkträgern, die einige Tage vorher vor dem spanischen Konsulat in Düsseldorf für die Freilassung von Justo Lopez de la Fuente demonstriert hatten, der in Spanien zum Tode verurteilt werden soll, wurde Melquesider Rodriguez Chaos in Dortmund verhaftet und befindet sich seit dem 22. Februar 1965 ohne Verbindung mit der Außenwelt im Gefängnis von Bochum.

Das Geheimnis, das bis zur Gegenwart seine Verhaftung und Einkerkierung umhüllt — ohne daß ihm die geringste Möglichkeit gegeben wird, seine Familie zu benachrichtigen — läßt seine Auslieferung an die Franco-Polizei befürchten. Das würde eine Verletzung der Garantien, die ihm als politischer Emigrant zustehen, bedeuten.

Melquesider Rodriguez Chaos ist ein Opfer des Faschismus. Nach Beendigung des Bürgerkrieges in Spanien wurde er zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung fand auf Grund seiner Minderjährigkeit nicht statt. Dafür wurde er zu 23 Jahren Kerker verurteilt. Seine ganze Jugend verbrachte er in den unheilvollen, unterirdischen Franco-Kerkern. Vor zwei Jahren wurde er aus dem Penal de Burgos entlassen und war gezwungen, ins Exil zu gehen. Zusammen mit seiner Frau erhielt er politisches Asyl in Frankreich.

Die Franquisten werden ihm nie verzeihen, daß er seit seiner Freilassung unermüdlich alle seine Kräfte

für die Verteidigung seiner gefangenen Kameraden eingesetzt hat, daß er stets die Solidarität mit den Opfern der Franco-Repressalien unterstützt und gefördert und ununterbrochen für die Durchsetzung der allgemeinen Amnestie für alle politischen Gefangenen und Emigranten in Spanien gekämpft hat.

Dies ist der Grund seiner Verhaftung in Westdeutschland, wo er sich mit dem Ziel befand, die Solidarität mit den Eingekerkerten und ihren Familien unter den nach dort emigrierten und dort arbeitenden spanischen Werkträgern zu fördern.

Dieser Grund rechtfertigt nicht seine lange Haft, das Geheimnis über das Prozeßverfahren, daß gegen ihn in Westdeutschland vorbereitet wird und die Gefahr der Auslieferung nach Spanien.

Wir müssen verhindern, daß Melquesider Rodriguez Chaos erneut Opfer der Willkür und Ungerechtigkeit wird, nur weil er seine Pflicht der antifranquistischen und humanistischen Solidarität erfüllt hat.

Fordern wir seine Freilassung und die Rückkehr zu seiner Familie nach Frankreich sowie die Achtung seiner Rechte als politischer Emigrant gemäß dem internationalen Abkommen über den Schutz der politischen Emigranten.

Sendet die Gesuche für seine Freilassung an das

Justizministerium der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Dem Bonner Justizterror entgegentreten!

Freiheit für Pau Beu und Emil Bechtle

Empörende Willkürakte der Bonner Machthaber fordern zum Protest heraus: Paul Beu, aufrechter Demokrat und bereits unter Hitler verfolgt, ist erneut eingekerkert. Trotz schwerer Erkrankung wird seine Haftentlassung verweigert. Günther Bennhardt wird nach Verbüßung einer Strafe wegen seiner Tätigkeit für die FDJ weiterhin in Haft gehalten. Zwölf Jahre hatte der Antifaschist Kurt Baumgarte in den Nazi-Kerkern verbringen müssen. Nun ist er erneut inhaftiert.

Emil Bechtle, einer Arbeiterfamilie entstammend, die im Widerstand gegen den Faschismus schwerste Opfer gebracht hat, und selber in Gestapohaft gewesen, wurde kürzlich verhaftet. Von der Nazi-Justiz zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, wegen seiner Verdienste um einen demokratischen Aufbau in Nordrhein-West-

falen hoch geehrt, wurde Karl Schabrock nun mit fünfjährigem Berufsverbot als Journalist belegt und soll eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren antreten.

Es ist kein Zufall, daß diese Verfolgungswelle zeitlich zusammenfällt mit der Verabschiedung einiger Notstandsgesetze. Wie 1933, als die Hitlerbande Freiheit und Demokratie abwürgte, beginnen auch die Bonner Machthaber die Durchsetzung ihrer Notstandsgesetze mit verschärftem Terror gegen die Kommunisten.

Dieser Terror ist Bonns Drohung gegen alle Notstandsgegner. Schon beschimpft Erhard in der unflätigen Sprache eines Goebbels die intellektuelle Opposition. Schon diffamieren die Scharfmacher in der CDU/CSU den gewerkschaftlichen Widerstand.

Dieser bedrohlichen Entwicklung wehren, heißt deshalb für alle Notstandsgegner: Protest gegen den Bonner Justizterror, verstärkte gemeinsame Aktionen gegen die Notstandsgesetze! Freiheit für die politischen Gefangenen!

Freiheit der Meinungsbildung und Pressefreiheit, Freiheit der Forschung und der Lehre, der Wissenschaft und der Kunst setzen voraus, das geistige und kulturelle Leben von dem Druck der psychologischen Kriegsführung und von dem Machtmißbrauch der Konzerne zu befreien.

Freiheit für die KPD schafft das stärkste Gegengewicht gegen die Willkür der Millionäre und Militaristen. Die KPD erkennt alle Rechte und Pflichten an, die sich aus dem Grundgesetz ergeben. Eine legale KPD stärkt die Demokratie und fördert das Streben nach einer selbständigen Politik in der sozialdemokratischen Bewegung. Sie bringt frische Luft in die stickige Atmosphäre des politischen und geistigen Lebens. (Aus dem Wahlprogramm der KPD)

Kommuniqué

der 5. Tagung des Zentralkomitees der KPD

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands führte seine 5. Tagung durch.

Den Bericht des Politbüros erstattete Genosse Erich Glückauf, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees.

Das Referat

„Politik und Aufgaben unserer Partei im Bundestagswahlkampf 1965“

hielt Genosse Fred, Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees.

Nach einer gründlichen Diskussion beider Tagesordnungspunkte wurden der Bericht und das Referat vom Zentralkomitee bestätigt.

Genosse Max Reimann, Erster Sekretär des Zentralkomitees, faßte in seinem Schlußwort die nächsten Aufgaben zusammen.

Das Zentralkomitee grüßt alle eingekerkerten Genossen und Friedenskämpfer und fordert eine Amnestie für die Opfer der Bonner politischen Justiz.

Das Zentralkomitee appelliert an alle demokratisch gesinnten Menschen, die Bewegung für die Aufhebung des Verbots der Partei zu unterstützen.

Inhalt

5. Tagung des ZK der KPD	Seite
Aus dem Rechenschaftsbericht des Politbüros an die 5. ZK-Tagung	2
Aus der Diskussion der 5. ZK-Tagung:	
Zu einigen internationalen Fragen unserer Politik	12
Proletarischer Internationalismus heißt praktische Hilfe für Vietnam	14
Für eine lebendige und moderne Aufklärungsarbeit	15
Für eine lebensnahe Gewerkschafts- und Betriebsarbeit	16
Die besten Vertreter der sozialen Interessen sein	18
Wie wir Erfolge in der Jugendarbeit organisieren	19
Hohe Anforderungen an die Partei stellen	21
Für die Einigung aller nationalen Kräfte	
Aus dem Schlußwort des Genossen Max Reimann auf der 5. Tagung	22
Eine oder zwei Olympia-Mannschaften?	26
Zu den Kommunalwahlen in der DDR	30
Junge Genossen fragen — Wissen und Tat antwortet:	
Warum drängt Bonn eigentlich nach Atomwaffen?	34
Aus der internationalen Arbeiterbewegung:	
Zur Konferenz der 19 kommunistischen und Arbeiterparteien in Brüssel	37
Die KPD und die Brüsseler Konferenz	37
Interview mit Genossen Max Reimann	
Botschaft an das dominikanische Volk	38
Botschaft an Präsident Makarios	39
IX. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei	
Aus der Begrüßungsansprache des Genossen Max Reimann	39
Vietnam-Entschließung des IX. Parteitags der RKP	41
Abschlußrede des Genossen Nicolae Ceausescu, Generalsekretär der RKP	42
Solidarität mit Vietnam	43
Tatsachen aus der DDR:	45
Das neue Buch:	
Imperialismus heute	48
Gegen Verfolgung und Terror	52
Kommuniqué der 5. ZK-Tagung	54

